Bürgernahe Polizeiarbeit in der Europäischen Union heute

Toolbox

Reihe Nr 14

EUCPN
EUROPEAN CRIME PREVENTION NETWORK

CEPOL

eu·at 2018

“

Ziel dieser Toolbox ist es, politische Entscheidungsträger und Akteure, insbesondere Polizeichefs und Führungskräfte innerhalb von Polizeiorganisationen, bei der Verwirklichung einer erfolgreichen BPA-Strategie zu unterstützen.

“

DANKSAGUNGEN

Diese Toolbox ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit zwischen dem Sekretariat des Europäischen Netzes für Kriminalprävention (EUCPN) und der Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL). Wir möchten den Expertinnen und Experten auf dem Gebiet der bürgernahen Polizeiarbeit danken, die mit ihrer Zeit und Mühe die Erstellung dieser Toolbox unterstützt haben. Sie haben einen Beitrag zur Toolbox geleistet, indem sie an der Expertensitzung im Oktober 2019 in Brüssel teilnahmen, die Jury des Europäischen Preises für Kriminalprävention (European Crime Prevention Award) 2018 berieten, an der Konferenz über bewährte Praktiken (Best Practice Conference) in Wien teilnahmen und dazu beitrugen, den Entwurf überprüften (durch entscheidende Rückmeldungen, das Hervorheben wichtiger Nuancen und Teilen interessanter Referenzen) und am Review-Workshop im März 2019 in Budapest teilnahmen. Unser besonderer Dank gilt Frau Fabienne Coenders, Prof. Dr. Marleen Easton, Prof. Dr. Els Enhus, Prof. Dr. Yvonne Hail, Dr. Robin Hofmann, Prof. Dr. Jelle Janssens, Frau Denise Mazzolani, Prof. Dr. Gorazd Meško, Dr. Detlef Nogala, Prof. Dr. Megan O'Neill, Prof. Dr. Johannes Oosthuizen, Frau May-Britt Rinaldo-Ronnebro, Herrn Jari Taponen und Prof. Dr. Antoinette Verhage.

Rechtlicher Hinweis
Der Inhalt dieser Veröffentlichung spiegelt nicht notwendigerweise die offizielle Meinung eines der EU-Mitgliedstaaten oder einer der Behörden oder Institutionen der EU wider.

Autorin
Frau Chadia Dehbi, Forschungsbeauftragte, EUCPN-Sekretariat

Teil des Projekts „The further implementation of the multiannual strategy plan of the EUCPN and the Informal Network on the Administrative Approach" – EUCPN-Sekretariat, März 2019, Brüssel

Mit finanzieller Unterstützung des Programms der Europäischen Union „Kriminalprävention und Kriminalitätsbekämpfung" Europäische Kommission, Generaldirektion für Migration und Inneres

CONTENTS

Vorwort 7

Executive Summary 13

01 **Einführung in das Konzept der bürgernahen Polizeiarbeit** 20

1.1 Geschichte und Philosophie ... 20
1.2 Aktueller Stand der Dinge ... 29
1.3 Ein Rahmen anstelle einer Definition ... 32

02 **Zehn Schlüsselprinzipien** 34

01 Bürgernahe Polizeiarbeit als fester Bestandteil eines größeren Regierungssystems ... 38
02 Bürgernahe Polizeiarbeit als Verpflichtung ... 42
03 Bürgernahe Polizeiarbeit mit Bedarf nach qualitativer Messung 46
04 Technologische Unterstützung der nächsten BPA-Generation 50
05 Aus-/Fortbildung und Bildung ... 54
1 BPA und Aus-/Fortbildung ... 55
2 Aus- und Fortbildung versus Bildung ... 57
3 Aus- und Fortbildungsbedarf in Bezug auf die BPA ... 58
4 Mehrstufige Aus- und Fortbildung – und Bildung ... 59
5 Europäische BPA-Ausbildung? ... 62
06 Lokale Verankerung der bürgernahen Polizeiarbeit ... 64
07 Präsenz der und Vertrautheit mit der Polizei ... 68
08 Kennenlernen und Berücksichtigen lokaler Bedürfnisse ... 74
09 Kooperative Sicherheitsproduktion ... 78
10 Förderung der wechselseitigen Kommunikation zwischen Polizei und Öffentlichkeit ... 84

03 **Expertenbewertung zu bewährten Verfahren für eine bürgernahe Polizeiarbeit** **88**

3.1 The Forssa Approach: mediation of polarisation and intergroup conflicts (Finnland) ... 89
3.2 Šiauliai District Discovers a Security Formula (Litauen) ... 92
3.3 My neighbour is the policeman! (Ungarn) ... 94
3.4 SPIN Programme (Estland) ... 96

Schlussfolgerungen **99**

Empfehlungen **105**

Bibliografie **108**

Anhang: Bewährte Praktiken **111**

Österreich: Security. Together in Austria ... 112
Belgien: Neighbourhood Conciergerie ... 113
Bulgarien: Child Police Station ... 114
Kroatien: Together we can do more ... 116
Tschechien: Safe Region – Safe City ... 117
Dänemark: Safe Neighbourhoods in Køge ... 118
Estland: The SPIN programme ... 119
Finnland: The Forssa Approach ... 121
Frankreich: The Territorial Contact Brigade ... 122
Deutschland: Walk around your Hood ... 124

Ungarn: My neighbour is the policeman! 125
Irland: Use Your Brain Not Your Fists 126
Litauen: Šiauliai District Discovers a Security Formula 128
Niederlande: Neighbourhood Prevention Breda 129
Polen: National Security Threat Map 130
Portugal: Senior Census 132
Rumänien: Broken Wings 133
Slowakei: Learning for a Valuable Life 134
Spanien: Ciberexpert@ 136
Schweden: Safe and secure events 138
Belgien: VIRTUS 140
Belgien: GO-Team 141
Bulgarien: Society and Police! With Care and Warning! 143
Frankreich: Delegate for police-population cohesion 144
Polen: Academy of safety 145
Polen: Akademia Seniora 147

Endnotes **149**

VORWORT

„Bürgernahe Polizeiarbeit“, „gemeinschaftsorientierte Polizeiarbeit“, „bürgerorientierte Polizeiarbeit“, „gemeinwesenbezogene Polizeiarbeit“, „gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit“ oder auch die englische Bezeichnung „Community(-Oriented) Policing (abgekürzt COP)“ – all das sind unterschiedliche Begriffe für weitgehend den gleichen Ansatz. In dieser Toolbox geht es um diesen Ansatz, den wir als bürgernahe Polizeiarbeit (BPA) bezeichnen.

Diese Toolbox unterscheidet sich von anderen verfügbaren Handbüchern über BPA. Es beschreibt eine **Reihe aktuell bewährter Praktiken** aus EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf die BPA. Obwohl in der Toolbox nur Zusammenfassungen dieser bewährten Praktiken aufgenommen wurden, können ausführlichere Informationen dazu auf der EUCPN-Website gefunden werden (www.eucpn.org). Darüber hinaus beinhaltet die Toolbox eine Expertenbewertung einiger dieser bewährten Verfahren. Ziel dieser Toolbox ist es, **politische Entscheidungsträger und Akteure, insbesondere Polizeichefs und Führungskräfte innerhalb von Polizeiorganisationen**, bei der Verwirklichung einer erfolgreichen BPA-Strategie zu unterstützen. Die Bedeutung der strategischen Auseinandersetzung mit den Philosophien der BPA wurde von Expertinnen und Experten auf diesem Gebiet stark hervorgehoben. Sie stellen fest, dass, obwohl Perspektiven auf die BPA von vorderster Front wichtig sind, die BPA ohne eine politische und organisatorische Einbindung nicht wirksam sein wird, und dass zuerst die politischen Entscheidungsträger überzeugt werden müssen, da die Umsetzung der BPA einen strukturellen und kulturellen Wandel innerhalb der Polizeiorganisation erfordert.

Wir wollen diese Entscheidungsträger und Akteure unterstützen, indem wir den Ton für eine europäische Vision der BPA vorgeben und den „Dialog der Gehörlosen“ angehen, indem wir Wissen verbreiten und die Aufmerksamkeit auf wissenschaftliche Erkenntnisse und Erfahrungsberichte richten, die für die Festlegung von Politiken und Praktiken wertvoll sein könnten. Wir möchten dieses Ziel erreichen, indem wir eine gemeinsame europäische Definition und Schlüsselprinzipien der BPA erarbeiten und bewährte Praktiken in Bezug auf die BPA in der EU austauschen.

Es ist wichtig zu betonen, dass diese Toolbox als Ausgangspunkt für die weitere Arbeit an einem europäischen Konsens darüber zu betrachten ist, wie die BPA heute in der EU zu verstehen ist. Unser Ziel ist es nicht, eine formelle Definition oder eine vollständige Liste der wichtigsten Prinzipien der BPA anzubieten, da dies mehr Zeit und Ressourcen erfordern würde, als uns zur Verfügung standen.

Die Schwerpunktlegung auf die BPA auf europäischer Ebene wurde von Österreich initiiert, das den Vorsitz des Europäischen Netzes für Kriminalprävention (EUCPN), durch den Wiener Prozess, und den EU-Ratsvorsitz innehat, indem es das Thema bei Treffen des informellen Ständigen Ausschusses für die innere Sicherheit (COSI) und des Rats Justiz und Inneres (JI-Rat) einführte.

Der Vorsitz des EUCPN wechselt halbjährlich mit der Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union. Der österreichische Vorsitz des EUCPN hat als Schwerpunktthema für seine Präsidentschaft des Netzwerks in der zweiten Jahreshälfte 2018 die BPA gewählt. Genauer gesagt, wurde das Thema wie folgt beschrieben:

> Jüngste Studien zur öffentlichen Sicherheit haben gezeigt, dass trotz eines messbaren Rückgangs des Auftretens von Kriminalität insgesamt das subjektive Sicherheitsgefühl der österreichischen Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Während der österreichischen Präsidentschaft wird unser Hauptschwerpunkt daher auf der Stärkung der und Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft im der Kampf gegen Kriminalität und organisierte Kriminalität liegen. Der Vorsitz wird im Dezember[1] eine große internationale Konferenz organisieren, die sich mit diesem Thema befassen wird, und dazu nationale und internationale Expertinnen und Experten einladen, um Initiativen und Projekte vorzustellen, die die Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls unserer Bürgerinnen und Bürger durch positive Aufdeckung und Zusammenarbeit mit der Strafverfolgung ermöglichen[2].

Die ersten von Österreich initiierten informellen Treffen begannen 2016 während der slowakischen EU-Ratspräsidentschaft. Eine Schlüsselidee ist, dass viele der aktuellen Herausforderungen der EU zu groß sind, um sie in einem Trio anzugehen[3], weshalb folglich der Ansatz mehrerer Ratsvorsitze für den Zeitraum 2016–2025 gewählt wurde. Dieser Ansatz wird als „Wiener Prozess“ bezeichnet. Informelle Diskussionen innerhalb dieses Formats mit mehreren Vorsitzen führten zur Identifikation von fünf zentralen Herausforderungen und vier

Querschnittsthemen[4]. Es fanden weitere Diskussionen auf der Ebene des JI-Rates, der COSI usw. statt, was zum „Wiener Programm“ führte.

Eine der fünf wichtigsten identifizierten Herausforderungen ist die Stärkung der europäischen polizeilichen Zusammenarbeit. Dabei wurde unter anderem die Förderung der BPA als wichtiges Thema angesprochen[5].

Das Thema BPA stand sowohl auf der Tagesordnung der informellen **COSI**-Tagung[6] in Wien als auch der informellen **Tagung des JI-Rats**[7] in Innsbruck im Juli 2018. Die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission zeigten ihre Unterstützung für die Initiativen des österreichischen Vorsitzes, wie sie in den einschlägigen Positionspapieren dargestellt werden. Zur Umsetzung seiner kurzfristigen Ziele im Zusammenhang mit der BPA bat der Vorsitz die CEPOL[8] und das EUCPN um Unterstützung auf dem Gebiet der Strafverfolgung, die sie gerne zur Verfügung stellten[9].

CEPOL und EUCPN haben ihre Absichten in einem Vermerk für die COSI-Delegationen beschrieben. Diese Toolbox bildet das Endergebnis der gemeinsamen Aktivitäten von CEPOL und EUCPN in Bezug auf die BPA. Die Zeitspanne dieses Projekts erstreckte sich sowohl auf das Semester der österreichischen als auch der rumänischen Präsidentschaft. Um einen schonenden Umgang mit den Ressourcen zu gewährleisten, fanden während des österreichischen Semesters Expertendiskussionen im Rahmen der EUCPN-Aktivitäten statt. Die erste Aktivität war ein Workshop am 9. Oktober 2018 in Brüssel, bei dem 15 BPA-Expertinnen und -Experten aus der gesamten EU zusammenkamen, um die aktuelle Situation hinsichtlich der BPA in der EU zu diskutieren. Die zweite Aktivität bestand aus der Konferenz über bewährte Praktiken (Best Practice Conference) zur BPA vom 4. bis 6. Dezember 2018, die vom österreichischen Vorsitz organisiert wurde. Während des rumänischen Semesters veranstaltete die EPA einen zweiten Workshop, bei dem Expertinnen und Experten zusammenkamen, um den Fortschritt des gemeinsamen Produkts zu diskutieren. Sowohl die CEPOL als auch das EUCPN waren an allen Veranstaltungen beteiligt[10].

Darüber hinaus hat der **rumänische Vorsitz** den Prozess zur Annahme von Schlussfolgerungen des **Rates zu bestimmten Aspekten der europäischen präventiven Polizeiarbeit** initiiert. In diesem Dokument werden die Mitgliedstaaten zu einer effizienteren Nutzung des bestehenden Rechtsrahmens auf nationaler und europäischer Ebene für den Einsatz gemeinsamer Streifen sowie sonstiger gemeinsamer Einsatzformen im Hoheitsgebiet anderer Mitgliedsstaaten aufgefordert.

Darüber hinaus werden die Mitgliedstaaten, die europäischen Institutionen und die JI-Agenturen dazu aufgefordert, unter anderem durch die Verstärkung gemeinsamer Streifen und Einsätze zwischen den Mitgliedstaaten und die Bereitstellung angemessen ausgebildeter Polizeibeamtinnen und –beamter für die wirksame operative Umsetzung der präventiven Polizeiarbeit zu sorgen. Das bedeutet, dass Beamtinnen und Beamte, die über den notwendigen beruflichen Hintergrund verfügen, sich mit den spezifischen Aspekten aller Formen der Zusammenarbeit befassen, die unter die gemeinsamen Streifen fallen[11].

EXECUTIVE SUMMARY

Diese Toolbox ist eine gemeinsame Veröffentlichung des Europäisches Netz für Kriminalprävention (EUCPN) und der Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung (CEPOL) und unterscheidet sich von anderen verfügbaren Handbüchern über bürgernahe Polizeiarbeit (BPA). Es beschreibt eine **Reihe aktuell bewährter Praktiken** der EU-Mitgliedstaaten in Bezug auf die BPA. Ziel dieser Toolbox ist es, politische Entscheidungsträger und Akteure, insbesondere **Polizeichefs und Führungskräfte innerhalb von Polizeiorganisationen**, bei der Verwirklichung einer erfolgreichen BPA-Strategie zu **unterstützen**. Die Bedeutung der strategischen Auseinandersetzung mit den Philosophien der BPA wurde von Expertinnen und Experten auf diesem Gebiet stark hervorgehoben. Die Schwerpunktlegung auf die BPA auf europäischer Ebene wurde von **Österreich initiiert**, das den Vorsitz des EUCPN im Rahmen des Wiener Prozesses und den EU-Vorsitz Ratsvorsitz innehat, indem es das Thema bei Treffen des informellen Ständigen Ausschusses für die innere Sicherheit und des Rats Justiz und Inneres einführte.

Die BPA gilt als für alle EU-Mitgliedstaaten relevant und wird **innerhalb der EU weitgehend umgesetzt**, wenn auch in unterschiedlichem Umfang und in unterschiedlicher Form. Während sich die BPA weiterentwickelt und positive Ergebnisse für die Öffentlichkeit und die Polizei liefert, **stellt die Definition weiterhin eine Herausforderung dar**. Das Konzept ist bekannt für seine vielfältigen und teilweise divergierenden Definitionen. Dies gilt insbesondere für den **europäischen Kontext**, da die BPA in der EU unterschiedlich umgesetzt wird. Um diese Herausforderung zu bewältigen, haben wir uns mit **Unity** beschäftigt, einem Horizont-2020-Projekt zur BPA, das sich mit den gleichen Problemen konfrontiert sah. Trotz der vielen Definitionen und unterschiedlichen Ansätze fanden die Forscher gemeinsame Elemente. Durch die Berücksichtigung dieser Elemente in Bezug auf andere Forschungsergebnisse hat Unity einen Rahmen für die Identifizierung und Erforschung von BPA in ganz Europa geschaffen. Dieser Rahmen wird als das **Sechs-Säulen-Konzept der BPA** bezeichnet:

- Vertrauen und Vertrauensbildung
- Rechenschaftspflicht
- Informationsaustausch und Kommunikation
- Berücksichtigung der lokalen Bedürfnisse
- Zusammenarbeit
- Kriminalprävention.

Durch eine Analyse der aktuellen Literatur und eingehende Diskussionen mit Expertinnen und Experten auf diesem Gebiet haben wir **wichtige Faktoren für die erfolgreiche Umsetzung der BPA** identifiziert. Wir haben wissenschaftliche Erkenntnisse und Erfahrungen auf diesem Gebiet genutzt, um klare und leicht verständliche Leitlinien in Form von **10 Schlüsselprinzipien** aufzustellen.

1. Die BPA ist ein **fester Bestandteil eines größeren Regierungssystems**. Polizeiorganisationen operieren nicht isoliert, sondern sind Teil eines größeren Rahmens und dabei auf verschiedene Formen der Unterstützung durch die aufsichtsführenden Behörden angewiesen. Daher ist es für Politiker und politische Entscheidungsträger wichtig, die BPA zu verstehen, darüber zu kommunizieren, die Polizeiorganisation mit den notwendigen Ressourcen für die erfolgreiche Umsetzung der BPA auszustatten und anderen staatlichen Institutionen die notwendige Vollmacht für die Teilnahme am BPA-Ansatz zu erteilen.

2. Die BPA ist eine **Verpflichtung**. Diese Verpflichtung umfasst einen Wandel im Managementstil, die Verringerung des Widerstands der polizeilichen Subkultur gegenüber Veränderungen und eine Sensibilisierung für die Bedingungen, unter denen Polizeibeamtinnen und -beamte arbeiten. Wenn der BPA-Ansatz nicht von der gesamten Polizeiorganisation angenommen wird, stellt er lediglich einen Zusatz zur reaktiven Polizeipraxis dar, der nicht die erwarteten Ergebnisse erzielen wird. Die BPA sollte, sowohl in Bezug auf den Zeit- als auch den Arbeitsaufwand, als eine effizientere Arbeitsweise und nicht als eine zusätzliche Aufgabe für die Polizei betrachtet werden.

3. Die BPA erfordert eine **qualitative Messung**. Es kann eine wachsende Akzeptanz für gemeindebasierte Ergebnisse wie die kommunale Sicherheit, die Wahrnehmung von Angst und den Ruf nach Diensten beobachtet werden. Es sollten qualitative Ergebniskriterien wie die öffentliche Zufriedenheit und öffentliche Zusammenarbeit und die Nachhaltigkeit von Gemeinschaftsprojekten eingeführt und über quantitative Kriterien gestellt werden. Polizeibeamtinnen und -beamte, die bereit sind, neue Fähigkeiten zu erlernen, sollten für Anreize wie Beförderungsmöglichkeiten in Betracht gezogen werden und eine offizielle Anerkennung für ihre Leistungen erhalten.

4. Es gibt eine **neue Generation von BPA**-Projekten, die **auf Technologie basieren**. Forschungsergebnisse haben die Bedeutung des Einsatzes dieser IKT-Instrumente zur Erleichterung der und nicht als Ersatz für die

Kommunikation und Interaktion hervorgehoben. Darüber hinaus sollte berücksichtigt werden, dass die Priorität bei der Nutzung dieser Instrumente darin bestehen sollte, die Kommunikation und Interaktion zwischen Polizei und Öffentlichkeit zu verbessern und nicht darin, Informationen zu sammeln.

5. Polizeibeamtinnen und -beamte müssen **angemessen ausgebildet** sein, damit die BPA funktioniert. Die CEPOL definiert Aus- und Fortbildung einerseits und Bildung andererseits als zwei getrennte Begriffe. Eine erfolgreiche BPA hängt mehr vom Bildungs- als vom Aus- und Fortbildungsstatus der involvierten Polizeibeamten ab. Mit dieser Unterscheidung vor Augen haben wir fünf Zielgruppen identifiziert, die eine Aus- bzw. Fortbildung oder Bildung erhalten sollten: Regierung, Polizeiführung/-Management, BPA-Beamte, gewöhnliche Polizeibeamte und Gemeinschaften.

6. Die BPA sollte immer **lokal verankert** und an die lokale Situation und den sozialen Kontext angepasst sein. Die Forschung zeigt, dass der soziale Kontext einen großen Einfluss auf die Bedeutung, Interpretation und Umsetzung von Praktiken der Polizeiarbeit hat. In Regionen, in denen ein historisches Misstrauen herrscht, kann die Wiederherstellung des Vertrauens Jahrzehnte dauern. Daher sollte die BPA als Teil einer größeren Verlagerung vom Polizeiapparat zu Polizeidienststellen betrachtet werden, wobei die Polizei für die und in der Gemeinschaft tätig ist.

7. Die **Präsenz der und Vertrautheit mit der Polizei** sind entscheidende Aspekte der BPA. Es ist wichtig, dass der Gemeinschaft ausreichend Zeit eingeräumt wird, um die Polizeibeamten kennenzulernen, und Letztere verstehen, wie die Gemeinschaft funktioniert. Begegnungen zwischen Polizei und Öffentlichkeit sind entscheidend für die Qualität der Beziehung.

8. Die Polizei sollte **sich über die lokalen Bedürfnisse informieren und diesen nachkommen**. Ein Problemlösungsansatz, der darauf abzielt, die Kriminalität auf strukturelle Art und Weise zu reduzieren und die Sicherheit zu erhöhen, ist ein wichtiger Aspekt der BPA. Um zu erfahren, welche lokalen Bedürfnisse existieren, ist es beim Sammeln von Informationen über die Anliegen einer Gemeinschaft wichtig, eine einseitige Perspektive zu vermeiden. Um den lokalen Bedürfnissen gerecht zu werden, ist es wichtig, die zugrundeliegenden Ursachen der Probleme zu ermitteln und sich auf wiederkehrende, anstatt auf isolierte Muster von Vorfällen zu konzentrieren und sie als eine Gruppe von Problemen zu behandeln.

9. Eine **kooperative Sicherheitsproduktion** ist dann gegeben, wenn mehrere Akteure zusammenarbeiten, um eine gemeinsame Vision von Sicherheit zu verwirklichen. Die Polizei, die mit der Öffentlichkeit zum Zwecke der Problemlösung zusammenarbeitet, kann empfundene Unruhen reduzieren und das Vertrauen in und die empfundene Legitimation der Polizei verbessern. Eine enge zwischenstaatliche Zusammenarbeit ist erforderlich, da die Lösung kommunaler Probleme eine Aufgabe ist, an der alle relevanten staatlichen Stellen beteiligt sind. Wenn die Öffentlichkeit und andere Akteure in einem kooperativen Ansatz hin zu mehr Sicherheit mehr Verantwortung übernehmen, hat dieser Ansatz das Potenzial, es den Polizeikräften zu erlauben, ihre Ressourcen auf andere Kernaufgaben zu konzentrieren.

10. Die **wechselseitige Kommunikation** zwischen Polizei und Öffentlichkeit sollte gefördert werden. Eine effektive, angemessene und zeitnahe Kommunikation ist entscheidend für einen erfolgreichen BPA-Ansatz. Die BPA sollte eine Vielzahl innovativer Ansätze umfassen, um schwer erreichbare Zielgruppen mit eventuell geringerem Sozialkapital zu erreichen. Darüber hinaus ist es wichtig, der Öffentlichkeit die BPA in klarer Sprache zu erklären, indem man sich auf die Initiativen der BPA in ihrer Gemeinschaft, auf ihre Rolle in der BPA und das, was sie erwarten können, konzentriert. Studien haben gezeigt, dass Menschen, die gut über Polizeiarbeit informiert sind, tendenziell positivere Meinungen von der Polizei haben.

Das Konzept der **BPA hat in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten Wurzeln geschlagen**, jedoch in unterschiedlicher Form, mit unterschiedlichen Auslegungen und unter unterschiedlichen Bezeichnungen. Es gibt noch kein gemeinsames paneuropäisches Grundverständnis der BPA, geschweige denn einen einheitlichen europäischen Ansatz. Im Wesentlichen sind angemessene Ressourcen erforderlich, um zu einer gemeinsamen **EU-Vision der BPA** zu gelangen: Das heißt, dass genügend Zeit und Ressourcen erforderlich sind, um alle relevanten wissenschaftlichen Publikationen in der gesamten EU zu erschließen und die richtigen Berater und Perspektiven aus der Gemeinschaft einzubeziehen.

Darüber hinaus sollten zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um **das volle Potenzial der EU und ihre Kenntnisse und Erfahrungen in Bezug auf die BPA zu verstehen und zu nutzen**. Erstens wird empfohlen, sich auf eine innerhalb der EU zu verwendende einheitliche Bezeichnung zu einigen. Zweitens ist die große Sprachenvielfalt innerhalb der EU zwar eine kulturelle Bereicherung, schafft

jedoch auch ein Hindernis für den Austausch bestehender Erkenntnisse innerhalb der EU. Zusätzliche Anstrengungen für das Übersetzen relevanter Materialien (z. B. Zusammenfassungen relevanter Studien und Berichte) sind erforderlich, um den Wissensaustausch in der EU auszuweiten.

Wir hoffen, dass Polizeichefs und Führungskräfte innerhalb von Polizeiorganisationen sowie andere politische Entscheidungsträger und Akteure diese Toolbox zur Verwirklichung erfolgreicher BPA-Strategien nutzen werden. Eine politische und organisatorische Einbindung ist wichtig, da die Umsetzung oder Verbesserung der BPA einen strukturellen und kulturellen Wandel innerhalb der Polizeiorganisation erfordert.

Und schließlich sollte die Frage diskutiert werden, inwieweit die BPA einen Platz in der größeren Sicherheitsunion hat. Sie könnte das Potenzial haben, einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheitsunion zu leisten und sollte in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden.

01 KAPITEL 1: EINFÜHRUNG IN DAS KONZEPT DER BÜRGERNAHEN POLIZEIARBEIT

1.1 Geschichte und Philosophie

Mit einem Überblick über die Geschichte und die ursprüngliche Philosophie der bürgernahen Polizeiarbeit (BPA) möchten wir einen Bezugsrahmen bieten. Für ein Konzept, das bekannt für seine vielfältigen und teilweise divergierenden Definitionen ist, ist es sinnvoll, einen solchen Bezugsrahmen bereitzustellen, in der Hoffnung, damit zu einem grundlegenden Verständnis der Idee beizutragen. Zu diesem Zweck geben wir einen Überblick über den historischen Kontext, in dem die BPA der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einem Schlüsselkonzept wurde. Obwohl es wichtig wäre, die sozialen und politischen Entwicklungen in Europa hervorzuheben, erlaubt der Umfang dieser Toolbox keine detaillierten Betrachtungen über die Geschichte der EU-Mitgliedstaaten. Die Mitgliedstaaten haben sich in Sachen Entwicklung der Polizeiarbeit und der eventuell damit verbundenen Probleme unterschiedlich schnell bewegt. Dieses Kapitel wird jedoch einen Überblick über das Ausgangswerk von Herman Goldstein geben, der als einer der Gründerväter des problemorientierten Ansatzes und der BPA-Philosophie angesehen werden kann. Natürlich ist er nur einer von mehreren Autoren, die einen bedeutenden Beitrag zur Entstehung und Entwicklung der BPA geleistet haben.

Es gibt einige historische Gründe, warum die BPA gegen Ende des 20. Jahrhunderts in Europa zu einem Schlüsselkonzept wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg trugen der Ausbau des Hochschulwesens, die Mittelschicht,

Studentenproteste und das Zelebrieren der Jugendkultur dazu bei, dass die Stimmen der Unterprivilegierten lauter und die Herausforderungen an die Polizeiautorität größer wurden. Darüber hinaus beeinflusste der Zweite Weltkrieg die Funktionsweise der Polizei. Da das Auto während des Krieges mehr und mehr von der Öffentlichkeit angenommen wurde, so wurde es auch bei der Polizei zunehmend eingesetzt. Die zunehmende Nutzung des Polizeiwagens fiel mit der Entwicklung des Polizeifunks zusammen. Während die Arbeit der Polizeibeamten zuvor eher ungelernte Arbeiten betraf, die eine geringe Ausbildung erforderten, musste die Polizei nun anspruchsvollere Ausrüstung einsetzen und mit steigenden Erwartungen umgehen. Gleichzeitig nutzten die Regierungen die Krisensituation des Krieges, um die Zahl der Polizeikräfte in ihren Ländern zu reduzieren – dieser Trend hielt bis in die 1960er Jahre an. In Deutschland, Frankreich, England und Wales verschwand die alte Art der unter kommunaler Regierungsaufsicht stehenden Gemeindepolizei. Die übrigen Mannschaften wurden zentralisiert. Darüber hinaus stellten die Regierungen neue Anforderungen an die Messung der Erfolgsraten und die Kosten-Nutzung-Bewertung in der Polizeiarbeit. Diese Veränderungen scheinen in den Rängen der höheren Polizeioffiziere zu der Einsicht geführt zu haben, dass die Verbrechensbekämpfung in enger Verbindung zu den Gemeinden erfolgen muss. Das sich entwickelnde Interesse am Konzept der BPA in Europa am Ende des 20. Jahrhunderts war ein Produkt aus Kontext und Zufall. Es signalisierte, dass viele Polizeiinstitutionen die Verbindung zu ihren Gemeinden verloren hatten[12].

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts führten viele Polizeiakademiker Studien und Evaluationen durch, die Daten lieferten, die die Grenzen der Stile reaktiverer Polizeiarbeit in Bezug auf die Kriminalprävention auf lokaler Ebene[13] aufzeigten, wobei Greene und Mastrofski argumentieren, dass die bloße Beauftragung einer größeren Anzahl an Polizeibeamten nicht unbedingt zu einer Verringerung der Kriminalität oder Unruhen führt[14]. Rosenbaum betont in seinem Papier über die Polizeireform und die Umsetzung der BPA auch, wie die reaktive Polizeiarbeit die Rolle der Anwohner/-innen bei der Identifizierung und Lösung von Problemen der lokalen Polizeiarbeit und die wichtige Rolle, die sie bei der Kriminalprävention vor Ort spielen könnten[15], ignoriert hat. Weitere Bedenken, die im Hinblick auf ein reaktives Modell der Polizeiarbeit aufgeworfen wurden, basierten auf den angewandten Taktiken, die, so wurde behauptet, von Natur aus zu reaktiv waren und somit die Umstände, die zu Verbrechen oder Unruhen führten, nicht beeinflussten. Und schließlich war der von einigen Polizeiorganisationen in Bezug auf eine Vielzahl von Punkten der lokalen Polizeiarbeit angewandte Universal-Ansatz, so Skogan, ein weiterer strittiger Punkt, der das lokale Engagement beschädigen konnte[16].

Aus Sicht der Polizeiorganisationen schien Frustration die Hauptstimmung der an vorderster Front tätigen Beamten zu sein, die sagten, sie würden keine Unterstützung oder Verständnis von der Öffentlichkeit erhalten. Gefühle einer Entfremdung von der und eine Wahrnehmung einer Unterdrückung durch die Polizei waren die gemeinsamen Nenner in der Öffentlichkeit und insbesondere bei Minderheiten[17].

Die Notwendigkeit einer robusten und dennoch flexiblen Form der Polizeiarbeit, die den Herausforderungen jedes einzelnen Viertels gerecht wird, ist eine wichtige Schlussfolgerung aus dieser Zeit. Die Einführung der BPA wird als einer der bedeutendsten Versuche zur Umgestaltung der Polizeiarbeit betrachtet[18].

Heute wird BPA als Sammelbegriff[19] betrachtet, wobei Gaines argumentiert, dass sich die BPA wie ein Chamäleon verhalten kann. So wie auch ein Chamäleon zahlreiche Farben annehmen und sich in seine Umgebung einfügen kann, so kann die BPA auf legitime Weise mehrere Ziele verfolgen, öffentliche und private Organisationen an der Reduzierung von Gemeinschaftsproblemen beteiligen, eine Vielzahl von polizeilichen Operationstechniken anwenden und ein breites Spektrum von Ergebnissen erzielen[20]. Unter Berücksichtigung dieser Realität werden wir versuchen, die hinter der BPA stehende ursprüngliche Philosophie zu beschreiben. Dazu greifen wir auf Herman Goldstein und sein Werk zurück, das die theoretische Grundlage für die BPA und die problemorientierte Polizeiarbeit (POP)[21] gelegt hat.

Ein Problemlösungsansatz

In einem 1979 veröffentlichten Artikel stellte Goldstein fest, dass die Polizei – mehr als andere Organisationen – durch das „Die-Mittel-Heiligen-Den-Zweck-Syndrom“[22] belastet sei. Die Mittel waren das Personal, das Management und die Organisation der Polizeidienststellen; der Zweck wurde als die weitgefassten Themen definiert, die die Polizei zu bewältigen hatte. Das Problem sei eine zu starke Introspektion der Polizeikräfte bei den Schritten hin zu einer stärkeren Professionalisierung. Viele Bemühungen zur Verbesserung der Polizeiarbeit konzentrierten sich auf das interne Management (Mittel): Straffung der Organisation, Beförderung des Personals, Modernisierung der Ausrüstung usw. Eine Verbesserung der internen Prozesse und des allgemeinen Managements war notwendig; eigentlich musste jedoch den Endergebnissen der Polizeiarbeit mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden[23]. Der folgende Zeitungsbericht, auf den sich Goldstein bezog, ist in dieser Hinsicht sehr aufschlussreich.

> Beschwerden von Fahrgästen, die den Busverkehr von Bagnall nach Greenfields nutzen wollen, dass "die Fahrer lächelnd und winkend an Schlangen von bis zu 30 Personen vorbeiführen", wurden mit einer Erklärung beantwortet, in der darauf hingewiesen wird, dass "es für die Fahrer unmöglich sei, ihren Zeitplan einzuhalten, wenn sie für die Fahrgäste anhalten müssten".[24]

Die Annahme, dass Mittel und Zweck miteinander verbunden sind und somit die Verbesserung der Mittel auch zu einer Verbesserung des Zwecks führt, wurde jedoch zunehmend in Frage gestellt. Evaluationsberichte der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erwähnten die Notwendigkeit, den Schwerpunkt stärker auf die menschlichen Faktoren und die Bedürfnisse der Gemeinschaft zu legen; die angebotene Lösung war jedoch mehr Introspektion[25.]

Der anfängliche Fokus auf den Managementansatz innerhalb der Polizeikräfte war gerechtfertigt, da es die oberste Priorität der Polizei sein sollte, für Ordnung im eigenen Hause zu sorgen. Das hieß, dass Mängel wie unorganisiertes Personal, schlechte Ausrüstung, schlechte Ausbildung, mangelnde Rechenschaftspflicht und in einigen Fällen Korruption in Angriff genommen werden mussten. Ziemlich problematisch dabei war, dass sich diejenigen, die diese Verbesserungen umsetzten, zeitweise darauf zu konzentrieren schienen, ein hohes Maß an administrativer Kompetenz (Mittel) zu erreichen, anstatt eine Wirkung auf die Dienste der Polizeiarbeit an vorderster Front (Zweck) zu erzielen[26].

Dennoch führten einige Entwicklungen zu einem Anpassungsdrang. Die Finanzkrise kam auf. Die Politiker wurden immer zögerlicher, um Geld in Polizeidienste zu investieren, ohne die Gewissheit zu haben, dass sich diese Investitionen auf die Probleme auswirken würden, die von der Polizei bewältigt werden sollten. Es gab ein Wachstum der Verbraucherorientierung. Bis dahin waren die Interessen der Kunden/Verbraucher kein vorrangig zu berücksichtigender Gesichtspunkt für die Polizei. Es herrschte das wachsende Gefühl, dass die Effizienz an den Ergebnissen und nicht an korrekt befolgten Verfahren gemessen werden sollte. Die Effektivität der am besten verwalteten Polizeikräfte wurde infrage gestellt. Die Gemeinschaften der Polizeikräfte, die die meisten Empfehlungen zur Verbesserung des Managements umsetzten, sahen sich immer noch mit den gleichen Problemen konfrontiert wie die Gemeinden, in denen die Polizeibehörden diesen Empfehlungen nicht folgten. Es gab einen zunehmenden Widerstand des Personals und der Gewerkschaften

gegen organisatorische Veränderungen. Die Polizeichefs mussten ihre Mitarbeiter davon überzeugen, dass sich Änderungen lohnen, bevor sie die beabsichtigten Verbesserungen einführen konnten[27].

Man kann sich fragen, welche Probleme genau die Polizei bewältigen sollte. Oder, wie Herman Goldstein es formulierte: „Was ist das Endprodukt der Polizeiarbeit?“ Das Endprodukt der Polizeiarbeit ist die Bewältigung einer Vielzahl von Verhaltens- und sozialen Problemen, die in einer Gemeinschaft auftreten. Probleme dieser Art, die der Grund dafür sind, dass es Polizeibehörden gibt, unterscheiden sich von den Problemen, mit denen sich Polizeichefs, Polizeibeamte oder Befürworter der Polizeireform beschäftigen: Mangel an Arbeitskräften, unzureichende Betreuung und Ausbildung, Mangel an angemessener Ausrüstung, Ressentiments aufgrund der Verfolgung von Strafsachen, fehlende wirksame Kontrollen des polizeilichen Verhaltens usw.[28].

Nach diesem Gesichtspunkt sollte die Polizei stärker problemorientiert handeln. Polizeiorganisationen war dieser Ansatz nicht fremd, wenn es um den Umgang mit Sonderveranstaltungen (z. B. Demonstrationen) ging. Dennoch wurde er selten auf spezifische Verhaltens- und soziale Probleme angewendet, mit denen Polizeibeamte routinemäßig konfrontiert wurden. Die nach der Behandlung von Sonderfällen durchgeführte Analyse der Kriminalitätsberichte kam einem problemorientierten Ansatz am nächsten. Ein Kriminalitätsphänomen wurde auf der Grundlage von Polizeiberichten gründlich analysiert. Diese Feststellungen wurden dann genutzt, um akkurate Entscheidungen zu treffen, wie z. B. eine bestimmte Anzahl von Polizisten damit zu beauftragen, sich an einen bestimmten Ort oder Krisenherd zu begeben. Die Feststellungen wurden jedoch nicht als Grundlage genutzt, um die allgemeine Herangehensweise der Polizei an ein bestimmtes Kriminalitätsphänomen und wie das Problem zu lösen ist, zu überdenken[29]. „Die Situation ist ähnlich wie die in der privaten Wirtschaft, in der die Fließbandgeschwindigkeit, die Produktivität der eigenen Mitarbeiter und die Art des PR-Programms, aber nicht die Qualität des eigenen Produkts untersucht werden“[30].

Die Polizei muss Verhaltens- und soziale Problemen bewältigen. Wie aber sollen diese Probleme bestimmt oder definiert werden? Die gängigste Strategie war die Verwendung der im Strafgesetzbuch vorgesehenen Kategorien, wie z. B. „Diebstahl“ oder „Brandstiftung“. Laut Goldstein war dies aus mehreren Gründen nicht ideal. Erstens kann eine im Strafgesetzbuch definierte Kategorie mehrere Verhaltensformen umfassen. „Brandstiftung“ kann sich beispielsweise

auf Vandalismus von Jugendlichen, Brandstiftung als Versicherungsbetrug, Brandstiftung von Menschen mit psychischen Problemen usw. beziehen. Zweitens bedeutet die Anwendung des Strafgesetzbuches, dass Probleme, die nicht durch das Strafgesetzbuch abgedeckt sind, nicht in die Zuständigkeit der Polizei fallen. Die Entkriminalisierung entbindet die Polizei jedoch nicht von ihrer Verantwortung. Obwohl der Alkoholkonsum beispielsweise nicht illegal ist, erwartet die Öffentlichkeit, dass die Polizei auf Menschen reagiert, die in der Öffentlichkeit betrunken sind und für Ärger sorgen. Ein Verhaltens- oder soziales Problem ist dennoch ein Problem für die Polizei, unabhängig davon, ob es als Straftat definiert ist oder nicht. Und schließlich bedeutet die Anwendung des Strafgesetzbuches auch, dass die Polizei nur Kriminelle festnehmen und vor Gericht bringen muss, obwohl ihre Funktion viel umfassender ist als das[31].

Bürgernahe Polizeiarbeit

1987 schrieb Goldstein, dass das Konzept der BPA einen vorherrschenden Rahmen bieten könnte, an den alle zukünftigen Verbesserungsbemühungen der Polizeiarbeit verknüpft werden könnten. Darüber hinaus erklärte er, dass eine äußerst wichtige Anforderung darin besteht, sicherzustellen, dass sich die Polizei direkter mit den Problemen befasst, die in den Gemeinden, denen sie dient, auftreten[32]. Er skizzierte weitere Anforderungen wie folgt:

> Am häufigsten sind dabei die Beteiligung der Gemeinschaft an der Erledigung der polizeilichen Aufgaben; die ständige Entsendung von Polizeibeamten in ein Viertel, um bessere Beziehungen zu pflegen; die Festlegung von polizeilichen Prioritäten auf der Grundlage der spezifischen Bedürfnisse und Wünsche der Gemeinschaft; und die Befriedigung dieser Bedürfnisse durch die Zuweisung von polizeilichen Mitteln und Personal, das anderweitig für die Reaktion auf Aufrufe zur polizeilichen Unterstützung eingesetzt wird[33].

Bei der Analyse der bereits laufenden Programme, die unter das Dach der BPA fielen, listete Goldstein die gefundenen gemeinsamen Merkmale auf. Dies waren Polizeipräsenz, Kriminalprävention, Gemeindeorganisation, Proaktivität, größere Diskretion und Gemeinschaftsbeitrag.

Laut Goldstein ist das ultimative Potenzial der BPA die Entwicklung von Respekt und Unterstützung, die die Fähigkeit der Polizeibeamten steigern könnte, um Probleme so anzugehen, dass weniger Notwendigkeit besteht, auf den Strafprozess oder auf körperliche Gewalt, die die Beamten aus ihrer Uniform und der damit einhergehenden Autorität ableiten, zurückzugreifen.

Insgesamt waren es die folgenden Hauptvorteile der BPA, auf die sich Goldstein berief:

- Abbau der Spannungen zwischen Polizei und Gesellschaft und weniger Frustration auf beiden Seiten;
- effektivere Nutzung der polizeilichen Ressourcen;
- Steigerung der Qualität des Polizeidienstes;
- Steigerung der Effektivität bei der Bewältigung von Gemeinschaftsproblemen, da diese gründlich analysiert und sorgfältig ausgewählt werden;
- Steigerung der Zufriedenheit mit der Arbeit der am Programm beteiligten Polizisten;
- verstärkte Rechenschaftspflicht gegenüber der Gemeinschaft.

Weiterführende Literatur zum Thema bürgernahe Polizeiarbeit

Aronowitz, A., 'Progress in community policing', *European Journal on Criminal Policy and Research*, 5:4, 1997.

Bayley, D., 'Community policing: a report from the devil's advocate', in J. Greene and S. Mastrofski (eds), *Community policing: rhetoric or reality?, Preager*, New York, 1988, pp. 225-238.

Bayley, D., *Police for the future*, Oxford University Press, New York, 1994.

Bayley, D., *What works in policing*, Oxford University Press, New York, 1998.

Bennett, T., *Evaluating Neighbourhood Watch, Gower Publishing Company Ltd, Aldershot*, UK, 1990.

Braga, A. et al., *'Problem-oriented policing in violent crime places: a randomised controlled experiment', Criminology*, 37:3, 1999, pp. 549-555.

Brodeur, J.-P., 'Tailor-made policing: a conceptual investigation', in J.-P. Brodeur (ed.), *How to recognize good policing: problems and issues*, Sage, Thousand Oaks, CA, 1998.

Brodeur, J.-P. (ed.), *How to recognize good policing: problems and issues*, Sage, Thousand Oaks, CA, 1998.

Dammert, L., and Malone, M. F. T., 'Does it take a village? Policing strategies and fear of crime in Latin America', *Latin American Politics and Society*, 48:4, 2006, pp. 27-51.

Eck, J., and Rosenbaum, D., 'Effectiveness, equity, and efficiency in community policing', in D. Rosenbaum (ed.), The challenge of community policing: testing the promises, Sage, Thousand Oaks, CA, 1994.

Ferreira, B., *The use and effectiveness of community policing in a democracy policing in central and eastern Europe: comparing firsthand knowledge with experience from the West*, College of Police and Security Studies, Slovenia, 1996.

Fielding, N., *Community policing*, Clarendon Press, Oxford, 1995.

Gill, C. E., Weisburd, D., Bennett, T., Vitter, Z., and Telep, C. W. (in progress), 'Community-oriented policing to reduce crime, disorder, and fear and increase legitimacy and citizen satisfaction in neighborhoods', *Campbell Systematic Reviews*.

Greene, J., 'Evaluating planned change strategies in modern law enforcement, implementing community-based policing', in J.-P. Brodeur (ed.), *How to, recognize good policing: problems and issues,* Sage, Thousand Oaks, CA, 1998.

Greene, J., 'Community policing in America', *Policies, Processes, and Decisions of the Criminal Justice System*, 3, 2000, pp. 299-370.

Hope, T. (2005) 'The new local governance of community safety in England and Wales', *Canadian Journal of Criminology and Criminal Justice*, 47:2, 2005, pp. 369-87.

Leigh, A., Read, T., and Tilley, N., 'Problem-oriented policing', Crime Detection and Prevention Series, Paper 75, Home Office, London, 1996.

Lobnikar, B., Meško, G., and Modic, M., 'Transformations in policing: two decades of experience in community policing in Slovenia', in J. Eterno et al. (eds), *Global issues in contemporary policing*, CRC Press, Boca Raton, FL, 2017, pp. 199 220.

Manning, P., and Yursza Warfield, G., 'Police research in the United States: an overview and an analysis', in P. Ponsaers, C. Tange and L. Van Outrive (eds), *Insights on police: quarter of a century research on police in Europe and the Anglo-Saxon world*, Bruylant, Brussels, 2009.

Mastrofski, S., and Greene, J., *Community policing: rhetoric or reality?*, Praeger, New York, 1988.

Mastrofski, S., and Snipes, J., *'Law enforcement in the time of community policing', Criminology*, 33, 1995, pp. 539-563.

Mazeika, D., Bartholomew, B., et al., 'Trends in police research: a cross-sectional analysis of the 2000–2007 literature', *Police Practice and Research: An International Journal*, 11:6, 2010, pp. 520-547.

Moore, M., 'Problem-solving and community policing', in M. Tonry and N. Morris (eds), *Modern policing, crime and justice: a review of research*, University of Chicago Press, Chicago, 1992.

Moore, M., 'Research synthesis and policy implications', in D. Rosenbaum (ed.), *The challenge of community policing: testing the promises*, Sage, Thousand Oaks, CA, 1994.

Murphy, K., Hinds, L., et al., 'Encouraging public cooperation and support for police', *Policing and Society*, 18:2, 2008, pp. 136-155.

Ponsaers, P., 'Reading about 'community (oriented) policing' and police models', *Policing: An International Journal of Police Strategies and Management*, 24, 2001, pp. 470-496.

Reisig, M. D., 'Continuing the discussion on community policing, Issue 2: Procedural justice and community policing — what shapes residents' willingness to participate in crime prevention programs?' *Policing*, 1:3, 2007, pp. 356-369.

Reisig, M. D., 'Community and problem-oriented policing', *Crime and Justice International*, 39:1, 2010, pp. 1-53.

Reisig, M., 'Community and problem-oriented policing', in M. Tonry (ed.), *The Oxford handbook of crime and criminal justice*, Oxford University Press, 2011, pp. 538-576.

Rosenbaum, D., 'The changing role of the police: assessing the current transition to community policing', in J.-P. Brodeur (ed.), *How to recognize good policing: problems and issues*, Sage, Thousand Oaks, CA, 1998.

Sacco, V., 'Evaluating satisfaction', in J.-P. Brodeur (ed.), *How to recognize good policing: problems and issues*, Sage, Thousand Oaks, CA, 1998.

Sherman, L.W., Gottfredson, D., MacKenzie, D., Eck, J., Reuter, P., and Bushway, S., *Preventing crime: what works, what doesn't, what's promising*, 1997 (http://www.ncjrs.org/works).

Skogan, W., 'Community participation and community policing', in J.-P. Brodeur (ed.), *How to recognize good policing: problems and issues*, Sage, Thousand Oaks, CA, 1998.

Skogan, W., *Police and community in Chicago: a tale of three cities*, Oxford University Press, New York, 2006.

Skogan, W., and Harnett, S., *Community policing, Chicago style,* Oxford University Press, New York, 1996.

Sunshine, J., and Tyler, T. R., 'The role of procedural justice and legitimacy in shaping public support for policing', *Law and Society Review*, 37, 2003, pp. 555-589.

Trojanowicz, R., *An evaluation of the Neighborhood Foot Patrol Program in Flint, Michigan*, School of Criminal Justice, Michigan State University, East Lansing, 1982.

Wakefield, A., 'Continuing the discussion on community policing, Issue 2: Carry on Constable? Revaluing foot patrol", *Policing*, 1:3, 2007, pp. 342-355.

Weisburd, D., and Braga, A. (eds), *Police innovation*, Cambridge University Press, Cambridge, 2006.

Wycoff, M., and Skogan, W., 'Community policing in Madison: an analysis of implementation and impact', in D. Rosenbaum (ed.), *The challenge of community policing: testing the promises*, Sage, Thousand Oaks, CA, 1994.

1.2 Aktueller Stand der Dinge

Nachdem wir einen Überblick über die Geschichte der BPA und die dahinter stehende Philosophie gegeben haben, wenden wir uns der gegenwärtigen Lage in der EU zu. Der Ort und die Zeit sind die beiden wichtigen Elemente, die es zu diskutieren gilt, wenn es um den aktuellen Stand der Dinge geht. Wir werden nicht näher darauf eingehen, wie die BPA heute in den EU-Mitgliedstaaten in die Praxis umgesetzt wird oder welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten sich aus den verschiedenen Strategien ergeben. Für weitere Informationen zu diesen interessanten Themen verweisen wir auf ein EUCPN-Papier[34].

Der Ort, das erste Element, mit dem wir uns in Bezug auf den aktuellen Stand der Dinge befassen werden, bringt uns nach Europa. Die BPA wurde zuerst in Nordamerika entwickelt und umgesetzt, und die gesamte Polizeiforschung wird größtenteils durch Studien im angelsächsischen Kontext dominiert. Mögliche Erklärungen für den Mangel an zugänglichen Studien mit dem Schwerpunkt Süd- und Osteuropa könnten sein, dass die Ergebnisse in der Regel in den lokalen Sprachen und nicht auf Englisch veröffentlicht werden und die Notwendigkeit kontextspezifischer Studien nicht anerkannt wird, wobei davon ausgegangen wird, dass Erkenntnisse aus angelsächsischen Studien ohne Probleme auf andere Zusammenhänge übertragen werden können. Die Managementforschung hat uns jedoch gezeigt, dass der soziale Kontext einen wesentlichen Einfluss hat. Die Bedeutung von Polizeipolitiken und -strategien ändert sich im Verlauf der Umsetzung[35]. Aus diesem Grund ist es wichtig, immer die lokale Situation zu berücksichtigen.

Der Ort, das erste Element, mit dem wir uns in Bezug auf den aktuellen Stand der Dinge befassen werden, bringt uns nach Europa.

Das zweite Element ist die Zeit. Etwa vier Jahrzehnte sind vergangen, seit die ersten Artikel über BPA oder den problemorientierten Ansatz veröffentlicht wurden. Die Philosophie hat die Zeit überdauert. Die BPA gilt immer noch als relevant und wird innerhalb der EU weitgehend umgesetzt, wenn auch in unterschiedlichem Umfang und in unterschiedlicher Form. Bislang gab es weder eine einheitliche europäische noch eine angelsächsische Definition für die BPA. Polizeiorganisationen in ganz Europa haben

verschiedene Bezeichnungen verwendet: England und Wales übernahmen das Label „neighbourhood policing“, um ihre proaktiven lokalen Polizeiaktivitäten zu beschreiben, während die französische Polizei „polizei de proximité“ und die spanische „policia de proximidad“ verwendete. In Schottland ist die Bezeichnung für die lokal tätige Polizei „community policing“, was sowohl die Gemeinde- als auch die Nachbarschaftspolizei im übergreifenden Konzept der beruhigenden Polizeiarbeit[36] umfasst.

Man sagt, dass die Weisheit mit dem Alter kommt: Im Laufe der Jahre wurde viel über die Umsetzung der BPA gelernt. Während sich die BPA entwickelt und zu positiven Ergebnissen für Öffentlichkeit und Polizei geführt hat, wurden im Laufe der Jahre einige Nebenwirkungen oder unbeabsichtigte Folgen festgestellt. Ein Gebiet kann aufgrund der gut sichtbaren Polizeiarbeit als Viertel mit hoher Kriminalität und damit als gefährlich oder unattraktiv stigmatisiert werden. Die BPA könnte unbeabsichtigt ein Ventil für diskriminierende lokale Einstellung gegenüber marginalisierten oder Minderheitengruppen sein. Ein weiterer potenzieller Fall ist die Nichtanerkennung der Vielfalt eines Viertels, die Tatsache, dass es sich aus mehreren Gemeinschaften zusammensetzt, von denen zumindest einige vielleicht nicht mit der Polizei zusammenarbeiten wollen. Ein weiteres Risiko besteht darin, sich auf Signalverbrechen zu konzentrieren, d. h. auf Verbrechen, die einen unverhältnismäßigen Einfluss auf die Kriminalitätsfurcht haben. Dies kann dazu führen, dass die Polizei weniger Ressourcen hat, um sich auf schwerwiegendere, aber weniger sichtbare Formen von Kriminalität und Unruhen zu konzentrieren[37].

In Bezug auf das Ausmaß, in dem die BPA in den letzten Jahren evaluiert wurde, und in Bezug auf die wichtigsten Schlussfolgerungen der einschlägigen Studien ist es nicht einfach, allgemeine Aussagen zu formulieren. Der Grund dafür ist die unterschiedliche Qualität diese Evaluationsstudien, die unterschiedliche Definitionen oder Vorstellungen von BPA anwenden, sich auf einen bestimmten Aspekt von BPA konzentrieren und/oder Aussagen über ganz unterschiedliche Maßnahmen treffen. Daher besteht die Gefahr, Äpfel mit Orangen zu vergleichen[38].

Mazerolle, Soole und Rombouts führten 2006 eine Meta-Analyse über die Auswirkungen von BPA, POP und Polizeiarbeit in Krisenherden[39] im Hinblick auf Drogenkriminalität durch. Sie kamen zu dem Schluss, dass alle drei Strategien zu einer signifikanten Reduzierung führten und dass die BPA effektiver war als die Polizeiarbeit in Krisenherden[40].

Gill, Weisburd et al. haben eine umfassende systematische Überprüfung der BPA durchgeführt. Die Ergebnisse wurden 2014 veröffentlicht. Die Autoren zogen es vor, die BPA so zu evaluieren, wie sie in der Praxis verstanden wurde, und nicht das theoretische Ideal zu evaluieren, um die „lückenhafte“ Literatur zusammenzutragen und zu verstehen, unter welchen Umständen BPA-Ansätze wirksam sein können. Die Studie ergab belastbare Beweise dafür, dass die BPA die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Polizei erhöht. Die Ergebnisse deuten zudem darauf hin, dass die BPA die Wahrnehmung der polizeilichen Legitimität verbessert. Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit den Hauptzielen der BPA. Die Ergebnisse sind jedoch weniger konsistent, wenn es um die Auswirkungen auf die Kriminalprävention geht. Die Studie ergab, dass die Auswirkungen der BPA auf die Statistiken über offizielle Kriminalität und Viktimisierung unklar waren. Diese Ergebnisse bedeuten nicht, dass die BPA notwendigerweise unwirksam ist. Wenn wir uns noch einmal Goldsteins Philosophie ansehen, sehen wir, dass die BPA nie dazu gedacht war, die „Verbrechensbekämpfungs-“Funktion der Polizei zu stärken[41]. Ganz im Gegenteil: Ziel war es, die Gemeinschaft einzubeziehen, bessere Beziehungen zu pflegen und sich auf die spezifischen Bedürfnisse und Wünsche der Gemeinschaft zu konzentrieren[42]. Darüber hinaus ist die Verbrechensbekämpfung als Hauptaufgabe der Polizei so gut etabliert, dass die Evaluation polizeilicher Strategien in Bezug auf diese Bekämpfung oft durchgeführt wird, obwohl auch andere Zielvorgaben verfolgt werden. Und schließlich können die oben genannten positiven Ergebnisse in Bezug auf Zufriedenheit und Legitimität einen weiteren Effekt mit sich bringen. Eine größere Zufriedenheit und mehr Vertrauen können zu einer erhöhten Berichterstattung führen, was wiederum eine Verringerung der Kriminalität verdecken kann. Dies kann die Auswirkungen der BPA auf Kriminalität und Viktimisierung verzerren[43].

Tücken und unbeabsichtigte Verwendung von BPA

> Stigmatisierung eines Viertels
> BPA als Ventil für diskriminierende lokale Einstellungen
> Nichtanerkennung der Vielfalt eines Viertels
> Unverhältnismäßiger Fokus auf Signalkriminalität

1.3 Ein Rahmen anstelle einer Definition

Die Definition der BPA ist eine Herausforderung. Wie schon zuvor erwähnt, ist das Konzept bekannt für seine vielfältigen und teilweise divergierenden Definitionen. Dies gilt insbesondere für den europäischen Kontext, da die BPA in der EU unterschiedlich umgesetzt wird. Um diese Herausforderung zu bewältigen, haben wir uns mit Unity[44] beschäftigt, einem Horizont-2020-Projekt zur BPA, das sich mit den gleichen Problemen konfrontiert sah. Bei der Durchführung einer ersten Literaturrecherche kamen die Forscher zu dem Schluss, dass die BPA ein mehrdeutiges und etwas vages Konzept ohne eine feste Definition über Raum und Zeit sein könnte. Diese Unklarheit im Zusammenhang mit dem Konzept der BPA wirft beim Erreichen der Zielvorgaben der Erforschung der besten BPA-Praktiken aus europäischer Sicht besondere Fragen für das Unity-Projekt auf[45].

Unity führte die erste gesamteuropäische Untersuchung der BPA durch, indem es Primärforschung[46] in neun europäischen Ländern[47] durchführte. Ziel der Forschung war es, bewährte Verfahren für die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bürgern zu ermitteln, die Entwicklung der Kommunikationstechnologie sowie die BPA-Ausbildung zu gestalten[48].

Trotz der vielen Definitionen und unterschiedlichen Ansätze fanden die Forscher gemeinsame Elemente. Durch die Berücksichtigung dieser Elemente in Bezug auf vorausgehende Forschungsergebnisse hat die Unity-Studie einen Rahmen für die Identifizierung und Erforschung von BPA in den neun Ländern geschaffen. Obwohl dieser Rahmen ursprünglich als Arbeitsinstrument geschaffen wurde, setzte er sich in der breiteren akademischen Gemeinschaft durch. Auch die Expertinnen und Experten, die am EUCPN-Workshop „COP in the EU today“ (zu Deutsch: Bürgernahe Polizeiarbeit in der EU heute) im Oktober 2018 in Brüssel teilnahmen, äußerten sich positiv über dieses Rahmenprogramm. Dieser Rahmen wird als das Sechs-Säulen-Konzept der BPA bezeichnet.

Es gibt mehrere gute Gründe, auf der Arbeit des Projekts Unity aufzubauen. Oben haben wir die Bedeutung einer europäischen Perspektive dargelegt. Bis heute gibt es keinen Konsens über eine – weder europäische noch angelsächsische – Definition der BPA. Darüber hinaus basieren die sechs Säulen auf umfangreichen quantitativen und qualitativen Studien, die im Rahmen des Projekts Unity durchgeführt wurden. Die von Unity festgelegten sechs Säulen bieten ein klares und robustes Konzept der BPA und gleichzeitig einen flexiblen Rahmen, der auf lokaler Ebene an die spezifischen Bedürfnisse einer Gemeinschaft angepasst werden kann. Dieses Bedürfnis nach Flexibilität ergibt sich aus der Vielfalt der Europäischen Union.

Das Unity-Projekt hat diese sechs Säulen noch nicht offiziell veröffentlicht.

02 KAPITEL 2: ZEHN SCHLÜSSELPRINZIPIEN

Durch eine Analyse der aktuellen Literatur und eingehende Diskussionen mit Expertinnen und Experten auf diesem Gebiet haben wir wichtige Faktoren für die erfolgreiche Umsetzung der BPA identifiziert. Wir haben wissenschaftliche Erkenntnisse und Erfahrungen auf diesem Gebiet genutzt, um klare und leicht verständliche Leitlinien in Form von 10 Schlüsselprinzipien aufzustellen. Diese Grundsätze gelten sowohl für Länder, die bereits eine lange BPA-Tradition haben, als auch für diejenigen Länder, die erste Schritte zur Umsetzung der Philosophie unternehmen. Diese 10 Prinzipien sind nicht erschöpfend. Mit anderen Worten, sie sind nicht allumfassend und es sind andere wichtige Faktoren zu berücksichtigen. Außerdem können diese zehn Prinzipien nicht allein als Leitfaden für die Umsetzung der BPA dienen; zu diesem Zweck verweisen wir die Leserinnen und Leser auf die Leitlinien, die in den *Good practices in building police-public partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General* (zu Deutsch: Bewährte Praktiken beim Aufbau von Partnerschaften zwischen Polizei und Öffentlichkeit) durch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) festgelegt sind.

Community-oriented policing in the EU today

10 key principles for a successful implementation

1. Built-in component of the larger government system

The police do not operate in isolation and depend on the supervising government. Therefore, it is important for policymakers to

- understand COP
- equip police with necessary resources
- provide other institutions with the mandate to participate.

2. Commitment

When the COP approach is not accepted by the entire police organisation, it risks of beining limited to an add-on. Implementing COP encompasses

- change in management style
- reducing the resistance of the police subculture
- building greater awareness of working conditions.

3. Qualitative measurement

Traditional quantitative measurement is not beneficial for the COP approach. Its effects are better captures through qualitative criteria such as the level of public satisfaction, public cooperation, sustainability of community project.

4. New generation relies on technology

ICT tools are to facilitate and not to replace communication and interaction. The goal should be to improve communication and interaction and not to gather intelligence.

5. Proper training

CEPOL identified five target groups to be trained or educated:

- government
- police leadership/management
- COP officers
- other police officers
- communities.

6. Locally embedded and adapted to the social context

Social context has major impact on policing practices. There should be a shift from a police force to a police service. It might take decades to restore historical distrust.

7. Presence and familiarity

It is important for the community to get to know the police officers and for the police officers to understand how the community operates. Encounters are crucial for the quality of the relation.

8. Learn and address local needs

A problem-solving approach to structurally reduce crime and increase safety is an important aspect of COP. To learn about local needs, it is important to avoid a one-sided perspective when gathering information on the concerns of a community.

9. Collaborative security production

When several actors work together in order to accomplish a shared vision of security, it can reduce perceived disorder as well as increase trust and perceived legitimacy in the police. Intergovernmental and public-private cooperation should be encouraged.

10. Two-way communication

Effective, appropriate and timely communication is key. It encompasses innovative methods to approach hard to reach target groups. It is important to explain the COP approach to the public. Those who are well-informed tend to hold more positive opinions.

PROZESS: interne Beziehungen innerhalb der Polizeiorganisation

> Die BPA ist ein fester Bestandteil eines größeren Regierungssystems
> Die BPA ist eine Verpflichtung
> Die BPA erfordert eine qualitative Messung
> Technologische Unterstützung der nächsten BPA-Generation
> Aus-/Fortbildung und Bildung sind unerlässlich

INHALT: externe Beziehungen zwischen Polizei und Gesellschaft

> Die BPA ist lokal eingebettet
> Die Präsenz der und Vertrautheit mit der Polizei sind entscheidend
> Die BPA beinhaltet das Informieren über und die Berücksichtigung lokale(r) Bedürfnisse
> Die kooperative Sicherheitsproduktion ist wertvoll
> Die wechselseitige Kommunikation zwischen Polizei und Öffentlichkeit sollte gefördert werden

01

SCHLÜSSELPRINZIP 1
BÜRGERNAHE POLIZEIARBEIT ALS FESTER BESTANDTEIL EINES GRÖSSEREN REGIERUNGSSYSTEMS

„Ohne einen Kulturwandel, insbesondere bei den Entscheidungsträgern, dem Innenminister, ist es sehr schwierig. Man kann den Polizeibeamten nicht einfach bitten, das Toolkit zu verwenden, das während einer drei- oder viertägigen Schulung vorgestellt wird, wenn die Einrichtung dieses Konzept nicht wirklich gutheißt, sich mit ihm auseinandersetzt und daran glaubt“[49]

Polizeiorganisationen operieren nicht isoliert, sondern sind Teil eines größeren Rahmens und dabei auf verschiedene Formen der Unterstützung durch die aufsichtsführenden Behörden angewiesen. Es ist von großer Bedeutung, dass Politiker und politische Entscheidungsträger in die BPA-Strategie **einbezogen** werden. Die OSZE[50], die über umfangreiche Erfahrungen mit der Umsetzung der BPA verfügt, hat gelernt, dass das Engagement der Regierung notwendig für einen nachhaltigen Erfolg der BPA ist[51]. Es stellt fest, dass das Engagement aller wichtigen politischen Akteure in der Regierung und den einschlägigen Ministerien von wesentlicher Bedeutung ist, wenn es darum geht, diesen Ansatz der Polizeiarbeit anzunehmen. Dies gilt insbesondere für Länder mit einer zentralisierten Befehlsstruktur[52]. Die Bedeutung des Engagements auf dieser Ebene wurde von den Expertinnen und Experten auf diesem Gebiet stark betont. Sie argumentierten, dass diese Entscheidungsträger die Zielgruppe für dieses Dokument sein sollten. Zudem stellten sie fest, dass, obwohl Perspektiven auf die BPA von der vordersten Front wichtig sind, die BPA ohne eine politische und organisatorische Einbindung nicht wirksam sein wird[53], und dass zuerst die politischen Entscheidungsträger überzeugt werden müssen, da die Umsetzung der BPA einen strukturellen und kulturellen Wandel erfordert[54]. Auch die besten Absichten einer Polizeieinheit werden kaum eine Rolle spielen, wenn nicht die notwendige politische Unterstützung vorhanden ist. Mit anderen Worten: Die Herausforderungen gehen über die Polizeiarbeit hinaus[55]. Ein Beispiel für eine problematische Folge wären Kontrollgremien, die die Polizei weiterhin nach verschiedenen Kriterien beurteilen, während die Polizei versucht, ihre Arbeitsweise zu ändern[56].

Damit sich Politiker und politische Entscheidungsträger an der BPA beteiligen können, müssen sie diese zunächst genau **verstehen**, um denjenigen, die den Ansatz umsetzen, die größtmögliche Unterstützung zu bieten. Die Art und Weise, wie der BPA-Ansatz buchstäblich und übertragen übersetzt wird, hängt vom sozialen, historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kontext ab. Ein Experte erklärte, dass die BPA oft dazu benutzt werde, repressivere Polizeitaktiken zu legitimieren. Lokale Polizeiarbeit kann leicht falsch verstanden werden, wenn man kleine Gemeinschaften auf altmodische Weise kontrolliert. Daher ist eine eingehende Erläuterung erforderlich, um die wahre Philosophie hinter der BPA[57] zu vermitteln. Dies macht deutlich, dass eine BPA-Schulung auf der Politik- und Managementebene erforderlich ist. Gemäß den Grundsätzen des lebenslangen Lernens sollten Polizeichefs eine zusätzliche Fortbildung erhalten, um die intensive Ausbildung in der Anfangsphase ihrer Karriere zu ergänzen[58].

Politiker und politische Entscheidungsträger müssen die BPA nicht nur verstehen, sondern tragen auch die Verantwortung für die Wahl eines BPA-Ansatzes, nachdem sie eine Entscheidung getroffen haben, und die anschließende **Kommunikation** darüber[59]. Das Fehlen einer öffentlich abgegebenen Verpflichtung auf höchster Ebene kann ein Hindernis für Untergebene bei der Umsetzung der BPA[60] sein.

Auch die besten Absichten einer Polizeieinheit werden kaum eine Rolle spielen, wenn nicht die notwendige politische Unterstützung vorhanden ist.

Darüber hinaus stützt sich die BPA auf die kooperative Sicherheitsproduktion, wobei die Polizei mit der Gemeinschaft und lokalen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zusammenarbeitet, aber auch mit anderen Regierungsstellen, die ein **Mandat** benötigen, um sich an einem BPA-Ansatz zu beteiligen. Die Umsetzung der BPA betrifft mit anderen Worten nicht nur die gesamte Polizeiorganisation, sondern auch das gesamte Regierungssystem, in dem sie operiert. Daher sollten alle Regierungsbehörden in die Problemlösungsaktivitäten einbezogen werden. Andere Regierungsbehörden als die Polizei, wie Gemeindeverwaltungen, sowie Sozial-, Gesundheits- und Umweltdienste sollten aktiv einbezogen werden, da sie ergänzende Ressourcen für bestimmte Verbrechens- und Sicherheitsfragen bieten können[61]. Die Politik muss diesen Institutionen das Mandat erteilen, im Rahmen eines BPA-Ansatzes als Partner der Polizei zu fungieren. Dieses Mandat sollte aus einer Beschreibung der relevanten Aufgaben, für die in der Partnerschaft mit der Polizei Ressourcen eingesetzt werden können, und aus einer angemessenen Mittelausstattung bestehen, damit das betreffende Organ sein Mandat ausführen kann[62]. Ohne ein solches Mandat wird es für diese anderen Regierungseinrichtungen schwierig sein, Teil der kooperativen Sicherheitsproduktion zu sein.

Und schließlich haben Politiker und politische Entscheidungsträger die Verantwortung, ihren **Diskurs** in den Medien zu kontrollieren. Es sollten

Anstrengungen unternommen werden, um polarisierende Gemeinschaften und das Erschweren der anstehenden Aufgabe zu vermeiden. So kann beispielsweise die Diskrepanz zwischen dem, wie Menschen die Situation in ihrer Nachbarschaft in Hinblick auf Migranten und andere Minderheiten wahrnehmen und dem, wie die Situation in Realität ist, enorm sein. Dies ist weitgehend dem täglichen Diskurs der Politiker in den Medien zuzuschreiben[63].

Da die BPA ein fester Bestandteil eines größeren Regierungssystems ist, können wir schlussfolgern, dass es für Politiker und politische Entscheidungsträger wichtig ist, die BPA zu verstehen, darüber zu kommunizieren, die Polizeiorganisation mit den notwendigen Ressourcen für die erfolgreiche Umsetzung der BPA auszustatten und anderen staatlichen Institutionen die notwendige Vollmacht für die Teilnahme am BPA-Ansatz zu erteilen. Auch die besten Absichten einer Polizeieinheit bei der Umsetzung der BPA werden kaum eine Rolle spielen, wenn nicht die notwendige politische Unterstützung vorhanden ist.

02

SCHLÜSSELPRINZIP 2
BÜRGERNAHE POLIZEIARBEIT ALS VERPFLICHTUNG

„Damit die BPA effektiv sein kann, bedarf es einer vollständigen Reorganisation und Neuausrichtung der Polizei, eines Umdenkens der Denkweise, was es bedeutet, Polizeibeamtin oder -beamter zu sein, wie sie organisiert sind, wie sie belohnt werden, wie sie eingesetzt werden, wie die Polizei ihre Aufgaben sieht usw.“[64]

Die BPA erfordert ein vollständiges organisatorisches Engagement, was keine einfache Aufgabe für eine Polizeibehörde ist[65]. Wie Herman Goldstein bereits 1987 erklärte, sollte die BPA nicht als ein neues Projekt oder Verfahren wahrgenommen werden, das einfach zu den bestehenden Aufgaben einer Polizeiorganisation hinzugefügt werden kann, sondern als eine operative Philosophie, die Einfluss auf die gesamte Behörde hat. Der Erfolg von BPA-Initiativen wird davon abhängen, inwieweit die BPA durch Prozesse innerhalb der Polizeiorganisation unterstützt wird. Zu diesen Prozessen gehören die Einstellung von Personen in die Behörde, die Schulung neuer Mitarbeiter/-innen, der Umgang mit Erwartungen durch die Vorgesetzten, die Art und Weise der Produktivitätsmessung und die Beförderungskriterien[66]. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die BPA zwar anfangs etwas aufwändig sein kann, jedoch langfristig zu Ergebnissen führen wird. Sie sollte, sowohl in Bezug auf den Zeit- als auch den Arbeitsaufwand, als eine effizientere Arbeitsweise und nicht als eine zusätzliche Aufgabe für die Polizei betrachtet werden.

Leider dient die BPA oft nur als Ergänzung zur reaktiven Polizeipraxis. Die BPA muss jedoch **mit der gesamten Polizeiorganisation verbunden** sein. Sie kann nicht nur die Aufgabe einer kleinen Polizeieinheit sein, wenn sie erfolgreich sein soll[67]. Wichtig ist, dass Geheimdienstmitarbeiter, Verwalter usw. die BPA-Beamten unterstützen müssen[68]. Dies erfordert, dass alle Bereiche der Polizei die BPA-Philosophie annehmen und sich verpflichten, im Umgang mit der Öffentlichkeit und anderen Regierungsbehörden einen präventiven, problemlösenden und kooperativen Ansatz zu verfolgen[69]. Darüber hinaus kommt es nicht in Frage, selektiv zu entscheiden, an welchen Stellen das BPA-Konzept umgesetzt werden soll und an welchen nicht. Wenn die BPA nicht in Bezug auf wichtige Aspekte der Polizeiarbeit umgesetzt wird, handelt es sich nicht mehr um BPA[70].

Ein Wandel im **Managementstil** ist Teil dieses umfassenden organisatorischen Engagements. Da die Polizeibeamten, die in einer bestimmten Gemeinde arbeiten, mit den Bedürfnissen und Fähigkeiten dieser Gemeinde vertraut sind, sollten sie die Autonomie haben, nach eigenem Ermessen zu handeln. Untergebene werden selbstbestimmter und Vorgesetzte übernehmen eine Rolle, die sich auf die Koordinierung, Führung und Unterstützung der an vorderster Front tätigen Polizeibeamten konzentriert. Diese Beamtinnen und Beamte sollten dazu ermutigt werden, diszipliniert und dennoch kreativ zu sein, die Initiative zu ergreifen und mit den dafür erforderlichen Ressourcen unterstützt werden. Mit dieser Autonomie ist ein Wechsel von einer überwiegend Top-down- Kommunikation hin zu einem

mehr als Bottom-up funktionierenden Ansatz verbunden. An vorderster Front tätige Beamte leiten die Anliegen und Anfragen der Gemeinschaft an ihre Vorgesetzten weiter. Auf diese Weise wird die Entscheidungsfindung in einer kooperativeren Weise ablaufen[71]. Die Bedeutung der koordinierenden und lenkenden Rolle der Betreuer und des obersten Managements sollte nicht unterschätzt werden. Die Erfahrungen in Schottland haben gezeigt, dass, wenn „jeder die BPA ausführt", ohne einen Koordinator oder Führer zu benennen, dies dazu führen kann, dass niemand die Verantwortung übernimmt, was zu einer gescheiterten Umsetzung der BPA in einer Polizeiorganisation führt[72]. Wenn also das Management einer Polizeiorganisation von Anfang an unzureichend ist, wird keine neue Strategie erfolgreich umgesetzt werden können[73].

Wenn der BPA-Ansatz nicht von der gesamten Polizeiorganisation angenommen wird, wird er nicht die erwarteten Ergebnisse erzielen.

Darüber hinaus bedeutet die uneingeschränkte Verpflichtung zur BPA, den **Abbau des Widerstands der polizeilichen Subkultur gegen Veränderungen**. Mehrere Autoren haben darüber geschrieben, dass die polizeiliche Arbeitskultur ziemlich resistent gegen Veränderungen ist. Larry Gaines erklärte, dass das reaktive polizeiliche Wertesystem unvereinbar mit dem für die BPA erforderlichen Wertesystem ist, da ein großer Teil der Rolle eines Polizeibeamten nach Ansicht dieser Beamten sowie von Bürgern und Politikern in der Verbrechenskontrolle oder der Strafverfolgung besteht. Daher ist die mittlere Führungsebene und die Aufsichtsbeamten, die sich der neuen Strategie anschließen, entscheidend für ihren Erfolg[74]. Herman Goldstein warnte, dass es zudem entscheidend ist, dass Polizeibeamten das Konzept akzeptieren. Es besteht die Gefahr, dass ihr eigenes Verständnis der Polizeiarbeit trotz der neuen Richtlinien der obersten Führungsebene auch weiterhin dominieren[75.]

Eine Möglichkeit zur Lösung dieses Problems besteht darin, ein größeres Bewusstsein für die Bedingungen zu schaffen, unter denen Polizeibeamte bei der Gestaltung eines neuen Programms arbeiten. Dabei sind widersprüchliche Anforderungen, starre Arbeitsregeln, Überwachung durch eine starre Hierarchie etc. zu berücksichtigen. Die Einbeziehung von an vorderster Front tätigen

Polizeibeamten in die Umsetzung des BPA-Konzepts könnte ihnen außerdem dabei helfen, einige Aspekte dieses Ansatzes besser zu verstehen und zu schätzen. Möglicherweise begrüßen sie die Veränderung starrer Arbeitsregeln, die einen bedingungslosen Gehorsam gegenüber einer höheren Hierarchie erfordern, und wissen ein höheres Maß an Unabhängigkeit zu schätzen. Ein letzter Ratschlag von Goldstein: Die Bedingungen, die zur Schaffung dessen geführt hat, was man als typische Polizeisubkultur bezeichnen kann, müssen geändert werden Dafür kann man Polizeieinsätze sichtbarer machen, damit sich die Polizei weniger defensiv gegenüber der Gemeinschaft fühlt, man kann der Öffentlichkeit die Aufgaben und Grenzen der Polizei aufzeigen und damit die Erwartungen steuern, und man kann anerkennen, dass die Natur der Polizeiarbeit so beschaffen ist, dass Polizeibeamte Risiken eingehen und gelegentlich Fehler machen müssen[76].

Wir können schlussfolgern, dass die BPA eine **Verpflichtung** ist. Sie erfordert ein vollständiges organisatorisches Engagement, einschließlich eines Wandels im Führungsstil, der Verringerung des Widerstands der polizeilichen Subkultur gegenüber Veränderungen und der Sensibilisierung für die Bedingungen, unter denen Polizeibeamtinnen und -beamte arbeiten. Wenn der BPA-Ansatz nicht von der gesamten Polizeiorganisation angenommen wird, wird er nicht die erwarteten Ergebnisse erzielen. Dies wiederum kann dazu führen, dass ein vielversprechender Ansatz aufgrund von Umsetzungsproblemen verworfen wird. Obwohl die BPA am Anfang etwas aufwändig sein kann, wird sie langfristig zu Ergebnissen führen. Die BPA sollte, sowohl in Bezug auf den Zeit- als auch den Arbeitsaufwand, als eine effizientere Arbeitsweise und nicht als eine zusätzliche Aufgabe für die Polizei betrachtet werden.

03

SCHLÜSSELPRINZIP 3
BÜRGERNAHE POLIZEIARBEIT MIT BEDARF NACH QUALITATIVER MESSUNG

„Polizeibeamte nutzen den sozialen Vergleich und vergleichen sich miteinander: wer ist besser, effektiver, effizienter … Allesamt messbare Faktoren. Das Problem mit der BPA ist, dass deren Auswirkungen in weiten Teilen nicht messbar sind, was nicht mit der Wettbewerbskultur der Polizei übereinstimmt.“[77]

Wie zuvor erwähnt[78] ist es weder einfach, Aussagen in Bezug auf das Ausmaß, in dem die BPA-Philosophie in den letzten Jahren evaluiert wurde, noch in Bezug auf die wichtigsten Schlussfolgerungen der einschlägigen Studien zu formulieren. Die durchgeführten Evaluationsstudien sind von unterschiedlicher Qualität, wenden unterschiedliche Definitionen oder Vorstellungen von BPA an, konzentrieren sich auf einen bestimmten Aspekt von BPA und/oder treffen Aussagen über ganz unterschiedliche Maßnahmen[79].

Ein entscheidendes Thema bei der Polizeiarbeit sind **Key Performance Indicators** (KPI, zu Deutsch: Kennzahlen zur Leistungsmessung). Viele Messungen innerhalb von Polizeiorganisationen basieren auf **quantitativen Instrumenten** wie der Anzahl an Verhaftungen, der Anzahl an Durchsuchungen und den Kriminalitätsraten[80]. Diese Indikatoren sind **für den BPA-Ansatz jedoch nicht geeignet** und sollten nicht ausschließlich genutzt werden, wenn die BPA umgesetzt wird. Die BPA ist dafür bekannt, dass sie sich schwierig evaluieren lässt, denn bei ihr geht es darum, wie Menschen sich fühlen und miteinander interagieren, um Wahrnehmungen, Problemlösungen etc. Diese Elemente erfordern eine qualitative Messung. Eine Umfrage zur Zufriedenheit der Bevölkerung könnte ein Instrument sein, das den Erfolg der BPA messen könnte, würde aber nicht zu der auf Zahlen ausgerichteten Art von Berichten führen, die Polizeibehörden oft bevorzugen. Auch dies macht die Notwendigkeit einer vollständigen Reorganisation der Polizeiorganisation und ihrer Kultur deutlich, denn die Polizei wird akzeptieren müssen, dass es in ihrer Arbeit Erfolge gibt, die nicht quantitativ messbar sind[81]. Dennoch hat sich die Umsetzung der BPA bis zu einem gewissen Grad verändert, was die Indikatoren betrifft, die zur Messung einer erfolgreichen Polizeiarbeit genutzt werden. So gab es beispielsweise z**unehmend Akzeptanz für bürgernahe Ergebnisse** (z. B. Sicherheit der Gemeinschaft, Wahrnehmung von Angst, Inanspruchnahme von Diensten) als Ersatz für die im Rahmen der reaktiven Polizeiarbeit priorisierten Ergebnisse (z. B. Anzahl der Verhaftungen oder gemeldeten Verbrechen)[82].

Eine aussagekräftige Leistungsbeurteilung sollte mit Aufgaben, Beförderungen und Gehältern verbunden sein. Nach Ansicht der OSZE sollten sich die Leistungsbeurteilungen einzelner Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter auf deren bzw. dessen Fähigkeit konzentrieren, Probleme in der Gemeinschaft effektiv anzugehen und die Gemeinschaft in diese Bemühungen einzubeziehen. Die Verwendung einfacher quantitativer Ergebniskriterien wie die Anzahl der Verhaftungen ist zu begrenzt. Es sollten qualitative Ergebniskriterien wie die öffentliche Zufriedenheit und öffentliche Zusammenarbeit und die Nachhaltigkeit

von Gemeinschaftsprojekten eingeführt und über quantitative Kriterien gestellt werden. Polizeibeamtinnen und -beamte, die bereit sind, neue Fähigkeiten zu erlernen, sollten für Anreize wie Beförderungsmöglichkeiten in Betracht gezogen werden und eine offizielle Anerkennung für ihre Leistungen erhalten[83].

Insgesamt sollte die Einführung der BPA als die langfristige Anstrengung angesehen werden, die sie ist. Um es der obersten Führungsebene zu ermöglichen, die Qualität des Polizeidienstes zu verbessern, sind daher regelmäßige zyklische Evaluationen der mit dem Polizeizyklus verbundenen BPA-Programme gegenüber einmaligen Evaluationen vorzuziehen. Der Evaluationsrahmen sollte ein ausreichend breites Spektrum von Indikatoren sowohl qualitativer als auch quantitativer Art umfassen. Auf diese Weise können in einem Bereich auftretende Veränderungen in einem breiteren Kontext betrachtet werden.

Die OSZE hat zu beantwortende Fragen aufgelistet, um spezifische Kriterien für die Evaluation von BPA-Programmen zu messen[84].

Wir können schlussfolgern, dass die BPA eine qualitative Messung erfordert. Es kann eine wachsende Akzeptanz für gemeindebasierte Ergebnisse wie die kommunale Sicherheit, die Wahrnehmung von Angst und den Ruf nach Diensten beobachtet werden. Es sollten qualitative Ergebniskriterien wie die öffentliche Zufriedenheit und öffentliche Zusammenarbeit und die Nachhaltigkeit von Gemeinschaftsprojekten eingeführt und über quantitative Kriterien gestellt werden. Polizeibeamtinnen und -beamte, die bereit sind, neue Fähigkeiten zu erlernen, sollten für Anreize wie Beförderungsmöglichkeiten in Betracht gezogen werden und eine offizielle Anerkennung für ihre Leistungen erhalten. Quantitative Instrumente wie Anzahl der Festnahmen, Anzahl der Durchsuchungen sowie Kriminalitätsraten sind nicht geeignet für den BPA-Ansatz. Sie können die positiven Effekte des BPA-Ansatzes verzerren oder ihnen überhaupt keine Aufmerksamkeit zollen.

Kriterien für die Evaluation der Entwicklungshilfe (angepasst an Programme der bürgernahen Polizeiarbeit)

Relevanz: das Ausmaß, in dem die Umsetzungsmaßnahmen der Gemeindepolizeiarbeit den Prioritäten und Richtlinien der Zielgruppen, Empfänger und Geber entsprechen. Zu beantwortende Fragen:

> Inwieweit sind die Zielvorgaben des Programms noch gültig?
> Stimmen die Aktivitäten und Ergebnisse des Programms mit dem Gesamtziel und der Erreichung seiner Zielvorgaben überein?
> Stimmen die Aktivitäten und Ergebnisse des Programms mit den beabsichtigten Auswirkungen und Effekten überein?

Wirksamkeit: das Ausmaß, in dem die Projekte ihre Zielvorgaben erreichen. Zu beantwortende Fragen:

> Inwieweit wurden die Zielvorgaben erreicht/werden die Zielvorgaben wahrscheinlich erreicht?
> Welches waren die Hauptfaktoren, die die Erreichung oder Nichterreichung der Zielvorgaben beeinflusst haben?

Effizienz: Messung der qualitativen und quantitativen Ergebnisse in Bezug auf den Einsatz. Dies erfordert einen Vergleich alternativer Ansätze, um zu den gleichen Ergebnisse zu kommen und so zu sehen, ob das effizienteste Verfahren angewandt wurde. Zu beantwortende Fragen:

> Waren die Aktivitäten kosteneffizient?
> Wurden die Zielvorgaben fristgemäß erreicht?
> Wurde das Programm oder Projekt auf die effizienteste Weise umgesetzt?

Auswirkung: die positiven und negativen Veränderungen, die durch eine Gemeinschaftspolizeiinitiative, direkt oder indirekt, beabsichtigt oder unbeabsichtigt, hervorgerufen werden. Zu beantwortende Fragen:

> Was ist als Resultat des Programms oder Projekts geschehen?
> Welchen tatsächlichen Unterschied hat die Aktivität für die Begünstigten gemacht?
> Wie viele Menschen sind betroffen?

Nachhaltigkeit: Messung, ob der Nutzen einer Aktivität auch nach dem Wegfall der Geberfinanzierung, der externen Beratung und der Überwachung wahrscheinlich weiter andauert oder nicht. Zu beantwortende Fragen:

> Inwieweit haben sich die Vorteile eines Programms oder Projekts nach Beendigung der Geberfinanzierung fortgesetzt?
> Welches waren die Hauptfaktoren, die die Erreichung oder Nichterreichung der Nachhaltigkeit des Programms oder Projekts beeinflusst haben?

04

SCHLÜSSELPRINZIP 4
TECHNOLOGISCHE UNTERSTÜTZUNG DER NÄCHSTEN BPA-GENERATION

„Die Gesellschaft verändert sich und in naher Zukunft wird die Technologie eine wichtige Rolle für weitere Veränderungen spielen. Das Gleiche gilt für die Rolle und Position der Polizei. Wie sehen wir die Polizei in Zukunft? Bürgernahe Polizeiarbeit in einer virtuellen Welt?“[85]

Es gibt eine neue Generation von BPA-Projekten, die zur Unterstützung und Erleichterung der Kommunikation und Interaktion zwischen Polizei und Bürgern auf Technologien zurückgreifen In der EU existieren **verschiedene aktuelle Beispiele für innovative BPA-Projekte**, die von der Europäischen Kommission finanziert wurden, darunter INSPEC2T[86], TRILLION[87], Unity[88], CITYCoP[89], ICT4CoP[90] und CITY.RISKS[91].

Unity ist ein BPA-Projekt, das Teil dieser nächsten Generation ist. Das **Unity IKT-Werkzeug** ist eine Anwendung, die eine anonyme Kommunikation zwischen der Polizei, der Öffentlichkeit und anderen Organisationen ermöglicht. Es verfügt über mehrere Schnittstellen: Polizei-Polizei, Polizei-Bürger und Polizei-andere Organisationen[92]. Anfänglich stellte die Anonymität ein Hindernis für die Polizei dar, da sie identifizierbare Daten wollte. Für junge Bürgerinnen und Bürger war die Anonymität jedoch entscheidend. Bürger können Informationen über lokale Vorfälle, lokalen Vandalismus, Drogenprobleme usw. austauschen: Situationen, von denen man Fotos oder Videos aufnehmen und diese anonym hochladen kann[93]. Die Polizei kann Auskunft über die Schritte geben, die sie in Bezug auf ein bestimmtes lokales Problem unternimmt[94] und die Botschaft vermitteln, dass die Polizei engagiert und informiert ist und dass das Problem untersucht wird[95]. Das Unity IKT-Werkzeug ist **nicht für die Sammlung von Informationen oder die Meldung von Verbrechen**, sondern für eine langfristige Präventionsarbeit gedacht. Es soll kein Ersatz für die persönliche Interaktion, sondern eine Erleichterung darstellen, indem es z. B. eine gemeinsame Agenda, einen Veranstaltungskalender etc. bietet. Darüber hinaus ist es so konzipiert, dass es an lokale Gegebenheiten angepasst werden kann, und lokale Interessenvertreter die App als Kommunikationsplattform nutzen können. Das Tool wurde nur zu Teilen entwickelt, es ist jedoch frei verfügbar und kann weiterentwickelt werden.

Ein weiteres Beispiel für die nächste BPA-Generation ist die Polizei der Stadt Antwerpen in Belgien. Die **Focus-App** kann auf einem Smartphone verwendet werden und ermöglicht es Polizeibeamten, schriftliche Aufzeichnungen zu machen, Daten abzurufen usw. Neben der App beinhaltet das Projekt auch einen Polizeiwagen, der mit einem Drucker ausgestattet ist. Focus ermöglicht es Polizeibeamten, bestimmte Aufgaben zu erledigen, ohne zur Polizeiwache zurückzukehren[96].

Außerhalb der EU ist ein weiteres Beispiel in Neuseeland zu finden[97]. Dort wurde die gesamte Polizei auf ein einziges Ziel in der gesamten Organisation hin umorganisiert: die Verbrechensbekämpfung. Mit diesem Ziel vor Augen wurde

jede Polizeibeamtin und jeder Polizeibeamte mit einem iPad ausgestattet. So können die Beamten losziehen und mit der Gemeinde interagieren, gleichzeitig auf Formulare und Dokumente zugreifen und Daten in das System eingeben[98].

Ein letztes Anliegen betrifft die großen technologischen Veränderungen. Damit die BPA wirksam ist, sollte die Gemeinschaft, für die eine Polizeibeamtin oder ein Polizeibeamter verantwortlich ist, ein kleines, genau definiertes geografisches Gebiet umfassen.

Interessante Studien haben zu einigen Erkenntnissen über den Einsatz und die Entwicklung von IKT-Werkzeugen für die BPA geführt. Lewis und Lewis haben die Verwendung eines Kriminalitätsinternetforums für die Bürger einer Gemeinschaft erforscht, um zu untersuchen, wie sie Technologien zur Unterstützung der BPA einsetzen. Sie analysierten 865 Forenbeiträge und erfuhren, dass das Forum hauptsächlich für den Aufbau von Beziehungen genutzt wurde, indem soziale Bindungen gestärkt, Wege zum gemeinsamen Handeln diskutiert, Informationen und Ratschläge ausgetauscht und die sozialen Normen des Viertels und des Internetforums selbst geregelt wurden. Laut Lewis und Lewis deutet dies darauf hin, dass Technologien **zur Unterstützung der Kommunikation und Problemlösungsdiskussionen und nicht nur für die Bereitstellung von Informationen für Bürger** entworfen werden sollten. Obwohl eine offizielle Polizei-Webseite den Nutzern oft Informationen für den eigenen Schutz, Kriminalitätsstatistiken und Kriminalitätskarten zur Verfügung stellt, neigen die Werkzeuge dazu, nicht förderlich für die Kommunikation zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern zu sein. Die Entwickler von IKT-Werkzeugen für die BPA sollten den Entwurf daher nicht nur für die Interaktion zwischen Polizei und Bürgern, bei der der einseitige Informationsaustausch im Vordergrund steht, sondern auch für die Interaktion zwischen den Bürgern untereinander berücksichtigen, sodass Beziehungen aufgebaut werden können[99].

Bei der Entwicklung von IKT-Werkzeugen für die BPA sind mehrere Anliegen zu berücksichtigen. Ein erstes Anliegen betrifft die **Frage der Legitimation**.

Studien haben gezeigt, dass Moderatoren eines gemeindebasierten Webtools die Legitimation so verwalten, dass sie das Tool von der Polizei distanzieren und betonen, dass es nicht von ihr erstellt wurde. Allerdings wurden zuverlässige Kriminalitätsdaten aus polizeilichen Quellen verwendet, um der Website der Gemeinde mehr Gewicht zu verleihen. Eine zweite Herausforderung war das **Vertrauen** zwischen Gemeinde und Polizei in der Vergangenheit. Bürgerinnen und Bürger vertrauen eventuell nicht darauf, dass ihre Meldungen bei der Polizei tatsächlich anonym erfolgen oder ernst genommen werden. Als drittes ist die **Rechenschaftspflicht** als komplexer Faktor im Umgang mit IKT-Werkzeugen für die BPA zu nennen. Obwohl frühere Arbeiten darauf hindeuten, dass Bürger/-innen diese Rechenschaftspflicht als wesentlich empfinden, ist ihre genaue Rolle unklar. Während Polizeiorganisationen oft formelle Methoden zum Nachverfolgen von Maßnahmen in Bezug auf die auf ihren Websites geäußerten Anliegen anbieten, bieten gemeindebasierte Websites einen solchen Dienst nicht. Und dennoch bevorzugen die Bürgerinnen und Bürger die Nutzung gemeindebasierter Websites. Dies zeigt, dass der Austausch und die öffentliche Diskussion von Anliegen aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger einen positiven Effekt haben[100]. Ein letztes Anliegen betrifft die **großen technologischen Veränderungen**. Damit die BPA wirksam ist, sollte die Gemeinschaft, für die eine Polizeibeamtin oder ein Polizeibeamter verantwortlich ist, ein kleines, genau definiertes geografisches Gebiet umfassen. Große technologische Veränderungen wie Massenverkehrsmittel, -kommunikation und -medien haben jedoch dazu beigetragen, dass die geografischen Grenzen, durch die die Gemeinschaften traditionell definiert wurden, wegfallen[101].

Wir können also schlussfolgern, dass eine neue auf Technologie basierende Generation von BPA-Projekten existiert. Forschungsergebnisse haben die Bedeutung des Einsatzes dieser IKT-Instrumente als Unterstützung für die Erleichterung der und nicht als Ersatz für die Kommunikation und Interaktion hervorgehoben. Darüber hinaus sollte berücksichtigt werden, dass die Priorität bei der Nutzung dieser Instrumente darin bestehen sollte, die Kommunikation und Interaktion zu verbessern und nicht darin, Informationen zu sammeln. Und schließlich sollten die Gestalter bei der Entwicklung von IKT-Instrumenten für die BPA die Rolle von Legitimität, Vertrauen, Rechenschaftspflicht und dem Abbau traditioneller geografischer Grenzen berücksichtigen.

05

SCHLÜSSELPRINZIP 5
AUS-/FORTBILDUNG UND BILDUNG[102]

„Polizeibeamten der Gemeinschaft eine auf ihre Rolle zugeschnittene Ausbildung bieten, einschließlich der Förderung des Engagements und der Beteiligung der Gemeinschaft, der Verwaltung des Informationsaustauschs, der Entwicklung von Kommunikationsfähigkeiten und der Sensibilisierung für kulturell vielfältige Gemeinschaften.“[103]

1 BPA und Aus-/Fortbildung

Wie auch immer das Konzept oder die Variante des BPA-Ansatzes aussieht, es scheint einen breiten Konsens in der Literatur zu geben, dass Polizeibeamte angemessen vorbereitet und ausgebildet werden müssen, damit die BPA funktioniert[104]. Diese allgemeinen Aussagen über die Notwendigkeit spezifischer Aus- und Fortbildungsmaßnahmen werden jedoch nicht immer im Detail begründet oder erläutert, was die Art, die Form oder den Umfang der erforderlichen, geplanten oder vorgeschlagenen Ausbildung angeht[105].

Die Informationen über die Aus- und Fortbildung der Beamten für die Tätigkeit in den von den Mitgliedstaaten für diesen Bericht vorgelegten Erklärungen lassen sich wie folgt zusammenfassen.

- Für Lettland und Slowenien gab es allgemeine „Ausbildungspläne“ für BPA-Initiativen.
- Als Beispiel für die Vorbereitung in Litauen wurde eine spezifische Schulungsübung zum Thema häusliche Gewalt aus dem Jahr 2016 genannt.
- In Großbritannien werden die BPA-Beamten durch vorbereitete Richtlinien und Dokumente unterstützt; über das Peer-to-Peer-Forum POLKA (Police Online Knowledge Area) können sie zudem Erfahrungen austauschen.
- Österreich hat sowohl kurz- als auch langfristige Schulungsmaßnahmen durchgeführt, die die Prinzipien der BPA sowie Themen wie Kommunikation, Moderation, Konfliktlösung, Korruption und Rechtsfragen umfassen. Es ist jedoch nicht klar, ob es sich dabei um einmalige Initiativen oder fortlaufende Programme gehandelt hat[106].
- In Zypern durchlaufen die „Auszubildenden der Nachbarschaftspolizei“ ein dreitägiges intensives Schulungsprogramm an der zypriotischen Polizeiakademie und zusätzlich eine zweitägige praktische Sitzung unter Aufsicht.
- Auf multinationaler Ebene hat die OSZE Trainingshandbücher für regionale BPA-Programme für drei Ebenen von Beamten (Basis-, Fortgeschrittenen- und Führungsebene) erstellt.

Allgemein kann dabei beobachtet werden, dass es genug Literatur über die Idee, die Anforderungen und die Auswirkungen der BPA gibt, aber vergleichsweise wenig über die Vorbereitung, die für diejenigen erforderlich ist, die die BPA einführen, verwalten oder überwachen, sowie für diejenigen, die täglich Programme auf Straßenebene umsetzen und ausführen.

Beim Schritt in Richtung BPA geht es um die Verbesserung der Polizeidienste aus Sicht der in den Gemeinden lebenden Bürger, wobei sich alle einig sind, dass dafür eine spezifische, gezielte Vorbereitung der beteiligten Polizeibeamten erforderlich ist. Erst kürzlich wurde ein Bericht der US-Regierung verabschiedet:

> Da unsere Nation pluralistischer wird und der Umfang der Verantwortlichkeiten der Strafverfolgungsbehörden wächst, ist die Notwendigkeit einer erweiterten und effektiveren Ausbildung unabdingbar geworden. Die heutigen Vorgesetzten und Führungskräfte müssen ausgebildet und in der Lage sein, eine Vielzahl von Herausforderungen zu bewältigen, darunter den internationalen Terrorismus, sich entwickelnde Technologien, zunehmende Einwanderung, Gesetzesänderungen, neue kulturelle Gepflogenheiten und eine wachsende Krise auf dem Gebiet der mentalen Gesundheit[107].

Eine noch detailliertere Beschreibung der Anforderungen und Erwartungen an die modernen Polizeibeamten lieferte bereits 2009 die CEPOL-Projektgruppe zum Europäischen Ansatz für die Polizeiwissenschaft:

> Die Polizeibeamten von morgen können ihre Arbeit nicht mehr bewältigen, indem sie nur noch dazu ausgebildet werden, eine Reihe von Operationen und Aktivitäten gemäß einem ”How-to-Do“-Handbuch durchzuführen. Sie müssen in der Lage sein, eine Vielzahl neuer und unerwarteter Situationen durch selbständiges und kreatives Denken zu bewältigen, ohne auf Befehle von oben warten zu müssen. Sie benötigen kommunikative Fähigkeiten und Verständnis für soziale Beziehungen und Konflikte. Sie

müssen mit einer Reihe anderer gut ausgebildeter Fachleute zusammenarbeiten und sich Respekt verschaffen. Sie müssen die sozialen, politischen und kulturellen Zusammenhänge verstehen. Sie benötigen analytische Fähigkeiten, um moderne Polizeimethoden nutzen zu können. Und sie müssen ihr eigenes Verhalten, ihre eigenen Einstellungen, Methoden und Ansätze reflektieren und selbstkritisch sein, um die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und der politischen Behörden zu bewerten, zu verbessern und zu gewinnen[108].

Dies könnte fast als Beschreibung des idealen BPA-Beamten verwendet werden; der Begriff „Aus- und Fortbildung“ in diesem Zusammenhang bedarf jedoch weiterer Untersuchungen.

2 Aus- und Fortbildung versus Bildung

Ein CEPOL-Glossar definiert „Aus- und Fortbildung“ als „einen Prozess des Erwerbs von Wissen, Fähigkeiten und Einstellungen, die zur Erfüllung bestimmter Aufgaben erforderlich sind. … Ihr Zweck in der Arbeitssituation ist es, einer Person zu ermöglichen, Fähigkeiten zu erwerben, damit sie eine bestimmte Aufgabe oder Arbeit erfüllen kann.“ Im Gegensatz dazu wird „Bildung“ definiert als „ein Prozess und eine Reihe von Aktivitäten, die darauf abzielen, einer Person die Integration und Entwicklung von Kenntnissen, Fähigkeiten, Werten und Verständnis, die sich nicht nur auf einen engen Tätigkeitsbereich beziehen, zu ermöglichen und die sie befähigen, ein breites Spektrum von Problemen zu definieren, zu analysieren und zu lösen“[109].

Diese Unterscheidung[110] ist besonders für die erforderlichen Kompetenzen in Berufen relevant, in denen die BPA involviert ist, da hier emotionale und soziale Kompetenzen relevanter sind als physische oder rechtliche, und ein starker Schwerpunkt auf Kommunikation, Interaktion und (inklusiven/integrativen) Werten liegt. Von dieser Warte aus betrachtet, hängt eine erfolgreiche BPA mehr vom Bildungs- als vom Aus- und Fortbildungsstatus bzw. -niveau der involvierten Beamtinnen und Beamten ab.

Diese Perspektive eröffnet zudem einen Blick auf die vertikale Struktur der Polizei oder Polizeiorganisation. „Aus- und Fortbildung“ wird häufig in Bezug auf die Einstiegsebene oder die unteren Ebenen der Polizeifunktion verwendet, während es bei Führungs- und Management-Personal wahrscheinlich ist, dass es sich „weiterbildet“ oder „gecoacht“ wird, da von ihnen ein gewisses höheres Bildungsniveau erwartet wird.

Die Überprüfung des Begriffs der Aus- und Fortbildung im Unterschied zur Bildung ist keine sinnlose semantische Übung, da diese Begriffe sicherlich keine komplett voneinander getrennten oder exklusiven Bedeutungsträger sind. Wie wir jedoch zeigen werden, hat die breite Akzeptanz dieser Unterscheidung Konsequenzen, wenn es darum geht, zu entscheiden, wer eine „Aus- und Fortbildung“ erhalten muss, wenn ein echtes BPA-Programm eingeführt oder entwickelt werden soll.

3 Aus- und Fortbildungsbedarf in Bezug auf die BPA

Einer der Rahmenwerke für die Konzeptualisierung der BPA in der Literatur stammt von Cordner, der folgende wesentliche Dimensionen der BPA aufführt: die philosophische, strategische, taktische und organisatorische Dimension[111]. Es ist das organisatorische Element, das in Bezug auf die Aus- und Fortbildung besonders wichtig ist. Für Cordner ist die Aus- und Fortbildung neuer Rekruten im Einklang mit der BPA-Mission der Truppe eine Grundvoraussetzung. Außerdem betont er die entscheidende Rolle des Managements beim Coaching und Mentoring von Rekruten und Polizeibeamten.

> Coaching – Vorgesetzte sollten ihre Untergebenen mehr coachen und führen, anstatt ihre Aufgaben auf die Überprüfung von Dokumenten und die Durchsetzung von Regeln und Vorschriften zu beschränken. Mentoring – Junge Mitarbeiter brauchen Mentoring von Managern, Vorgesetzten und/oder Kollegen – nicht nur, um zu lernen, wie man die Arbeit richtig macht, sondern auch, was den richtigen Job ausmacht, mit anderen Worten, um mehr über Ethik und Werte zu lernen und darüber, was es bedeutet, ein guter Polizist zu sein[112].

Zwei Jahrzehnte später kam das EU-Horizont-2020 Unity-Projekt zur Stärkung der Verbindung zwischen Polizei und Gemeinden zu dem Schluss, dass eine Verlagerung auf die Ausbildung erforderlich ist. Diese wird als ein Prozess angesehen, der „während des gesamten Arbeitslebens des Beamten stattfindet“[113].

Es geht weniger darum, wie man Polizeibeamte für die BPA (aus-)bildet, sondern darum, für welche Art von BPA sie ausgebildet werden müssen. Das kann der Grund dafür sein, dass die veröffentlichte Literatur eher die Details der Aus- und Fortbildung behandelt: Das Angebot an BPA-Programmen und -Projekten ist zu vielfältig für einfache, einheitliche Rezepte.

Jede einzelne Variation des BPA-Konzepts würde ein spezifisches Kompetenzprofil von Beamten erfordern, was wiederum eine spezifische, ja vielleicht maßgeschneiderte Art der Ausbildung erfordern würde.

So empfiehlt die OSZE beispielsweise, sich in Bezug auf multikulturelle Umfelder/Gemeinschaften „auf Themen wie kulturelles und religiöses Bewusstsein, Mediations- und Beziehungskompetenz, Problemlösungs- und Partnerschaftsansätze, Sprachtraining und Fortbildung in Menschenrechten“[114] zu konzentrieren. Segrave und Ratcliffe stellen fest, dass die Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft zwar ein zentraler Pfeiler der BPA ist, dass sich aber einige Gruppen oder Mitglieder der Gemeinschaft unwohl dabei fühlen könnten, was bedeutet, dass „Beamte eine umfassende Aus- und Fortbildung benötigen, um der mangelnden Bereitschaft der Gemeinschaft zur Teilnahme und zur Konsultation entgegenzuwirken“[115].

4 Mehrstufige Aus- und Fortbildung – und Bildung

Mit Blick auf die Unterscheidung zwischen Aus- und Fortbildung und Bildung stellt sich die Frage: Wer muss eine Aus-/Fortbildung – und/oder Bildung – erhalten? Dieses Thema ist von entscheidender Bedeutung, wenn die BPA in ihrem ursprünglichen Sinne als eine umfassende Veränderung der Art und Weise verstanden wird, wie die Polizeiarbeit ausgeführt und umgesetzt wird[116]. Wir können die folgenden Gruppen und Gemeinschaften identifizieren.

a. Regierung – *auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene, je nach Umfang des BPA-Programms oder der Initiative*
Obwohl sie schon seit geraumer Zeit auf der polizeilichen Agenda steht, ist die Idee, das Konzept oder die Vision der BPA als (bessere) Alternative zu reaktiven Polizeistilen nicht allen Verantwortlichen, die politische Entscheidungen über die beste Organisation der Polizei treffen, bekannt oder verständlich. Bildung, professionelle Beratung und Lobbyarbeit werden wahrscheinlich die am besten geeigneten Kanäle sein, um diese Entscheidungsträger zu informieren.

b. Polizeiführung/Management
Dabei handelt es sich um die Fachleute, die auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichem Umfang für die Rechtfertigung, Einführung und Umsetzung der BPA verantwortlich sind. Ohne die echte Einbindung und den Support des Managements, einschließlich der Bereitstellung der notwendigen Ressourcen, kann es kein erfolgreiches BPA-System geben. Die Weiterbildung von Polizeibeamten kann, zusammen mit dem grenzüberschreitenden Austausch von Erfahrungen und Wissen zwischen Kollegen, der Schlüssel zur allgemeinen Verbreitung der BPA-Idee sein[117].

c. BPA-Beamte
Es versteht sich von selbst, dass diejenigen, die die Aufgabe tatsächlich wahrnehmen sollen, ein gewisses Bildungsniveau erreichen und eine spezielle Aus- und Fortbildung erhalten müssen, die auf die Gemeinschaft, mit der sie zu tun haben, zugeschnitten ist und die höchstwahrscheinlich ein ganzes Arbeitsleben lang regelmäßig aufgefrischt werden muss.

d. Gewöhnliche Polizeibeamte
Diese Gruppe muss ein gemeinsames Verständnis und eine gemeinsame Akzeptanz dafür entwickeln, dass es bei der BPA nicht um „Polizeiarbeit“ oder Sozialarbeit geht, sondern um einen alternativen, umfassenden Ansatz für die Arbeit für die Sicherheit und den Schutz der Bürgerinnen und Bürger.

e. Betroffene Gemeinschaft(en)
BPA ist das Gegenmittel zu einem Top-down-Ansatz und hängt von der Akzeptanz und Unterstützung der betreffenden Gemeinschaften ab. Nicht alle Gemeinschaften sind gleich. Information und Integration sind dabei der Schlüssel, um die Mitglieder der Öffentlichkeit darauf vorzubereiten, ihre Rolle im eigenen Interesse bestmöglich zu erfüllen. Der Bildungsstand scheint sich darauf auszuwirken, ob die Mitglieder der Gemeinschaft BPA-Initiativen unterstützen[118].

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die BPA sicherlich erhebliche Investitionen in die allgemeine und berufliche Bildung erfordert, da diese, wie viele Autoren hervorgehoben haben, ein zentraler Bestandteil der konzeptionellen Vision sind[119]. Allerdings ist Bildung eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung dafür, dass die BPA erfolgreich ist und sie als allgemeine Variante der Polizeiarbeit anerkannt wird. Herman Goldstein beschrieb kürzlich den BPA-Ansatz wie folgt:

> Sie ist ein Instrument zur Aktualisierung der vielen miteinander verbundenen Teile der riesigen, komplexen Polizeimaschinerie, die nachjustiert werden müssen, um eine qualitativ hochwertige Polizeiarbeit zu unterstützen. Das Konzept bietet einen Rahmen für die Präzisierung der Institution der Polizeiarbeit – ihrer Funktion, Organisation, Personalausstattung, Aus- und Fortbildung – und ihrer Politiken und Praktiken, die ihre Verbraucher, die Bürgerschaft, betreffen. Es reicht nicht aus, nur einen der Steine – sei es die Bildung des Polizeipersonals, die Bemühungen um die Einbindung der Gemeinschaft oder die Schaffung von spezialisierten Einheiten – als Grundlage zu nutzen, um die kritischsten Bedürfnisse des Feldes zu erfüllen[120].

5 Europäische BPA-Ausbildung?

Der österreichische Vorsitz hat gefordert, die BPA bei der Ausbildung von Strafverfolgungsbeamten verstärkt in den Mittelpunkt zu stellen[121]. Was die Rolle der CEPOL betrifft, so dürfte der Schwerpunkt eher auf der Bildung als auf der praktischen Ausbildung liegen. So verbreitet die Agentur beispielsweise Forschungsergebnisse und bewährte Verfahren durch die Veröffentlichung des *European Law Enforcement Research Bulletin*, einschließlich spezifischer Artikel zu BPA-Fragen[122]. Darüber hinaus können die im Rahmen des EUCPN erstellten Toolboxen, von denen sich eine frühere mit dem Thema BPA beschäftigt, über die digitale Bibliothek der CEPOL abgerufen werden.

Im Hinblick auf eine praxisnahe Ausbildung müsste sich das Angebot der Behörde klar auf eine europäische Dimension und/oder grenzüberschreitende Relevanz konzentrieren. Ein Beispiel einer bewährten Praxis für die Unterstützung durch die CEPOL in jüngster Zeit könnte die Bereitstellung des Online-Lernmoduls „Community Policing and Prevention of Radicalisation“ (zu Deutsch: Bürgernahe Polizeiarbeit und Radikalisierungsprävention) sein, das auf dem von der EU finanzierten CoPPRa-Projekt basiert und für registrierte Nutzer der e-Net-Plattform der CEPOL aus allen EU-Mitgliedstaaten und CEPOL-Partnerländern zugänglich ist.

Jeder Versuch, ein Bildungs- und Aus-/Fortbildungskonzept für einen „europäischen Stil“ der BPA zu entwickeln und zu fördern, würde bedeuten, dass der Agentur erhebliche zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssten.

Wir können schlussfolgern, dass es in der Literatur einen breiten Konsens darüber gibt, dass Polizeibeamtinnen und -beamte eine angemessene Ausbildung benötigen, um die BPA funktionieren zu lassen. Die CEPOL definiert Aus- und Fortbildung einerseits und Bildung andererseits als zwei getrennte Begriffe. Eine erfolgreiche BPA hängt mehr vom Bildungs- als vom Aus- und Fortbildungsstatus der involvierten Polizeibeamten ab. Mit dieser Unterscheidung vor Augen haben wir fünf Zielgruppen identifiziert, die eine Aus- bzw. Fortbildung oder Bildung erhalten sollten: Regierung, Polizeiführung/-Management, BPA-Beamte, gewöhnliche Polizeibeamte und Gemeinschaften. Die CEPOL verbreitet Forschungsergebnisse und bewährte Praktiken, sorgt für eine breitere Verfügbarkeit der EUCPN-Toolboxen und hat ein Online-Lernmodul eingerichtet. Es wären jedoch zusätzliche Ressourcen erforderlich, damit die Agentur für einen „europäischen Stil“ der BPA ein Bildungs- und Aus-/Fortbildungskonzept entwickeln und fördern kann.

06

SCHLÜSSELPRINZIP 6
LOKALE VERANKERUNG DER BÜRGERNAHEN POLIZEIARBEIT

„Der Export der bürgernahen Polizeiarbeit in viele EU- und Entwicklungsländer hat in der akademischen Welt zu Diskussionen über die Frage geführt, wie effektiv die bürgernahe Polizeiarbeit nationale Grenzen überwinden kann. Diese Diskussionen basieren auf sehr unterschiedlichen Gemeinschaften innerhalb von Nationen mit eigenen spezifischen politischen und sozialen Kontexten und dem nationalen Ansatz, der in Bezug auf das Engagement der Polizei in der Gemeinschaft verfolgt wird.“[123]

Der Austausch von bewährten Praktiken im Bereich der BPA besitzt einen großen Wert. Diese Praktiken können jedoch nicht einfach direkt auf andere soziale Kontexte übertragen werden, da die BPA **immer** lokal verankert und **an die lokale Situation und den sozialen Kontext angepasst** sein sollte. Die Frage der Übertragbarkeit ist für die BPA, einer Philosophie, die per Definition auf die Gemeinschaft ausgerichtet ist und historisch gesehen ihren Ursprung auf einem anderen Kontinent hat, von höchster Relevanz. Obwohl sich in Europa ein allgemeiner Wandel von einem reaktiven zu einem stärker auf die Gemeinschaft ausgerichteten Ansatz vollzogen hat, war die europäische BPA in ihrer zugrundeliegenden Sozialphilosophie, Umsetzung oder Wirksamkeit niemals einheitlich. Eine lange Tradition in der Managementforschung zeigt, dass der soziale Kontext einen **großen Einfluss auf die Bedeutung, Interpretation und Umsetzung** von spezifischen Regierungspraktiken, wie etwa der Polizeiarbeit, hat[124]. Der soziale Kontext ist ein weites Konzept. Einige relevante Elemente im Hinblick auf die BPA sind das historische Misstrauen zwischen Bürgern und der Polizei sowie das verfügbare Sozialkapital, auf das die Polizei zurückgreifen kann.

Darüber hinaus ist die BPA in Ländern mit einem demokratischen Polizeimandat entstanden. Länder, in denen das **grundlegende Vertrauen in die Polizei sehr schwach ist, sind ein schlechter Nährboden** für die BPA. Trotz ihrer positiven Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Polizei und Bürgern ist die BPA kein Wundermittel und wird nicht überall funktionieren. Der Aufbau von Vertrauen ist eine langfristige Aufgabe. Daher kann die BPA nicht über Nacht umgesetzt und sind auch die Vorteile nicht direkt greifbar. In Regionen, in denen ein **historisches Misstrauen** herrscht, kann die Wiederherstellung des Vertrauens Jahrzehnte dauern[125]. Wie zuvor erwähnt, haben sich die Mitgliedstaaten in Sachen Entwicklung der Polizeiarbeit und der eventuell damit verbundenen Probleme unterschiedlich schnell bewegt. So gibt es beispielsweise in Osteuropa eine gewisse Abneigung gegen BPA, die auf negativen Erfahrungen mit der Polizei vor 1989 zurückzuführen ist[126]. Im ehemaligen Jugoslawien nutzte die OSZE das Konzept der BPA als Teil einer größeren Aufgabe, um die Polizeiarbeit zu modernisieren und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen, nachdem sie die Schrecken des Krieges miterlebt hatten und Ansätze und Haltungen von der Polizei beschädigt worden waren. Die BPA wurde Teil einer größeren Verlagerung von einem Polizeiapparat hin zu Polizeidiensten, einer Polizeiorganisation, die nicht nur für die, sondern auch in der Gemeinde tätig ist[127].

Eine Gemeinschaft, die über genügend **Sozialkapital verfügt, ist ein fruchtbares Umfeld** für die BPA. In diesen Gemeinschaften müssen Polizeiorganisationen weniger Aufwand betreiben, um sich mit verschiedenen Gruppen innerhalb der Gemeinschaft zu vernetzen und Einzelpersonen oder NGOs zu finden, mit denen sie zusammenarbeiten können, um gemeinsam für Sicherheit zu sorgen (siehe Abschnitt 2.9, „Kooperative Sicherheitsproduktion“)[128].

Wir schlussfolgern, dass die BPA immer lokal verankert und an die lokale Situation und den sozialen Kontext angepasst sein sollte.

Wir schlussfolgern, dass die BPA immer **lokal verankert** und an die lokale Situation und den sozialen Kontext angepasst sein sollte. Die Forschung zeigt, dass der soziale Kontext einen großen Einfluss auf die Bedeutung, Interpretation und Umsetzung von Praktiken der Polizeiarbeit hat. Außerdem entstand die BPA in Ländern mit einem demokratischen Mandat für die Polizeiarbeit, während in Regionen, in denen historisches Misstrauen herrscht, die Wiederherstellung des Vertrauens Jahrzehnte dauern kann. Daher sollte die BPA als Teil einer größeren Verlagerung vom Polizeiapparat zu Polizeidienststellen betrachtet werden, wobei die Polizei für die und in der Gemeinschaft tätig ist.

Bewährte Praxis: My neighbour is the policeman! – Ungarn

Das Projekt wurde ins Leben gerufen, um die Arbeit der lokalen Polizeibeamten des Bezirkspolizeipräsidiums zu unterstützen und anzuerkennen. Der erste Teil des Projekts bestand aus infrastrukturellen Veränderungen. Die Hauptaufgabe des Projekts war die direkte Kommunikation mit der lokalen Bevölkerung und den Organisationen ihrer Gemeinschaften. Daher wurden die Polizisten mit Autos, Fahrrädern und Smartphones ausgestattet, die Bilder von Überwachungskameras anzeigen konnten; herausragende professionelle Leistungen wurden belohnt. Da es wichtig ist, dass die Bewohnerinnen und Bewohner ihre örtlichen Polizeibeamtinnen und -beamten kennen, wurden zudem Flyer, Karten und Poster mit Kontaktinformationen und Fotos verteilt.

Es handelt sich um ein interessantes Projekt, da das Problem deutlich und umfassend definiert wird. Um die Kriminalität und Kriminalitätsfurcht zu reduzieren, sah das Projekt sowohl für die Polizei als auch die Gemeinde die wichtige Aufgabe von mehr Interaktion miteinander vor. Die Gemeinde wurde als Partner für die Zusammenarbeit und Identifikation der zu lösenden Probleme ernst genommen. Die Idee war, das Vertrauen in die Polizei zu steigern, was wiederum die Zusammenarbeit bei einer breiten Anzahl von Themen stimulieren sollte.

Weitere Informationen zu dieser bewährten Praxis finden Sie im Anhang oder unter www.eucpn.org.

07

SCHLÜSSELPRINZIP 7
PRÄSENZ DER UND VERTRAUTHEIT MIT DER POLIZEI

„Obwohl [die Teilnehmer/-innen] betonten, wie wichtig es sei, dass Polizeibeamte verfügbar, zugänglich und ansprechbar seien, forderte niemand ihre Präsenz rund um die Uhr. Ein und derselbe Polizist, der jeden Tag eine Stunde lang Streife ging, wurde mehr bevorzugt als verschiedene Polizisten, die 24 Stunden lang patrouillierten. … Die Ergebnisse von Unity zeigten, dass die Befragten der Ansicht waren, dass eine erfolgreiche bürgernahe Polizeiarbeit auf einem regelmäßigen und vertrauten Kontakt beruht.“[129]

Eine hohe Sichtbarkeit der Polizei kann dazu führen, dass sich Bürger sicherer fühlen. Es wäre jedoch zu einfach, wenn man sagen würde, dass die Polizeipräsenz allein genügt. Es ist wichtig, dass der Gemeinschaft **ausreichend Zeit** eingeräumt wird, um die Polizeibeamten kennenzulernen, und Letztere verstehen, wie die Gemeinschaft funktioniert[130]. Bei ihrer täglichen Arbeit verbringen Polizeibeamte 80 % ihrer Zeit im Umgang mit den Bürgerinnen und Bürgern. Dieser Umgang ist eine Schlüsselaufgabe. Die BPA erfordert, dass bei diesen Begegnungen eine bestimmte Haltung angenommen wird. Diese Haltung zeigt sich im Unterschied zwischen Beamten, die ihre Aufgabe erfüllen und dann schnellstmöglich von der Bildfläche verschwinden, weil sie sich in einer schwierigen Gegend befinden, und solchen, die etwas länger bleiben[131].

Das Management des öffentlichen Vertrauens ist fast so wichtig geworden wie das der Kriminalität selbst. Wenn die Bürgerinnen und Bürger kein Vertrauen in die Polizei haben, ist es weniger wahrscheinlich, dass sie sich an die Polizeibehörde wenden, Anzeigen über Verbrechen erstatten, Zeugenaussagen machen oder selbst das Gesetz befolgen[132]. Forschungsergebnisse von Unity haben gezeigt, dass viele Bürgerinnen und Bürger und Gemeinschaften glauben, dass **sie die Verbindung zur Polizei verloren haben**. Dies scheint besonders in den Minderheitengemeinschaften der Fall zu sein. Die Zusammenarbeit mit der Polizei kann komplizierter sein, als sie sein muss. Korruption, der historische, soziale und politische Kontext und schlechte Erfahrungen mit der Strafverfolgung in der Vergangenheit können eine wichtige Rolle dabei spielen[133]. Darüber hinaus scheint es, dass bei jungen Menschen ein gravierender Mangel an Vertrauen in die Polizei besteht. Der Begriff „snitches get stitches“ (zu Deutsch in etwa: Denunzianten sind nicht gern gesehen) tauchte in vielen Interviews während der paneuropäischen Unity-Forschung auf[134].

Das Management des öffentlichen Vertrauens ist fast so wichtig geworden wie das der Kriminalität selbst.

Begegnungen zwischen Polizei und Öffentlichkeit sind entscheidend für die Qualität der Beziehung. Der informelle, öffentlich initiierte Kontakt mit der Polizei kann sich bei guten Erfahrungen schwach positiv auf das Vertrauen auswirken. Schlechte Erfahrungen, unabhängig davon, ob der Kontakt von der Polizei

oder der Öffentlichkeit initiiert wird, wirken sich tendenziell stark negativ auf das Vertrauen aus. Dieser negative Effekt dürfte sich durch die Erfahrungen bei von der Polizei initiierten Mehrfach-Begegnungen verstärken[135]. Möglicherweise sollte mehr Zeit und Energie in gefährdete Menschen oder Menschen, denen das Vertrauen in die Polizei fehlt, investiert werden, um ihre Wahrnehmung zu verbessern. Historisches Misstrauen kann dafür sorgen, dass einige Gruppen nicht mit der Polizei zusammenarbeiten wollen. Polizeibeamte können jedoch in der Lage sein, Barrieren abzubauen, indem sie sich fair verhalten und ein besseres Verständnis für verschiedene soziale Gruppen haben. Untersuchungen haben gezeigt, dass sich die Bemühungen der Polizei für einen verstärkten informellen Kontakt mit jungen Menschen positiv auf die Bereitschaft Letzterer auswirken, um der Polizei zu helfen[136]. Es besteht jedoch die Gefahr, dass Menschen, die bereits der Meinung sind, dass die Polizei fair ist, besser auf polizeiliche Bemühungen reagieren als diejenigen, die der Meinung sind, dass die Polizei unfair ist[137].

Um die Vertrautheit zwischen Polizei und Bürgern zu gewährleisten, sollten feste geografische Reviere in den Vierteln geschaffen werden.

Um die Vertrautheit zwischen Polizei und Bürgern zu gewährleisten, sollten **feste geografische Reviere in den Vierteln** geschaffen werden. Dies wird es den Polizeibeamten ermöglichen, sich auf die Gemeinschaften und ihre spezifischen Merkmale und Anliegen in den ausgewiesenen Vierteln zu konzentrieren, und wird außerdem das territoriale Verantwortungsgefühl der Polizeibeamten und ihr Gefühl der Rechenschaftspflicht im Allgemeinen fördern. Der kontinuierliche Einsatz in einem festen geografischen Umfeld ermöglicht zudem die gegenseitige Anerkennung und eine verbesserte Kommunikation mit der Gemeinschaft, da die Polizisten und die Bürger die Möglichkeit haben, sich Tag für Tag zu treffen. Auf diese Weise bekommen die Polizeibeamten ein Verständnis dafür, was den Einzelnen und den Gruppen der Gemeinschaft wichtig ist und können die Öffentlichkeit über ihre Aktivitäten informieren. Die Beamten, die einem bestimmten Viertel zugeordnet sind, fungieren als direktes Verbindungsglied zwischen der Öffentlichkeit und der Polizeibehörde,

anderen öffentlichen Verwaltungseinrichtungen und privaten Organisationen, die Hilfe anbieten können[138].

Es ist wichtig zu beachten, dass sich Kommunikation und Interaktion nur dann verbessern werden, wenn Polizeibeamte und -beamtinnen **gut sichtbar und leicht erreichbar** sind. Dies lässt sich am besten erreichen, wenn sie zu Fuß oder mit dem Fahrrad auf Streife gehen, anstatt Streifenwagen zu benutzen. Studien zeigen, dass gezielte Streifen zu Fuß, wenn sie mit Problemlösungsansätzen umgesetzt werden, zusammen mit dem Engagement durch die Gemeinschaft, die kriminelle Viktimisierung und Unruhe reduzieren, das Sicherheitsgefühl und das Vertrauen sowie die öffentlichen Wahrnehmung der Polizeiarbeit verbessern[139]. Die Einrichtung von Zweigdienststellen und mobilen Dienststellen kann zudem den Kontakt zwischen der Öffentlichkeit und der Polizei erleichtern. Diese Zweigdienststellen können in der Nähe von stark frequentierten Anlaufstellen wie Schulen, Gemeindezentren, Verkehrsknotenpunkten und Einkaufszentren platziert werden. Die Präsenz von Streifenpolizisten und die Atmosphäre auf Polizei(zweig) dienststellen sollte freundlich und nicht bedrohlich sein, damit die Öffentlichkeit nicht zögert, um mit der Polizei Kontakt aufzunehmen[140].

Insgesamt sind Minderheiten innerhalb der Gemeinschaften ein wichtiger Schwerpunkt der BPA, da diese Zielgruppen in der Regel schwerer zu erreichen sind. Innerhalb der BPA-Philosophie ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger den Polizeibeamten bzw. die Polizeibeamtin erkennen können, der für ihre Nachbarschaft zuständig ist. Die Open Society Initiative for Europe[141] ist ein Zusammenschluss von Polizeibeamten aus mehreren europäischen Mitgliedstaaten, darunter Belgien, Spanien, Frankreich, Ungarn, den Niederlanden, Schweden und dem Vereinigtem Königreich. Die Initiative verpflichtet sich zur Zusammenarbeit und Ausbildung von zu Minderheitengruppen gehörigen Polizeibeamten[142]. Als Randbemerkung ist jedoch anzuführen, dass Studien in England und Wales gezeigt haben, dass die Rekrutierung von Personal, das die Gemeinschaft repräsentiert, zwar wertvoll ist, einige Minderheitengemeinschaften „ihre(n)“ Polizeibeamten bzw. -beamtin jedoch als Verräter oder als Freifahrtschein betrachten. In einigen Fällen waren auch die Polizeibeamten dieser Meinung. Daher ist eine repräsentative Rekrutierung kein Wundermittel für den Aufbau von Respekt oder Engagement[143].

Wir können schlussfolgern, dass die Präsenz der und Vertrautheit mit der Polizei entscheidende Aspekte der BPA sind. Es ist wichtig, dass der Gemeinschaft

ausreichend Zeit eingeräumt wird, um die Polizeibeamten kennenzulernen, und Letztere verstehen, wie die Gemeinschaft funktioniert. Begegnungen zwischen Polizei und Öffentlichkeit sind entscheidend für die Qualität der Beziehung. Um die Vertrautheit zwischen der Polizei und den Bürgern zu gewährleisten, können feste geografische Reviere in den Vierteln errichtet werden, die Sichtbarkeit verbessert und die Polizeibeamten besser zugänglich gemacht und vor Ort rekrutiert werden, sodass das lokale Polizeiteam die Gemeinschaft repräsentiert. Präsenz und Vertrautheit sind von großer Bedeutung für die Wiederherstellung der Verbindung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei und die Erhöhung der Wahrscheinlichkeit, dass sich Erstere an Letztere wenden, Verbrechen melden, Zeugenaussagen machen und selbst das Gesetz befolgen.

Bewährte Praxis: Europäische präventive Polizeiarbeit

Die Herausforderungen werden immer komplexer, und die Strafverfolgungsbehörden sollten daher ihr Verhalten ständig anpassen, um mit der Dynamik des kriminellen Umfelds Schritt zu halten. Einige der Unterschiede lassen sich durch eine Stärkung der operativen Zusammenarbeit überwinden, insbesondere durch gemeinsame Streifen und Einsätze, bei denen Polizeibeamte derselben Nationalität Seite an Seite mit den Polizeikräften des Aufnahmemitgliedstaats eingesetzt werden.

Der rumänische Vorsitz hat den Prozess zur Annahme von *Schlussfolgerungen des Rates zu bestimmten Aspekten der europäischen präventiven Polizeiarbeit* initiiert. In diesem Dokument werden die Mitgliedstaaten zu einer effizienteren Nutzung des bestehenden Rechtsrahmens auf nationaler und europäischer Ebene für den Einsatz gemeinsamer Streifen sowie sonstiger gemeinsamer Einsatzformen im Hoheitsgebiet anderer Mitgliedsstaaten aufgefordert. Darüber hinaus werden die Mitgliedstaaten, die europäischen Institutionen und die JI-Agenturen dazu aufgefordert, unter anderem durch die Verstärkung gemeinsamer Streifen und Einsätze zwischen den Mitgliedstaaten und die Bereitstellung angemessen ausgebildeter Polizeibeamtinnen und –beamter für die wirksame operative Umsetzung der präventiven Polizeiarbeit zu sorgen. Das bedeutet, dass Beamtinnen und Beamte, die über den notwendigen beruflichen Hintergrund verfügen, sich mit den spezifischen Aspekten aller Formen der Zusammenarbeit befassen, die unter die gemeinsamen Streifen fallen.

08

SCHLÜSSELPRINZIP 8 – **KENNENLERNEN UND BERÜCKSICHTIGEN LOKALER BEDÜRFNISSE**

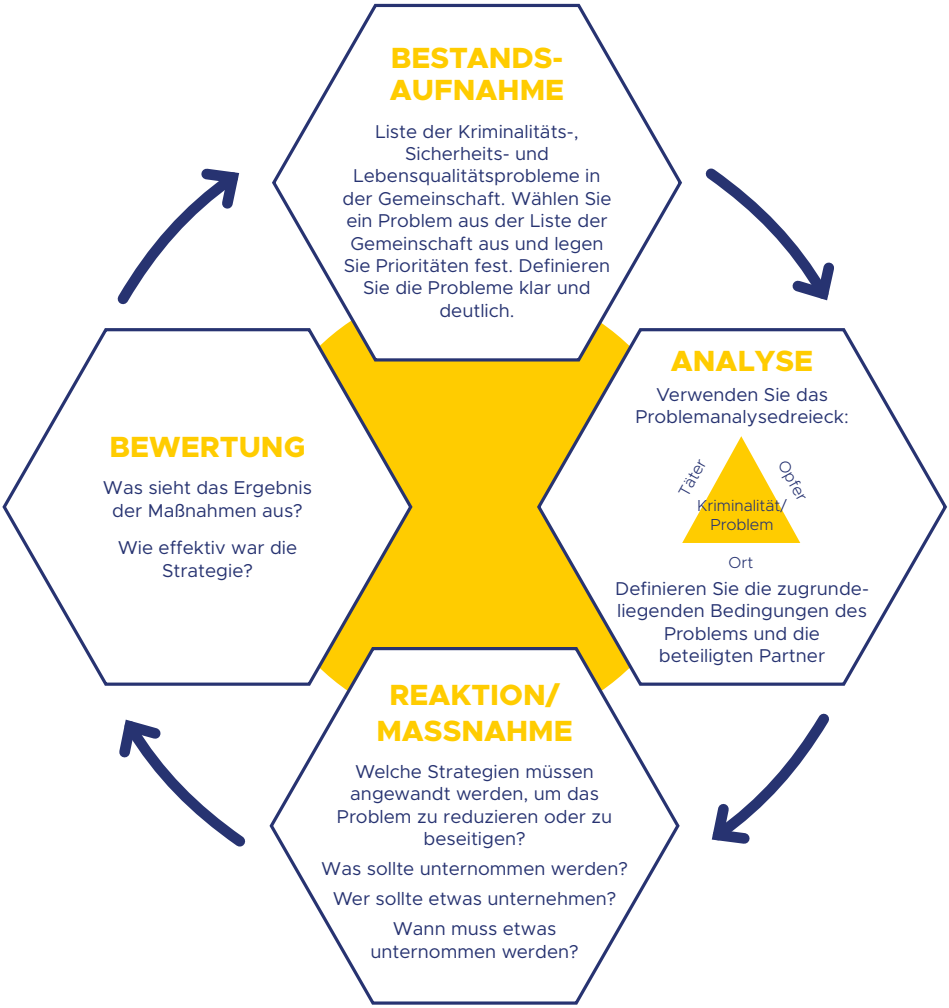
> „Vergessen Sie nicht, dass ein wesentliches Element der bürgernahen Polizeiarbeit darin besteht, dass die Polizei die sich entwickelnden Probleme der Gesellschaft versteht.[144]

Ein **Problemlösungsansatz**, der darauf abzielt, die Kriminalität auf strukturelle Art und Weise zu reduzieren und die Sicherheit zu erhöhen, ist ein wichtiger Aspekt der BPA[145]. Die problemorientierte Polizeiarbeit wurde erstmals von Goldstein beschrieben. Die Polizei kann Kriminalität und Unruhe im Allgemeinen und in einer Vielzahl von Situationen reduzieren, indem sie einen strukturierten Problemlösungsprozess anwendet, um die Ursachen lokaler Probleme zu verstehen und anzugehen[146]. Studien haben gezeigt, dass die Problemlösung in Krisenherden die Kriminalität effektiver reduziert als die Verstärkung der Polizeipräsenz in diesen Gebieten. Obwohl eine gezielte Polizeipräsenz die Kriminalität kurzfristig reduzieren kann, kann die Problemlösung langfristig einen sehr viel stärkeren Effekt haben[147].

Dieser Problemlösungsansatz wurde von Eck und Spelman mithilfe des **SARA-Modells** operationalisiert. SARA steht für die Abkürzung „Scanning, Analysis, Response and Assessment“ (zu Deutsch: Bestandsaufnahme, Analyse, Maßnahme, Bewertung). Es handelt sich um eine rationale Methode für die systematische Identifizierung und die Analyse von Problemen, für das Entwickeln von spezifischen Maßnahmen für diese Probleme die anschließende Bewertung des Erfolgs oder Misserfolgs der Maßnahme[148]. Im Allgemeinen bestehen die ersten beiden Schritte darin, die Bedürfnisse einer lokalen Gemeinschaft kennenzulernen und zu verstehen. Es ist sehr wertvoll, sich einen umfassenden Überblick über die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu machen, und in der Tat ist dieser Schritt essenziell, bevor über geeignete Maßnahmen nachgedacht wird.

Es ist wichtig, **eine einseitige Perspektive zu vermeiden, wenn Informationen über die Anliegen einer Gemeinschaft gesammelt werden**. Daher sollte eine unabhängige Umfrage durchgeführt werden, die von der politischen und polizeilichen Führung unterstützt wird. Diese Umfrage sollte über die von der Polizei erhobenen Kriminalitätsstatistiken oder die von der Öffentlichkeit gemeldete Kriminalitätsfurcht hinausgehen[149]. Themen, mit denen sich die Umfrage befassen könnte, sind der Stand der Polizeiarbeit, die Wahrnehmung der Polizei von der Öffentlichkeit, Probleme mit Viktimisierung, die Bedürfnisse und Anforderungen der Gemeinschaften sowie die Anforderungen an soziale und administrative Strukturen. Die Umfrage sollte repräsentative Stichproben von Polizeiangestellten und der Gesellschaft umfassen, einschließlich der Mitgliedern einer Vielzahl von Gemeinschaften, einschließlich ethnischer und anderer Minderheitengemeinschaften, zivilgesellschaftlicher Gruppen, NGOs, öffentlicher Sozialdienste und Verwaltungen, des Wirtschaftssektors, der Medien usw.[150]. Die Beteiligung der Öffentlichkeit an der Identifizierung und Definition von Problemen wurde als Schlüsselelement erfolgreicher Programme der Nachbarschaftspolizeiarbeit identifiziert[151]. Darüber hinaus sollten die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bedingungen in der Gesellschaft im Hinblick auf ihr Potenzial für Konflikte zwischen und innerhalb von Gemeinschaften bewertet werden. Es ist wichtig, die zugrundeliegenden Ursachen der Probleme zu ermitteln und **sich auf wiederkehrende Probleme zu konzentrieren**, anstatt auf isolierte Muster von Vorfällen, und sie als eine Gruppe von Problemen zu behandeln. Auf diese Weise kann eine vollständige und angemessene Reaktion gestaltet werden[152].

Wir können schlussfolgern, dass sich die Polizei über die lokalen Bedürfnisse informieren und diesen nachkommen sollte. Wichtig ist ein Problemlösungsansatz



Quelle: *OSZE, Good practices in building police-public partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General, OSZE-Sekretariat, Wien, 2008.*

zur Kriminalitätsbekämpfung und zur Verbesserung der Sicherheit. Die Polizei kann Kriminalität und Unruhe reduzieren, indem sie einen strukturierten Problemlösungsprozess anwendet, um die Ursachen lokaler Probleme zu verstehen und anzugehen. Um zu erfahren, welche lokalen Bedürfnisse existieren, ist es beim Sammeln von Informationen über die Anliegen einer Gemeinschaft wichtig, eine einseitige Perspektive zu vermeiden. Um den lokalen Bedürfnissen gerecht zu werden, ist es wichtig, die zugrundeliegenden Ursachen der Probleme zu ermitteln und sich auf wiederkehrende, anstatt auf isolierte Muster von Vorfällen zu konzentrieren, sodass eine vollständige und angemessene Reaktion entworfen werden kann.

Bewährte Praxis: The Forssa Approach – Finnland

"The Forssa Approach to mediation in polarisation and intergroup conflicts" zielte darauf ab, Gewaltverbrechen zwischen Einheimischen und Bewohnern eines Aufnahmezentrums von Migranten in Forssa im Jahr 2016 zu reduzieren. Er zielte zudem darauf ab, das Gefühl der Sicherheit wiederherzustellen, die polarisierte Situation zu entschärfen und weitere Zusammenstöße in der Stadt zu verhindern. Auch die Einwohner/-innen der gesamten Gemeinde wurden angesprochen, da die Schlägereien zu einer für Gruppenkonflikte typischen Polarisierung führten; die angespannte Atmosphäre in der Stadt war offensichtlich.
Eine Stärke dieses Projekts war die Zusammenarbeit mehrerer Partner. Das Projekt wurde von der Polizei, die als Motor für den Verfahrensablauf fungierte, lokalen Akteuren, darunter mehrere Regierungsbehörden, Schulen und dem Aufnahmezentrum, sowie neutralen Vermittlern, durchgeführt. Die Partner arbeiteten zusammen an den gemeinsamen Zielen, an der Wiederherstellung des Vertrauens in die Gemeinschaft und der Beseitigung der Gefühle von Unbehagen und Unsicherheit.

Weitere Informationen zu dieser bewährten Praxis finden Sie im Anhang oder unter www.eucpn.org.

09

SCHLÜSSELPRINZIP 9
KOOPERATIVE SICHERHEITSPRODUKTION

„Bevor man loslegt, braucht man eine gute Vorstellung von der aktuellen Situation. Wenn man zum Beispiel erfährt, dass es in der eigenen Gemeinde bereits viele Initiativen zur Kriminalprävention gibt, dann wird die Rolle der Polizei eine andere sein als wenn die Polizei der einzige Akteur auf dem Gebiet der Kriminalprävention ist. Sich einen Überblick über die Situation zu verschaffen, ist ein für die BPA notwendiger Prozess und sollte Schritt für Schritt erfolgen.“[153]

Kooperative Sicherheitsproduktion bedeutet, dass sich mehrere Akteure, wie Bürger, Behörden, Organisationen, Unternehmen und die Polizei, formal zu einer Zusammenarbeit verpflichten, um eine gemeinsame Vision von Sicherheit zu verwirklichen, wobei eine effektive Zusammenarbeit zu einer Win-Win-Situationen führt[154]. In diesem Prozess der Schaffung von Sicherheit werden die Bürger und die anderen Akteure als Partner behandelt[155].

Generell kann de Polizei, die mit der **Öffentlichkeit** zum Zwecke der Problemlösung zusammenarbeitet, empfundene Unruhen reduzieren und das Vertrauen in und die empfundene Legitimation der Polizei verbessern. Das Engagement der Gemeinschaft kann sich zudem positiv auf die Kriminalität und die Wahrnehmung von unsozialem Verhalten und Unruhen auswirken[156]. Die Förderung der Zusammenarbeit kann Gemeinschaften dazu mobilisieren, sich aktiv an der Kriminalprävention zu beteiligen und ein Gefühl der gemeinsamen Verantwortung für die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit zu entwickeln[157]. Die Unity-Studie hat gezeigt, dass eine Polizei, die mit externen Organisationen zusammenarbeitet, als positiv in Bezug auf die Umsetzung der BPA angesehen wird. Viele Teilnehmer, darunter auch Polizeibeamtinnen und -beamte, erkannten die positiven Auswirkungen der lokalen Zusammenarbeit mit Nicht-Polizeiorganisationen und Mitgliedern der lokalen Gemeinschaft zur Kriminalprävention und zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls an[158]. Beispiele für eine aktive Beteiligung von Gemeindebewohnern könnten die Einrichtung von Nachbarschaftsbeobachtungsgruppen sein; uniformierte Zivilisten, die Polizeibeamte bei ihren Nicht-Notfall-Aktivitäten unterstützen; die Annahme von Selbstschutzmaßnahmen; das Anwenden von Mediation zum Schlichten lokaler Streitigkeiten; etc.[159].

Die kooperative Sicherheitsproduktion bezieht sich außerdem auf eine **zwischenstaatliche Zusammenarbeit**, da die Lösung kommunaler Probleme eine Aufgabe ist, an der alle relevanten staatlichen Stellen beteiligt sind. Es muss ein breiter Konsens mit allen in einem Gemeinschaftsumfeld präsenten Behörden über ihren Teil der Verantwortung und den Bedarf an einer engen Zusammenarbeit erzielt werden. Inkohärente Politiken im gesamten Strafrechtssektor und bei anderen staatlichen Stellen im Zusammenhang mit der Lösung von Gemeinschaftsproblemen sollten harmonisiert werden. Konkurrierende Tagesordnungen und Prioritäten, unterschiedliche Ansichten über das Ausmaß der Probleme oder Rivalitäten um knappe Mittel könnten diesen kooperativen Ansatz behindern[160]. Die Strategien der Zusammenarbeit können variieren. So ist beispielsweise in Finnland die Verantwortlichkeit der Polizei in Bezug auf

soziale Probleme im Vergleich zu denen der Sozialdienste eher begrenzt. Der Grund dafür ist, dass der Sozialsektor in Finnland sehr groß ist[161]. Wie bereits im Zusammenhang mit dem ersten Schlüsselprinzip erwähnt, muss die politische Führung aktiv werden und alle Behörden ermutigen, untereinander und mit der Gemeinschaft zusammenzuarbeiten. Die Management-Organe sollten sicherstellen, dass offizielle Strukturen und Verfahren für die Zusammenarbeit geschaffen werden, dass die Verantwortlichkeiten der verschiedenen Akteure klar definiert sind und dass Hindernisse für eine wirksame Zusammenarbeit zwischen den Behörden beseitigt werden. Und schließlich sollten die Beamten der Regierungsbehörden im Hinblick auf eine effektive und effiziente Zusammenarbeit über die BPA aufgeklärt und über ihre wichtigsten Techniken sowie ihre Rolle bei der kooperativen Problemlösung informiert werden. Gemeinsame Schulungen für Mitglieder von Regierungsbehörden, der Polizei und der Gemeinde könnten die zukünftige Interaktion ebenfalls fördern[162].

Eine enge Zusammenarbeit ist notwendig. Wenn die Öffentlichkeit und andere Akteure in einem kooperativen Ansatz hin zu mehr Sicherheit mehr Verantwortung übernehmen, hat dieser Ansatz das **Potenzial**, es den Polizeikräften zu erlauben, ihre Ressourcen auf andere Kernaufgaben zu konzentrieren[163].

Das Engagement der Gemeinschaft kann durch den **Rückgriff auf bestehende Netzwerke** von Gruppen der Gemeinschaft erleichtert werden. Die Durchführung von Kartierungsübungen der Gemeinschaft kann der Polizei und Interessensvertretern dabei helfen, ihre Gemeinschaften und die bereits bestehenden Strukturen und Gruppen besser zu verstehen und sicherzustellen, dass alle von der Öffentlichkeit aufgeworfenen Fragen der Lebensqualität angesprochen werden[164]. Es ist wichtig, dass sich Polizeibeamte positiver Aspekte wie bestehender Partnerschaften bewusst sind, damit sie auf bereits Vorhandenem aufbauen können und keine negativen Ausgangspunkte nutzen müssen. Studien haben gezeigt, dass einige Polizeibeamte nicht wirklich wissen, was in ihrer Gemeinde gut läuft und was nicht[165]. Vergleichbar war auch die Feststellung der OSZE, dass die Formulierung und Ausarbeitung nationaler Strategien keine Ergebnisse erzielte, da diese Strategien nicht auf die lokale Ebene heruntergebrochen oder auf diese übertragen wurden. Sie lernten, dass sie von der lokalen Ebene ausgehen mussten und dass Mikrointerventionen weitaus erfolgreicher waren als nationale Programme. Von Einheimischen, Schülern, Lehrervereinigungen, Elternvereinigungen etc. durchgeführte bodenständige zivilgesellschaftliche Projekte erzielen Ergebnisse[166].

Die kooperative Sicherheitsproduktion innerhalb der BPA könnte ihren Ursprung in den Gemeinschaften selbst finden, anstatt ihnen von oben herab aufgezwungen zu werden[167]. Ein konkretes Beispiel für eine kooperative Bottom-up-Sicherheitsproduktion ist die auf ihren Vorzügen basierende Entwicklung der Gemeinschaft, wie sie von Forschern im Rahmen des Unity-Projekts erarbeitet wurde. Die Idee besteht darin, in der Gemeinschaft nach den Stärken und gut funktionierenden Punkten zu suchen, anstatt ein Gebiet auf seine Hauptprobleme und -bedürfnisse zu scannen. Dabei besteht die Rolle der Sozialdienste und der Polizei darin, die Gemeinschaften beim Erreichen ihrer Ziele und Verwirklichen ihrer Visionen zu unterstützen. Die Idee nutzt die bereits vorhandenen Stärken und verbindet Menschen miteinander, die möglicherweise bisher noch nicht verbunden waren[168].

Ein konkretes Beispiel für eine kooperative Bottom-up-Sicherheitsproduktion ist die auf ihren Vorzügen basierende Entwicklung der Gemeinschaft, wie sie von Forschern im Rahmen des Unity-Projekts erarbeitet wurde.

Ein weiterer entscheidender Punkt ist die Budgetvergabe. Wenn die Polizei von einer guten lokalen Initiative weiß, kann mit einer **relativ geringen finanziellen Investition** große Ergebnisse erzielt werden. Der OSZE gelang es, geschlechtsspezifische Gewaltverbrechen in Teilen des ländlichen Serbiens durch die Unterstützung und das Engagement einer lokalen Organisation und der lokalen Polizei innerhalb von 3 Jahren drastisch zu verringern Diese Initiative kostete 50.000 EUR[169]. Ein weiteres Beispiel ist das nationale häusliche Gewaltpräventionsprojekt „Broken Wings“ in Rumänien. Das gesamte Projekt wurde in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen der rumänischen Polizei und der NGO Necuvinte Association konzipiert und umgesetzt. Das Projekt bestand aus einem Dokumentarfilm, einem TV-Spot, Postern, Flyern und einem „Broken Wings“-Informationswagen in 15 Landeskreisen und kostete 77.000 EUR.

Skogan erklärte 1994, dass eine Rechtfertigung für die Beteiligung der Öffentlichkeit an der BPA und damit an der Sicherheitsproduktion darin bestünde,

dass die Polizei allein weder sichere Gemeinschaften schaffen noch sie erhalten könne. Es ist jedoch leicht zu unterschätzen, wie **schwierig** der Aufbau eines **effektiven gesellschaftlichen Engagements sein kann**[170].

Zum einen ist der Bottom-up-Ansatz äußerst schwierig und mit vielen Herausforderungen verbunden. Es bedarf einer innovativen Methode, um sinnvoll mit der Gemeinschaft in Kontakt zu treten, um zu verhindern, dass beispielsweise die Belästigung durch Hunde zu einem Thema wird. Die Initiative sollte versuchen, sich auf die Stärken und das Sozialkapital der Gemeinschaft zu konzentrieren, anstatt nur auf deren Bedürfnisse und Probleme[171].

Darüber hinaus können **Barrieren überwunden** werden in Bezug auf Sprache, Geschlecht, Bedenken hinsichtlich des Einwanderungsstatus und historisches Misstrauen gegenüber der Polizei. Die Gemeinschaft, die sich an der Initiative beteiligt, sollte im Großen und Ganzen repräsentativ sein, was bedeuten kann, dass Barrieren identifiziert und Maßnahmen ergriffen werden, die einige Personen daran hindern, mit der Polizei in Kontakt zu treten, und die insbesondere Menschen aus marginalisierten Gruppen einbeziehen. Es ist nicht immer der Fall, dass Menschen aus ärmeren und diverseren Vierteln, in denen Kriminalität und Unruhen herrschen, weniger bereit sind, sich zu beteiligen[172].

Darüber hinaus ist ein flexibler Ansatz für das Engagement in der Gemeinschaft erforderlich. Bei der Anwendung von Methoden für das Engagement müssen die Bedürfnisse und Präferenzen der **verschiedenen Gemeinschaften** berücksichtigt werden. Einige der von der Polizei identifizierten Gruppen sehen sich möglicherweise nicht als „Gemeinschaften“, die für die Nachbarschaftspolizeiarbeit mobilisiert werden können. Und wieder andere Gruppen können eher durch ihre Interessen als durch ihre geografische Lage verbunden zu sein[173].

Man sollte im Hinterkopf behalten, dass die Wirksamkeit des gesellschaftlichen Engagements **mit der Zeit abnehmen** kann. Dies hebt die Notwendigkeit hervor, neue Energie in das Aufleben des Engagements zu stecken, wenn Menschen beginnen, sich zurückzuziehen. Die Personalfluktuation innerhalb der Polizei kann ebenfalls eine Herausforderung für die Aufrechterhaltung eines langfristigen Engagements sein[174].

Abschließend ist festzustellen, dass dem **Engagement der Gemeinschaft einige Grenzen** gesetzt sind Bei der Ausübung einiger Aspekte ihrer Funktionen muss

die Polizei vor dem Einfluss der Gemeinschaft geschützt werden. Einige ihrer Entscheidungsbefugnisse sind nicht teilbar. So kann sich die Polizei beispielsweise nicht nach den Wünschen der Gemeinschaft richten, wenn dies die verfassungsmäßigen Rechte einer Bürgerin oder eines Bürgers verletzen würde. Darüber hinaus dürfen parteiische politische Interessen, die zu korrupten Praktiken beitragen könnten, nicht vorschreiben, wie polizeilichen Richtlinien und Praktiken auszusehen haben. Vor diesem Hintergrund ist das Spektrum der Entscheidungen, die im Zusammenhang mit der Polizeiarbeit in einer Gemeinschaft stehen, breit gefächert, und es gibt viele Entscheidungen, an denen sich eine Gemeinschaft beteiligen kann, ohne eine dieser Grenzen zu überschreiten[175].

Wir können schlussfolgern, dass die kooperative Sicherheitsproduktion unter Einbezug der Polizei, die mit der Öffentlichkeit zum Zwecke der Problemlösung zusammenarbeitet, empfundene Unruhen reduzieren und das Vertrauen in und die empfundene Legitimation der Polizei verbessern kann. Eine enge zwischenstaatliche Zusammenarbeit ist erforderlich, da die Lösung kommunaler Probleme eine Aufgabe ist, an der alle relevanten staatlichen Stellen beteiligt sind. Ein kooperativer Ansatz hat zudem das Potenzial, es den Polizeikräften zu erlauben, ihre Ressourcen auf andere Kernaufgaben zu konzentrieren.

10

SCHLÜSSELPRINZIP 10
FÖRDERUNG DER WECHSELSEITIGEN KOMMUNIKATION ZWISCHEN POLIZEI UND ÖFFENTLICHKEIT

„Es könnte nicht schaden, zu formulieren, was bürgernahe Polizeiarbeit bedeutet. Es ist wichtig, dass dieses Konzept bei der Umsetzung klar und deutlich an die Öffentlichkeit kommuniziert wird.[176]

Eine effektive, angemessene und zeitnahe Kommunikation ist entscheidend für einen erfolgreichen BPA-Ansatz. Es gibt jedoch einige Risiken in diesem Prozess: Zu wenig Kommunikation kann zu einem Anstieg der öffentlichen Ängste führen; zu viel Kommunikation und unvorsichtiger Umgang mit Informationen kann die Einsatzfähigkeit der Polizei beeinträchtigen; und unangemessene Kommunikation kann die Gemeinschaft entfremden und die Beziehungen zwischen Polizei und Öffentlichkeit beschädigen[177].

Die Polizei sollte nicht nur als Reaktion auf eine bestimmte Aktivität oder einen Vorfall, sondern **proaktiv und regelmäßig** mit der Öffentlichkeit kommunizieren. Die Bürgerinnen und Bürger stehen oft nur in begrenzter Interaktion mit der Polizei, bis es zu einer Krise, wie z. B. einem Verkehrsunfall oder einer Straftat, kommt. Es ist wichtig, dass Polizeibeamtinnen und -beamte proaktive Kommunikationsstile mit der Öffentlichkeit entwickeln. Darüber hinaus sollte die Polizei auf einen effektiven Umgang ihres Kontakts mit Medien vorbereitet sein. Die Beziehungen zwischen Polizei und Medien können für Polizeichefs sehr spannungsgeladen und herausfordernd sein. Um dieser Herausforderung zu begegnen, sollte klar sein, wer befugt ist, mit den Medien zu kommunizieren, wobei diejenigen, die die Befugnis dazu haben, geschult und erfahren sein müssen. Es ist wichtig, Fakten, Kontext- und Hintergrundinformationen bereitzustellen, ohne dabei die Polizeiarbeit oder einzelne Opfer oder Zeugen zu gefährden[178].

Studien haben gezeigt, dass Menschen, die **gut über Polizeiarbeit informiert** sind, tendenziell **positivere Meinungen** von der Polizei haben. Sie sind wahrscheinlicher an Informationen über die Leistung der BPA und der Polizei sowie an Ratschlägen zur Kriminalprävention interessiert. Spezifische BPA-Informationen, die von Interesse sein könnten, sind: die Kontaktdaten des BPA-Teams, lokale Prioritäten, Maßnahmen, die von der Polizei für den Umgang mit diesen Themen getroffen werden, Möglichkeiten, wie sich die Öffentlichkeit einbringen kann etc. Die Informationen sollten klar und präzise sowie lokal relevant sein und es sollte deutlich sein, dass sie von der Polizei stammen. Newsletter können einen erheblichen positiven Einfluss auf das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Polizei und deren Wahrnehmung des gesellschaftlichen Engagements haben[179].

Nach Ansicht der OSZE ist es für die Polizei unerlässlich, einen wirksamen Mechanismus für einen **gegenseitigen Informationsaustausch** mit den Gemeinschaften zu schaffen. Dies wird durch die Ergebnisse der Unity-Studie bestätigt, die besagen, dass die BPA ohne ein effektives Zwei-Wege-System, das

eine offene und transparente Kommunikation zwischen der lokalen Polizei und den verschiedenen Gemeinschaften, denen sie dient, ermöglicht, nicht effizient durchgeführt werden kann[180]. Der Informationsaustausch zwischen Gemeinschaften und der Polizei kann jedoch große Herausforderungen bergen. Die Bereitschaft der Bürger/-innen, Informationen mit der Polizei zu teilen, und das Maß der Nützlichkeit diese Informationen hängt vom Grad des Vertrauens und des gegenseitigen Verständnisses zwischen der Polizei und den Gemeinschaften, denen sie dienen, ab. Der Informationsaustausch wird erleichtert, wenn ein gemeinsames Verständnis darüber besteht, warum die Polizei Informationen benötigt[181].

Einige Ergebnisse des Forschungsprojekts Unity befassen sich mit dem **Widerwillen** der Öffentlichkeit zum Informationsaustausch mit der Polizei. Es scheint Vertrauensprobleme zu geben, die junge Menschen befürchten lassen, dass sie für ein Problem verantwortlich gemacht werden, wenn sie es melden, oder dass die Polizei gegen ihren Willen ihre personenbezogenen Daten erhält. Junge Menschen wollen nicht von Gleichaltrigen dabei beobachtet werden, dass sie mit der Polizei kommunizieren. Darüber hinaus wurden in einigen Ländern besondere Bedenken in Bezug auf die Korruption der Polizei und den absichtlichen Missbrauch von Daten geäußert[182].

Eine effektive, angemessene und zeitnahe Kommunikation ist entscheidend für einen erfolgreichen BPA-Ansatz.

Eine Möglichkeit der Erleichterung der gegenseitigen Kommunikation für die Polizei besteht darin, **Veranstaltungen und Foren zu schaffen**, in denen sie Meinungen zu Fragen von gemeinsamem Interesse mit der Gemeinschaft austauschen kann. Beispiele sind Beiräte, gemeinsame Workshops zwischen Polizei und Gemeinschaft, öffentliche Treffen und Tage der offenen Tür. Um eine große Bandbreite an Meinungen zu versammeln und möglichst viele Mitglieder der Gemeinschaft zu erreichen, sollten diese öffentlichen Foren allen Teilen der Gemeinschaft offen stehen. Es können besondere Anstrengungen erforderlich sein, um Minderheitenzielgruppen zu erreichen[183].

Und schließlich betonen Experten, wie wichtig **deutliche Erläuterungen zur BPA für die Öffentlichkeit** sind Um die Öffentlichkeit über die BPA aufzuklären, sollte die Polizei über BPA-Initiativen in ihrer Gemeinde kommunizieren, darüber, welche Rolle sie selbst dabei spielt und was sie erwarten kann. Die Öffentlichkeit ist ein Partner und sollten als solcher behandelt werden[184]. Wie bereits erwähnt, tragen Politiker die Verantwortung, die Botschaft der BPA weiterzugeben[185]. Das Fehlen einer öffentlich erklärten Verpflichtung auf höchster Ebene kann ein Hindernis für eine erfolgreiche Umsetzung und Verständigung in der Öffentlichkeit sein (siehe Abschnitt 2.2 „Die BPA ist ein fester Bestandteil eines größeren Regierungssystems“).

Wir können schlussfolgern, dass die wechselseitige Kommunikation zwischen Polizei und Öffentlichkeit gefördert werden sollte. Eine effektive, angemessene und zeitnahe Kommunikation ist entscheidend für einen erfolgreichen BPA-Ansatz. Dies erfordert einen sensiblen Balanceakt zwischen zu wenig und zu viel Kommunikation. Dennoch sollte die Polizei nicht nur als Reaktion auf eine bestimmte Aktivität oder einen bestimmten Vorfall, sondern proaktiv und regelmäßig mit der Öffentlichkeit kommunizieren, vor allem, da Untersuchungen gezeigt haben, dass Personen, die gut über die Polizei informiert sind, eher positive Meinungen über die Polizei haben. Die Durchführung von Veranstaltungen und die Einrichtung von Foren wie öffentlichen Versammlungen und Tagen der offenen Tür bei der Polizei können dazu beitragen, die gegenseitige Kommunikation zu erleichtern. Die BPA sollte eine Vielzahl innovativer Ansätze umfassen, um schwer erreichbare Zielgruppen mit eventuell geringerem Sozialkapital zu erreichen. Die Notwendigkeit für die Einbeziehung dieser Zielgruppen sollte sich im Ansatz gegenüber der Gemeinschaft widerspiegeln. Und schließlich ist es wichtig, der Öffentlichkeit die BPA in klarer Sprache zu erklären, indem man sich auf die Initiativen der BPA in ihrer Gemeinschaft, ihre Rolle in der BPA und das, was sie erwarten können, konzentriert.

03 KAPITEL 3 EXPERTENBEWERTUNG ZU BEWÄHRTEN VERFAHREN FÜR EINE BÜRGERNAHE POLIZEIARBEIT

Der Vorsitzende des EUCPN organisiert jedes Jahr den Europäischen Kriminalpräventionspreis (European Crime Prevention Award / ECPA) und die Konferenz über bewährte Praktiken (Best Practice Conference / BCP). Das Hauptziel dabei ist der Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur Kriminalprävention. Im Dezember 2018 organisierte der österreichische Vorsitz

ERSTER PLATZ

The Forssa Approach: mediation of polarisation and intergroup conflicts

Finnland

ZWEITER PLATZ

Šiauliai District Discovers a Security Formula

Litauen

DRITTER PLATZ

My neighbour is the policeman!

Ungarn

den ECPA und die BCP zum Thema BPA. Zwanzig EU-Mitgliedstaaten reichten ein Projekt für den ECPA ein. Eine Jury, bestehend aus dem Exekutivausschuss[186] sowie Expertinnen und Experten auf dem Gebiet der BPA[187], bewertete diese Projekte und beriet über die Gewinner.

In den folgenden Abschnitten werden wir vier Projekte vorstellen, die aus verschiedenen Gründen als bewährte Praktiken betrachtet werden können. Die Projekte erhielten von der ECPA-Jury hohe Bewertungen und wurden als sehr relevant für das Thema BPA erachtet. Darüber hinaus erreichten die Projekte auch eine gute QUALIPREV[188]- Punktzahl.

Abschließend sind im Anhang viele weitere gute BPA-Praktiken zu finden. Dort finden Sie die Kurzbeschreibungen aller ECPA-Einreichungen und anderer Projekte. Eine ausführlichere Erläuterung der einzelnen bewährten Praktiken und Kontaktdaten für die Projektmanager finden Sie auf der EUCPN-Website (http://www.eucpn.org/).

3.1 The Forssa Approach: mediation of polarisation and intergroup conflicts (Finnland)

Kurzbeschreibung

„The Forssa Approach: mediation in polarisation and intergroup conflicts“ (zu Deutsch: Der Forssa-Ansatz: Meditation bei Polarisierung und Intergruppenkonflikten) zielte darauf ab, Gewaltverbrechen zwischen Einheimischen und Bewohnern eines Aufnahmezentrums von Migranten in Forssa im Jahr 2016 zu reduzieren. Zudem zielte er darauf ab, das Gefühl der Sicherheit wiederherzustellen, die polarisierte Situation zu entschärfen und weitere Zusammenstöße in der Stadt zu verhindern. Auch die Einwohner/-innen der gesamten Gemeinde wurden angesprochen, da die Schlägereien zu einer für Gruppenkonflikte typischen Polarisierung führten; die angespannte Atmosphäre in der Stadt war offensichtlich.

Basierend auf einer gründlichen Studie (Vorfallberichte, BPA und Streifen auf der Straße) erstellte die Polizei eine Analyse der Situation. Von außerhalb der Stadt waren Agitatoren nach Forssa gekommen, um den Konflikt anzuschüren.

Strafrechtliche Ermittlungen hatten nicht zu einer Verbesserung der polarisierten „Wir-Gegen-Sie“-Situation geführt. Die Polizei und das multidisziplinäre Team der Stadt entschieden, dass eine umfassende multidisziplinäre Zusammenarbeit erforderlich sei, um die Eskalation der Gewalt zu stoppen und die polarisierte Situation zu entschärfen.

Die bewährte Praxis von „The Forssa Approach“ basierte auf drei Kernbereichen: (1) neutrale und transparente Kommunikation; (2) Zusammenarbeit zwischen den Behörden, die eine gemeinsame Sicht auf die Situation, Informationsaustausch und Koordination der Aktivitäten ermöglicht; und (3) lösungsorientierte Gemeinschaftsmediation.

Die Gemeinschaftsmediation beruhigte die Situation in der Stadt. Jugendliche, die in die Zusammenstöße verwickelt waren oder die Vorfälle beobachtet hatten, bekamen das Wort und erhielten die Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie sich das Aufnahmezentrum und die Massenschlägereien auf ihr Leben ausgewirkt hatten und was erforderlich war, um das Unbehagen und die Unsicherheit zu beseitigen. Sie erfuhren zudem, welche Rolle die auswärtigen Agitatoren gespielt hatten. Die von Jugendlichen im Zusammenhang mit dem Zentrum verübten Verbrechen endeten. Das gleiche Modell wurde anschließend auf ähnliche Situationen in anderen Städten angewendet.

Expertenbewertung

„The Forssa Approach“ war das Gewinnerprojekt des ECPA 2018. Das Projekt wurde von der Jury aufgrund des Mediations- und Interaktionsprozesses, das die Gemeinschaft durchlief, ausgewählt. Darüber hinaus bestand ein klarer Zusammenhang zwischen dem Projekt und einer Reduzierung der Kriminalität und der Kriminalitätsfurcht. Die Jury würdigte die Beteiligung der wichtigsten Interessenvertreter und Partner.

Das Projekt wurde für die gründliche Untersuchung und die klare Definition des vorliegenden Problems gelobt. Die Konflikte und Gewalttaten im Aufnahmezentrum für Migranten wurden regelmäßig überwacht und führten zu einer Neudefinition des Projekts. Das Projekt war als Lernprozess über die Gemeinschaft und den Umgang mit Konflikten konzipiert.

Eine weitere Stärke dieses Projekts lag in der **Zusammenarbeit mehrerer Partner**. Das Projekt wurde von der Polizei, die als Motor für den Verfahrensablauf fungierte, lokalen Akteuren, darunter mehrere Regierungsbehörden, Schulen und dem Aufnahmezentrum, sowie neutralen Vermittlern, durchgeführt. Die Partner arbeiteten zusammen an den gemeinsamen Zielen, an der Wiederherstellung des Vertrauens in die Gemeinschaft und der Beseitigung der Gefühle von Unbehagen und Unsicherheit.

Darüber hinaus wurde gewürdigt, dass der **Fokus auf der Kriminalitätsfurcht** und nicht auf den begangenen Verbrechen lag. Dieser Fokus ermöglichte es, die Gemeinschaft als Ganzes anzusprechen, was gruppenübergreifende Konflikte und eine weitere Polarisierung vermeidet und wesentlich dazu beiträgt, den Teufelskreis der Gewalt zu stoppen.

Darüber hinaus war die Herangehensweise innovativ, **Mediation als Lösung zu betrachten**, anstatt diejenigen in der Gemeinschaft zu verurteilen, die bestimmte Ansichten vertreten. Sie ermöglichte es der Gemeinschaft, gehört zu werden, sich frei zu äußern und gemeinsam nach Wegen zu suchen, wie mit den geäußerten Bedenken umzugehen ist. Jugendliche stellten in dieser Situation eine wichtige Zielgruppe dar. Sie hatten die Möglichkeit, sich frei auszudrücken und wurden ernst genommen. Dies steigerte ihr Vertrauen und ließ sie erkennen, dass es problematisch war, dass Jugendliche aus anderen Städten und Menschen mit kriminellem Hintergrund in den Konflikt involviert waren.

Und schließlich wurde das Projekt im Hinblick auf den Fortschritt der Mediation, Zusammenarbeit, des Dialogs und der Vertrauensbildung kontinuierlich überwacht. Obwohl diese Indikatoren selten Teil von **Evaluationen** sind, sind sie für die Steuerung des gesamten Prozesses von grundlegender Bedeutung. Dazu war ein starker Glaube an die Meditationsmethode zur Lösung des Konflikts und eine klare Sicht auf die letztendlichen Ziele der Intervention erforderlich. Darüber hinaus wurde eine Wirkungsevaluation durchgeführt, die zeigte, dass die Spannungen und Konflikte in der Gemeinschaft vorbei waren und dass es positive Nebenwirkungen wie die Freigabe von Polizeiressourcen, die Stärkung der Gemeinschaft und die Schaffung eines Zugehörigkeitsgefühls gab.

3.2 Šiauliai District Discovers a Security Formula (Litauen)

Kurzbeschreibung

Das Ziel des Projekts „Šiauliai District Discovers a Security Formula“ war es, die Sicherheitslage in Šiauliai durch eine Reduzierung der Zahl der Straftaten und sonstigen Rechtsverletzungen zu verbessern, indem ein sichereres Lebensumfeld durch die aktive Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner an diesem Prozess geschaffen wird, wodurch das Vertrauen in die Gemeinschaft und in die Polizei verbessert wird.

Die Hauptidee des Projekts war es, zu betonen, dass die Kriminalprävention alle Bürger/-innen und Akteure angeht. Die Aktivitäten des Projekts wurden unter Einbeziehung verschiedener Altersgruppen und verschiedener Akteure (lokale Behörden, Polizei, NGOs, Medien und lokale Gemeinschaften) konzipiert. Ziel war es, die Einbeziehung aller Parteien zu fördern und ein Zusammengehörigkeitsgefühl zu schaffen, das den Gemeinschaftsgeist fördert. Die Präventionsmaßnahmen umfassten die für das Viertel Šiauliai wichtigsten Straftaten: Gewaltverbrechen, Eigentumsdelikte, Straftaten an öffentlichen Orten und Straftaten von Kindern und Jugendlichen. Zur Verbesserung der Verkehrssicherheit wurden zusätzliche Maßnahmen ergriffen.

Das Projekt umfasste eine Vielzahl von Aktivitäten zur Kriminalprävention. Um Eigentumsdelikten vorzubeugen, wurden Treffen mit Anwohnern organisiert, um Ideen zur Schaffung sicherer Nachbarschaften zu diskutieren und über Sicherheitsfragen zu informieren.

Im Bereich der Prävention häuslicher Gewalt wurden Bildungsveranstaltungen durchgeführt, um die Entwicklung gesunder Beziehungen zu fördern, in denen es keine Toleranz für häusliche Gewalt gibt. Darüber hinaus wurde Präventionsarbeit in gefährdeten Familien sowie in Bezug auf bestehende Fälle häuslicher Gewalt geleistet. Dies erfolgte in Zusammenarbeit mit Interessengruppen (einem offenen Jugendzentrum, der Abteilung Schutz der Kinderrechte, dem Fraueninnovationszentrum und dem Bewährungsdienst).

Aufsässiges Verhalten auf der Straße wurde durch die Organisation von Präventionsveranstaltungen in den Bildungseinrichtungen des Bezirks und im sicheren Verkehrsraum des Polizeipräsidiums der Gemeinde Šiauliai bewältigt. Verkehrspolizisten schulten und überwachten Fußgänger, Radfahrer und Autofahrer in Bezug auf Straßenverkehrsdelikte.

Expertenbewertung

Das zweitplatzierte Projekt „Šiauliai District Discovers a Security Formula“ aus Litauen überzeugte die Jury vor allem durch die Einbeziehung von Interessengruppen und Partnern in das Projekt sowie die starke Beteiligung von Mitgliedern der Gemeinschaft. Darüber hinaus fand eine sehr gute Nachbereitung des gesamten Prozesses, d. h. der Aktivitäten, der Konformität und der Termine, statt. Darüber hinaus wurde eine gute Evaluation des Projekts durchgeführt.

Steigende Kriminalitätsraten waren der Hauptgrund für die Umsetzung des Projekts. Die Hauptziele dabei waren die Reduzierung dieser Kriminalitätsraten durch die Schaffung eines sichereren Lebensumfeldes durch die aktive Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner an diesem Prozess. Mit diesem Engagement sollte das Vertrauen in die Gemeinschaft und die Polizei gefördert werden. Das Projekt betonte, dass die Kriminalprävention alle Bürger/-innen und Akteure angeht. Dieser Aspekt wurde von den Expertinnen und Experten sehr gelobt.

Darüber hinaus würdigten die Expertinnen und Experten das Projekt für seine große Bandbreite. Es gab eine Reihe von sekundären Zielen, wie die Einbeziehung von Kindern in positive Aktivitäten und die Verbesserung der Beschäftigungschancen junger Menschen. Darüber hinaus wurde ein breites Spektrum an Maßnahmen der Sozialprävention eingesetzt, wie z. B. Kampagnen, Verteilung von Flyern, Sommerlager, soziale Unterstützung für benachteiligte Familien, kombiniert mit situationsbezogenen Maßnahmen zur Kriminalprävention wie Kameras und Inspektionen. Das Projekt bezog eine ganze Reihe von Partnern ein, mit darunter lokalen Behörden, Polizei, NGOs, Medien und Gemeinden. Dieser Aspekt des Projekts wurde als interessant befunden und als bewährte BPA-Praxis angesehen.

Die Expertinnen und Experten lobten das Projekt zudem für seine hervorragende Nachbereitung des gesamten Prozesses: von den Aktivitäten über die Konformität bis hin zu den einzuhaltenden Fristen. Dem Projekt gelang es, eine hohe Teilnehmerzahl zu erreichen, an der viele Mitglieder der Gemeinschaft beteiligt waren. Darüber hinaus wurde eine gründliche Evaluation durchgeführt.

Die Experten formulierten Ratschläge, um bestimmte Bereiche zu identifizieren, in denen sie sich Veränderungen oder Verbesserungen wünschen. In diesem Fall stellte die Initiative eher ein Programm als ein Projekt dar, sodass die spürbare Senkung der Kriminalitätsraten äußerst begrenzt war.

3.3 My neighbour is the policeman! (Ungarn)

Kurzbeschreibung

Das Projekt wurde ins Leben gerufen, um die Arbeit der lokalen Polizeibeamten des Bezirkspolizeipräsidiums zu unterstützen und anzuerkennen. Der erste Teil des Projekts bestand aus infrastrukturellen Veränderungen. Die Hauptaufgabe des Projekts war die direkte Kommunikation mit der lokalen Bevölkerung und den Organisationen ihrer Gemeinschaften. Daher wurden die Polizisten mit Autos, Fahrrädern und Smartphones ausgestattet, die Bilder von Überwachungskameras anzeigen konnten; herausragende professionelle Leistungen wurden belohnt. Da es wichtig ist, dass die Bewohnerinnen und Bewohner ihre örtlichen Polizeibeamtinnen und -beamten kennen, wurden zudem Flyer, Karten und Poster mit Kontaktinformationen und Fotos verteilt.

Ein weiterer Schwerpunkt war der Netzwerkaufbau in Form des „Police Café Zugló 2017“. Basierend auf der „World Café“-Methode stellte es ein innovatives Kommunikationsinstrument zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Gemeinde dar. Lokale Polizeibeamte wurden in der „World Café“-Methodik geschult und es wurden relevante Themen definiert. Danach wurden sorgfältig Schlüsselpersonen wie Vertreter lokaler Institutionen und andere Ortsansässige ausgewählt und zu einer Zusammenarbeit, effizienten Kooperation und Lösungsfindung eingeladen.

Das Projekt zielte zudem darauf ab, maßgeschneiderte Lösungen für spezifische Probleme zu finden. So wurden beispielsweise in Seniorenclubs Vorträge über Verbrechen an älteren Menschen gehalten, ein interaktiver Fortbildungs- und Sprachkurs für Polizeibeamte über den Umgang mit Vorurteilen in Bezug auf die Roma-Kultur abgehalten und ein Netzwerk zwischen staatlichen, zivilen und lokalen Institutionen, die sich mit den Kindern des Viertels befassen, aufgebaut.

Expertenbewertung

Der dritte Platz ging an das ungarische Projekt „My neighbour is the policeman!“ Das Projekt überzeugte die Jury vor allem durch die Schwerpunktlegung auf das Vertrauen zwischen Polizei und Jugendlichen. Im Allgemeinen haben junge Menschen eine äußerst kritische Haltung gegenüber der Regierung und es braucht Zeit, um sie davon zu überzeugen, dass man der Polizei vertrauen kann. Der Aufbau von Vertrauen ist eine sehr wichtige Säule der BPA und dieses Projekt verbessert das Vertrauen in der Gemeinschaft.

Dieses Projekt wurde aufgrund der klaren und umfassenden Definition des Problems für interessant befunden. Um die Kriminalität und Kriminalitätsfurcht zu reduzieren, sah das Projekt sowohl für die Polizei als auch die Gemeinde die wichtige Aufgabe von mehr Interaktion miteinander vor. Die Gemeinde wurde als Partner für die Zusammenarbeit und Identifikation der zu lösenden Probleme ernst genommen. Die Idee war, das Vertrauen in die Polizei zu steigern, was wiederum die Zusammenarbeit bei einer breiten Anzahl von Themen stimulieren sollte.

Einer der Experten brachte zum Ausdruck, dass Studien zur Polizeipraxis zeigten, dass die in diesem Projekt behandelten Themen von der Polizei oft als eher unwichtig angesehen und als „nicht-polizeiliche Aufgaben“ behandelt würden. In der Praxis sind Polizeibeamte jedoch ständig an solchen Aufgaben beteiligt, die in der Regel auch den größten Teil ihrer Zeit in Anspruch nehmen. Dieser Ansatz beinhaltete einen Wandel in der Polizeikultur, einen ersten Schritt hin zu einem BPA-Ansatz.

Dieser Wandel wurde durch die Einbettung der Polizei in die lokale Gemeinschaft realisiert, in der sie zu Hause war. Die Ideen, dass die Gemeinschaft die Polizei kennen sollte (es wurde die Kontaktnummer des für das Viertel verantwortlichen

Polizisten zur Verfügung gestellt), dass die Polizei die Gemeinschaft kennen sollte (z. B. durch die Durchführung von interkulturellen Workshops zur Verbesserung der Beziehungen zur Roma-Gemeinschaft) und dass die Gemeinschaft bei der Suche nach Lösungen (wie in einem Projekt zum Thema Grünanlagen) eine Rolle spielen sollte, waren in diesem Projekt deutlich zu erkennen. Es setzte die Idee „die Öffentlichkeit ist die Polizei und die Polizei ist die Öffentlichkeit“ in die Praxis um. Darüber hinaus sollten Partnerschaften mit Wohn-, Staats-, Kommunal- und Zivilorganisationen dazu beitragen, ein Netzwerk der öffentlichen Sicherheit aufzubauen.

Das Projekt wurde ordnungsgemäß bewertet, woraufhin Anpassungen vorgenommen wurden. Die Evaluation erfolgte auf der Grundlage sinkender Kriminalitätszahlen, weniger Anrufe und eines wachsenden Vertrauens in die Polizei. Einer der Experten bemerkte jedoch, dass die Kriminalitätszahlen überall zurückgingen und dass unklar bleibe, wie das Vertrauen gemessen wurde. Die Wirkungsevaluation wurde mittels eines an die Bürger und die Polizei gerichteten Fragebogens durchgeführt. Dies erwies sich als besonders interessant, da Probleme oft dann auftreten, wenn Veränderungen innerhalb einer Polizeikultur vorgenommen werden, und es daher entscheidend ist, die Polizisten zur Sprache kommen zu lassen.

3.4 SPIN Programme (Estland)

Kurzbeschreibung

„SPIN Programme“ zielt darauf ab, Chancen zu entwickeln und unsoziales Verhalten junger Menschen zu reduzieren. SPIN richtet sich mit einem sportbasierten Programm, das zu zwei Dritteln aus Trainingseinheiten und zu einem Drittel aus der Entwicklung sozialer Kompetenzen besteht in einem strategisch geplanten Set von Workshops an junge Menschen, die in Gebieten mit geringeren Möglichkeiten leben. Das Projekt verfolgt die langfristigen Ziele, die Jugendkriminalität zu reduzieren, Jugendliche aus dem Justizsystem herauszuführen, durch das Engagement der Jugendlichen stärkere Gemeinschaften aufzubauen, die Quote der Bildungsabbrecher zu senken und die Zahl der Jugendlichen mit besseren Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.

SPIN richtet sich an junge Menschen im Alter von 10–18 Jahren, die die folgenden fünf Kriterien erfüllen: laut der Polizei oder der Datenbank der Sozialarbeiter der lokalen Regierungen unter gefährdeten Umständen leben; Probleme in der Schule haben (einschließlich schlechtem Verhalten, schlechten Noten, Opfer oder Täter von Mobbing); Zusammenstöße mit der Polizei in der Vergangenheit; soziale Ablehnung und wenig Möglichkeiten für Freizeitaktivitäten; Zeit verbringen mit anderen jungen Menschen, die antisozial handeln. Diese Zielgruppe wird über ein großes Partnernetzwerk von Schulen, Strafverfolgungs- und Kommunalbehörden sowie Kinderbetreuungsdiensten ausgewählt.

SPIN soll in die sozialen Muster der identifizierten Regionen eingreifen, jungen Menschen in der Zielgruppe neue Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen und ihnen Anreize und Fähigkeiten geben, gut funktionierende Mitglieder der Gemeinschaft und gute Bürgerinnen und Bürger im Allgemeinen zu werden. Dazu führt SPIN jede Woche drei 1,5-stündige Sitzungen (zwei Fußballtrainingseinheiten, einen Workshop für soziale Kompetenzen) durch, wobei zwei Trainer mit einer Gruppe von etwa 10–15 Jugendlichen zusammenarbeiten und sicherstellen, dass die Jugendlichen individuell betreut und beteiligt werden.

Das langfristigere Ziel des SPIN-Programms ist der Aufbau einer starken Gemeinschaft mit einem hohen Anteil junger Menschen, die Teil des Bildungssystems sind und in den Arbeitsmarkt eintreten. Das kurzfristige Ziel ist es, den Teilnehmenden ein gutes Gespür für die wichtigen Werte im Leben zu vermitteln (einschließlich Teamarbeit, Toleranz, Offenheit, positiver Einstellung usw.) und ihre sozialen Fähigkeiten zu entwickeln (einschließlich des Umgangs mit Emotionen, der Entwicklung der Fähigkeit, sich Ziele für die Zukunft zu setzen usw.), damit sie erfolgreich an der Gemeinschaft teilnehmen können.

Expertenbewertung

Den Expertinnen und Experten gefiel, dass das Projekt **gut strukturiert**, streng reguliert und nachvollziehbar war. Das Programm baut auf einer Problemanalyse auf und konzentriert sich auf eine klar definierte Problemgruppe. Sie begrüßten, dass das Programm **externe Mittel** von der Europäischen Kommission erhielt und somit extern überwacht wurde. Das Projekt wurde mittels eines Pre-Test-Post-Test-Designs **gründlich evaluiert**, was ebenfalls zum Nachweis der guten Ergebnisse, die über eine Reihe von Variablen erzielt wurden,

beitrug. Darüber hinaus hat sich der präventive Aspekt durch Verhaltens- und Anwesenheitsstatistiken als besonders stark erwiesen.

Die Expertinnen und Experten fanden es eine gute Idee, dass das „SPIN Programme“ Sport als Methode zur Veränderung des negativen Verhaltens von Jugendlichen einsetzt. Die sportliche Betätigung der Jugendlichen mit engagierten Trainern ist ein gutes Mittel, um ihre sozialen Fähigkeiten zu entwickeln. Die Experten befanden, dass dieses Projekt eine starke Auswirkung hatte, da 800 sehr gefährdete Kinder involviert waren.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die BPA ist ein **fester Bestandteil eines größeren Regierungssystems**. Polizeiorganisationen operieren nicht isoliert, sondern sind Teil eines größeren Rahmens und dabei auf verschiedene Formen der Unterstützung durch die aufsichtsführenden Behörden angewiesen. Daher ist es für Politiker und politische Entscheidungsträger wichtig, die BPA zu verstehen, darüber zu kommunizieren, die Polizeiorganisation mit den notwendigen Ressourcen für die erfolgreiche Umsetzung der BPA auszustatten und anderen staatlichen Institutionen die notwendige Vollmacht für die Teilnahme am BPA-Ansatz zu erteilen. Auch die besten Absichten einer Polizeieinheit bei der Umsetzung der BPA werden kaum eine Rolle spielen, wenn nicht die notwendige politische Unterstützung vorhanden ist.

Die BPA ist eine **Verpflichtung**. Sie erfordert ein vollständiges organisatorisches Engagement, was keine einfache Aufgabe für eine Polizeibehörde ist. Diese Verpflichtung umfasst einen Wandel im Managementstil, die Verringerung des Widerstands der polizeilichen Subkultur gegenüber Veränderungen und eine Sensibilisierung für die Bedingungen, unter denen Polizeibeamtinnen und -beamte arbeiten. Wenn der BPA-Ansatz nicht von der gesamten Polizeiorganisation angenommen wird, stellt er lediglich einen Zusatz zur reaktiven Polizeipraxis dar, der nicht die erwarteten Ergebnisse erzielen wird. Dies wiederum kann dazu führen, dass ein vielversprechender Ansatz aufgrund von Umsetzungsproblemen verworfen wird. Obwohl die BPA am Anfang etwas aufwändig sein kann, wird sie langfristig zu Ergebnissen führen. Die BPA sollte, sowohl in Bezug auf den Zeit- als auch den Arbeitsaufwand, als eine effizientere Arbeitsweise und nicht als eine zusätzliche Aufgabe für die Polizei betrachtet werden.

Die BPA erfordert eine **qualitative Messung**. Es kann eine wachsende Akzeptanz für gemeindebasierte Ergebnisse wie die kommunale Sicherheit, die Wahrnehmung von Angst und den Ruf nach Diensten beobachtet werden. Es sollten qualitative Ergebniskriterien wie die öffentliche Zufriedenheit und öffentliche Zusammenarbeit und die Nachhaltigkeit von Gemeinschaftsprojekten eingeführt und über quantitative Kriterien gestellt werden. Polizeibeamtinnen und -beamte, die bereit sind, neue Fähigkeiten zu erlernen, sollten für Anreize wie Beförderungsmöglichkeiten in Betracht gezogen werden und eine offizielle Anerkennung für ihre Leistungen erhalten. Quantitative Instrumente wie Anzahl der Festnahmen, Anzahl der Durchsuchungen sowie Kriminalitätsraten sind nicht geeignet für den BPA-Ansatz. Sie können die positiven Effekte des BPA-Ansatzes verzerren oder ihnen überhaupt keine Aufmerksamkeit zollen.

Es gibt eine **neue Generation von BPA**-Projekten, die **auf Technologie basieren**. Forschungsergebnisse haben die Bedeutung des Einsatzes dieser IKT-Instrumente als Unterstützung für die Erleichterung der und nicht als Ersatz für die Kommunikation und Interaktion hervorgehoben. Darüber hinaus sollte berücksichtigt werden, dass die Priorität bei der Nutzung dieser Instrumente darin bestehen sollte, die Kommunikation und Interaktion zu verbessern und nicht darin, Informationen zu sammeln. Und schließlich sollten die Gestalter bei der Entwicklung von IKT-Instrumenten für die BPA die Rolle von Legitimität, Vertrauen, Rechenschaftspflicht und dem Abbau traditioneller geografischer Grenzen berücksichtigen.

Polizeibeamtinnen und -beamte müssen **angemessen ausgebildet** sein, damit die BPA funktioniert. Die CEPOL definiert Aus- und Fortbildung einerseits und Bildung andererseits als zwei getrennte Begriffe. Eine erfolgreiche BPA hängt mehr vom Bildungs- als vom Aus- und Fortbildungsstatus der involvierten Polizeibeamten ab. Mit dieser Unterscheidung vor Augen haben wir fünf Zielgruppen identifiziert, die eine Aus- bzw. Fortbildung oder Bildung erhalten sollten: Regierung, Polizeiführung/-Management, BPA-Beamte, gewöhnliche Polizeibeamte und Gemeinschaften. Die CEPOL verbreitet Forschungsergebnisse und bewährte Praktiken, sorgt für eine breitere Verfügbarkeit der EUCPN-Toolboxen und hat ein Online-Lernmodul eingerichtet. Es wären jedoch zusätzliche Ressourcen erforderlich, damit die Agentur für einen „europäischen Stil“ der BPA ein Bildungs- und Aus-/Fortbildungskonzept entwickeln und fördern kann.

Die BPA sollte immer **lokal verankert** und an die lokale Situation und den sozialen Kontext angepasst sein. Eine lange Tradition in der Managementforschung zeigt, dass der soziale Kontext einen großen Einfluss auf die Bedeutung, Interpretation und Umsetzung von spezifischen Praktiken der Polizeiarbeit hat. Darüber hinaus ist die BPA in Ländern mit einem demokratischen Polizeimandat entstanden. In Regionen, in denen ein historisches Misstrauen herrscht, kann die Wiederherstellung des Vertrauens Jahrzehnte dauern. Daher sollte die BPA als Teil einer größeren Verlagerung vom Polizeiapparat zu Polizeidienststellen betrachtet werden, wobei die Polizei für die und in der Gemeinschaft tätig ist.

Die Präsenz der und Vertrautheit mit der Polizei sind entscheidende Aspekte der BPA. Es ist wichtig, dass der Gemeinschaft ausreichend Zeit eingeräumt wird, um die Polizeibeamten kennenzulernen, und Letztere verstehen, wie die Gemeinschaft funktioniert. Begegnungen zwischen Polizei und Öffentlichkeit sind entscheidend

für die Qualität der Beziehung. Um die Vertrautheit zwischen der Polizei und den Bürgern zu gewährleisten, können feste geografische Reviere in den Vierteln errichtet werden, die Sichtbarkeit verbessert und die Polizeibeamten besser zugänglich gemacht werden Präsenz und Vertrautheit sind von großer Bedeutung für die Wiederherstellung der Verbindung zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Polizei und die Erhöhung der Wahrscheinlichkeit, dass sich Erstere an Letztere wenden, Verbrechen melden, Zeugenaussagen machen und selbst das Gesetz befolgen.

Die Polizei sollte **sich über die lokalen Bedürfnisse informieren und diesen nachkommen**. Ein Problemlösungsansatz, der darauf abzielt, die Kriminalität auf strukturelle Art und Weise zu reduzieren und die Sicherheit zu erhöhen, ist ein wichtiger Aspekt der BPA. Die Polizei kann Kriminalität und Unruhe im Allgemeinen und in einer Vielzahl von Situationen reduzieren, indem sie einen strukturierten Problemlösungsprozess anwendet, um die Ursachen lokaler Probleme zu verstehen und anzugehen. Um zu erfahren, welche lokalen Bedürfnisse existieren, ist es beim Sammeln von Informationen über die Anliegen einer Gemeinschaft wichtig, eine einseitige Perspektive zu vermeiden. Um den lokalen Bedürfnissen gerecht zu werden, ist es wichtig, die zugrundeliegenden Ursachen der Probleme zu ermitteln und sich auf wiederkehrende, anstatt auf isolierte Muster von Vorfällen zu konzentrieren und sie als eine Gruppe von Problemen zu behandeln. Auf diese Weise kann eine vollständige und angemessene Reaktion gestaltet werden.

Eine kooperative Sicherheitsproduktion ist dann gegeben, wenn mehrere Akteure zusammenarbeiten, um eine gemeinsame Vision von Sicherheit zu verwirklichen. Die Polizei, die mit der Öffentlichkeit zum Zwecke der Problemlösung zusammenarbeitet, kann empfundene Unruhen reduzieren und das Vertrauen in und die empfundene Legitimation der Polizei verbessern. Eine enge zwischenstaatliche Zusammenarbeit ist erforderlich, da die Lösung kommunaler Probleme eine Aufgabe ist, an der alle relevanten staatlichen Stellen beteiligt sind. Wenn die Öffentlichkeit und andere Akteure in einem kooperativen Ansatz hin zu mehr Sicherheit mehr Verantwortung übernehmen, hat dieser Ansatz das Potenzial, dass die Polizeikräfte, ihre Ressourcen auf andere Kernaufgaben konzentrieren können.

Die wechselseitige Kommunikation zwischen Polizei und Öffentlichkeit sollte gefördert werden. Eine effektive, angemessene und zeitnahe Kommunikation ist entscheidend für einen erfolgreichen BPA-Ansatz. Dies erfordert einen sensiblen Balanceakt zwischen zu wenig und zu viel Kommunikation. Dennoch sollte die

Polizei proaktiv und regelmäßig mit der Öffentlichkeit kommunizieren und nicht nur als Reaktion auf eine bestimmte Aktivität oder einen Vorfall. Studien haben gezeigt, dass Menschen, die gut über Polizeiarbeit informiert sind, tendenziell positivere Meinungen von der Polizei haben. Eine Möglichkeit für die Polizei, die wechselseitige Kommunikation zu erleichtern, besteht darin, Veranstaltungen und Foren wie öffentliche Treffen und Tage der offenen Tür der Polizei zu schaffen. Die BPA sollte eine Vielzahl innovativer Ansätze umfassen, um schwer erreichbare Zielgruppen mit eventuell geringerem Sozialkapital zu erreichen. Die Notwendigkeit, diese Zielgruppen einzubeziehen, sollte sich im Ansatz gegenüber der Gemeinschaft widerspiegeln. Und schließlich ist es wichtig, der Öffentlichkeit die BPA in klarer Sprache zu erklären, indem man sich auf die Initiativen der BPA in ihrer Gemeinschaft, ihre Rolle in der BPA und das, was sie erwarten können, konzentriert.

EMPFEHLUNGEN

Der organisierte Expertenworkshop und die für diese gemeinsame Veröffentlichung vom EUCPN und der CEPOL durchgeführten Untersuchungen haben hinreichende Beweise dafür erbracht, dass das Konzept der **BPA in verschiedenen EU-Mitgliedstaaten Fuß gefasst hat**, wenn auch in unterschiedlicher Form, unter Verwendung unterschiedlicher Interpretationen und unter unterschiedlichen Bezeichnungen. Es gibt noch kein gemeinsames paneuropäisches Grundverständnis der BPA, geschweige denn einen einheitlichen europäischen Ansatz.

Im Wesentlichen sind angemessene Ressourcen erforderlich, um eine gemeinsame **EU-Vision zur BPA** zu verwirklichen. Erstens erfordert eine Aufgabe dieser Größe genügend Zeit. Zweitens sind ausreichende Ressourcen erforderlich, um alle relevanten wissenschaftlichen Veröffentlichungen in der gesamten EU zu nutzen und Sprachbarrieren zu überwinden. Drittens ist es wichtig, die richtigen Berater einzubeziehen, damit sie wichtige Erkenntnisse liefern und auf der Grundlage ihrer Expertise Nuancen herausarbeiten können. Diese Berater können Expertisen im akademischen Bereich, in der Polizeipraxis oder in anderen relevanten Bereichen haben. Viertens sollten die Perspektiven der Gemeinschaft einbezogen werden, um ein vollständiges Bild zu erhalten.

Darüber hinaus sollten zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um **das volle Potenzial der EU und ihre Kenntnisse und Erfahrungen in Bezug auf die BPA zu verstehen und zu nutzen**. Erstens sind mehrere Begriffe im Umlauf, die verwendet werden, um sich auf den BPA-Ansatz zu beziehen. Es ist empfehlenswert, sich auf eine innerhalb der EU zu verwendende einheitliche Bezeichnung zu einigen. Dies würde die Erkennbarkeit des Konzepts erhöhen und den Austausch von Wissen und bewährten Praktiken erleichtern. Zweitens ist die große Sprachenvielfalt innerhalb der EU zwar eine kulturelle Bereicherung, schafft jedoch auch ein Hindernis für den Austausch bestehender Erkenntnisse innerhalb der EU. Dies ist ein Nachteil für Kontinentaleuropa gegenüber der angelsächsischen Welt, die den Bereich der Kriminologie traditionell dominiert hat. Zusätzliche Anstrengungen für das Übersetzen relevanter Materialien (z. B. Zusammenfassungen relevanter Studien und Berichte) sind erforderlich, um den Wissensaustausch in der EU auszuweiten.

Wir hoffen, dass **Polizeichefs und Führungskräfte innerhalb von Polizeiorganisationen** sowie andere politische Entscheidungsträger und Akteure diese Toolbox zur Verwirklichung erfolgreicher BPA-Strategien nutzen werden. Eine

politische und organisatorische Einbindung ist wichtig, da die Umsetzung oder Verbesserung der BPA einen strukturellen und kulturellen Wandel innerhalb der Polizeiorganisation erfordert.

Und schließlich sollte die Frage diskutiert werden, inwieweit die BPA einen Platz in der größeren Sicherheitsunion hat. Sie könnte das Potenzial haben, einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheitsunion zu leisten und sollte in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden.

BIBLIOGRAFIE

Astrid, ‚La Police d'Anvers présente le "Combi 3.0" et Focus', https://www.astrid.be/fr/actualites/la-police-danvers-presente-le-combi-30-et-focus, 27. September 2018.

Österreichischer Vorsitz des EUCPN, ‚ECPA – Call for Projects', 6. Juli 2018.

Bottechia, O., ‚Vienna Process', Präsentation auf der EUCPN-Konferenz über bewährte Praktiken, Wien, 4. bis 6. Dezember 2018.

Brown, L. P., ‚Community policing: a practical guide for police officials', *Perspectives on policing*, US Department of Justice, Washington, DC, 1989.

Burton, S., und McGregor, M., ‚Enhancing SARA: a new approach in an increasingly complex world', *Crime Science*, 7:1, 2018, S. 1-5.

Carty, K., *Guidebook on democratic policing*, 2. Ausgabe, OSZE, Wien, 2008, S. 37.

CEPOL und EUCPN, ‚Joint activities by CEPOL and EUCPN in implementing the community policing initiative of the Austrian Presidency', Vermerk an die COSI-Delegationen, September 2018.

Colover, S., und Quinton, P., ‚Neighbourhood policing: impact and implementation — summary findings from a rapid assessment', https://whatworks.college.police.uk/research/documents/NP_REA_summary.pdf, 2019.

Cordner, G., ‚Community policing: elements and effects', in: *Critical issues in policing: contemporary readings*, R. G. Dunham und G. P. Alpert (Hrsg.), 7. Ausgabe, Waveland Press, 2015, S. 432-49.

Rat der Europäischen Union, Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zu bestimmten Aspekten der europäischen präventiven Polizeiarbeit (6205/1/19), Brüssel, März 2019.

Del Barrio Romero, F., Bjørgo, T., Jaschke, H.-G., Kwanten, C., Mawby, R. I. und Pagon, M., *Police science perspectives: towards a European approach: extended expert report*, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2009.

Den Heyer, G., ‚Is the development of policy in New Zealand based on Prevention First?', *Public Policy and Administration* 33:2, 2018, S. 127-148.

Development Services Group, Inc., *Community- and problem-oriented policing*, Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention, (https://www.ojjdp.gov/mpg/litreviews/Community_and_Problem_Oriented_Policing.pdf).

Emsley, C. ‚Community policing/policing and communities: some historical perspectives', *Policing: A Journal of Policy and Practice*, 1:2, 2007, S. 235-243.

Feltes, T., ‚Community-oriented policing in Germany: training and education', *Policing: An International Journal*, 25:1, 2002, S. 48-59.

Feltes, T., und Hofmann, R., *Information communications technology for community oriented policing: an international handbook for Kosovo*, ICT4COP-Projekt, 2018.

Gaines, ‚Community-oriented policing: management issues, concerns, and problems', *Journal of Contemporary Criminal Justice*, 10:1 (1994), S. 17-35.

Gill, C., et al., ‚Community-oriented policing to reduce crime, disorder and fear and increase satisfaction and legitimacy among citizens: systematic review', *Journal of Experimental Criminology*, 10, 2014, S. 399-428.

Goldstein, H., ‚On problem-oriented policing: the Stockholm Lecture', *Crime Science*, 7:1, 2018, S. 7.

Goldstein, H., ‚Improving policing: a problem-oriented approach', *Crime and Delinquency*, 25 (1979), S. 236-258.

Goldstein, H. ‚Toward community-oriented policing: potential, basic requirements, and threshold questions', *Crime and Delinquency*, 33:1 (1987), S. 6-30.

Hail, Y., ‚Unity: strengthening the connection between the police and the diverse communities they serve — findings from the Horizon 2020 Unity project', Präsentation während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today", Brüssel, 9. Oktober 2018.

Hogue, T., ‚Community based collaboration: community wellness multiplied', https://www.ncjrs.gov/app/abstractdb/AbstractDBDetails.aspx?id=168796, 1994.

Konze, A., und Nogala, D., ‚Higher police education in Europe: surveying recent developments', in:

C. Rogers und B. Frevel (Hrsg.), *Higher Education and police: an international view*, Springer International Publishing, 2018, S. 155-177.

Lee, H. D., et al., ‚Determinants of citizen support for community-oriented policing', *Police Practice and Research*, 20:1, 2019, S. 44.

Lewis, S., und Lewis, D.A., ‚Examining technology that supports community policing', in: *Proceedings of the SIGCHI Conference on Human Factors in Computing Systems*, Austin, Texas, Mai 2012 (verfügbar unter https://dl.acm.org/citation.cfm?doid=2207676.2208595).

Mastrofski, S., ‚Community policing as reform: a cautionary tale', in J. Greene und S. Mastrofski (Hrsg.), *Community policing: rhetoric or reality*, New York, Praeger, 1988.

Murphy, K., ‚Community engagement: considering adult-learning and problem-solving methodologies for police training', European *Police Science and Research Bulletin*, 16, 2017, S. 87-97.

OSZE, *Good practices in building police-public partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General*, OSZE-Sekretariat, Wien, 2008.

Pauwels, L., ‚Criminaliteitspreventie: achtergronden, theorieën en methodieken', Docunet, Gent, 2014, S. 194-197.

Peak, K. J., *Encyclopedia of community policing and problem solving*, Sage, Thousand Oaks, CA, 2013.

Task Force des Präsidenten zum Thema Polizeiarbeit im 21. Jahrhundert, *Final report of the President's Task Force on 21st Century Policing*, Office of Community Oriented Policing Services, Washington, DC, 2015, S. 51.

Pusca, B., Lang, G., und Kutschera, R., 'Joining forces for our security in Austrian community policing', in: *Community policing: a European perspective*, P. S. Bayerl et al. (Hrsg.), Springer, Cham, Schweiz, 2017, S. 111–24.

Ray, J. M., *Rethinking community policing*, LFB Scholarly Publishing LLC, 201.

Rosenbaum, D. P., ‚A critical eye on Neighborhood Watch: does it reduce crime and fear?', in: T. Hope und M. Shaw (Hrsg.), *Communities and crime reduction*, London, Her Majesty's Stationery Office.

Salzburg Forum Wienprozess Ministerkonferenz, Erklärung, Wien, Österreich, 12.–13. April 2018 (abgerufen unter http://www.salzburgforum.org/files/Joint_Declaration_2018_04_13.pdf).

Scott, M. S., ‚Pioneers in policing: Herman Goldstein', *Police Practice and Research*, 17:6 (2016), S. 582-595.

Segrave, M., und Ratcliffe, J., ‚Community policing: a descriptive overview', Australian Institute of Criminology, Canberra, 2004, S. 11.

Skogan, W. G., ‚Community participation and community policing', https://www.ipr.northwestern.edu/faculty-experts/docs/policing_papers/caps4.pdf, 1994,.

Skogan, W., Police and community in Chicago: a tale of three cities, New York, Oxford University Press, 2006.

Sučić, I., und Karlović, R., ‚Community policing in support of social cohesion', in: P. S. Bayerl et al. (Hrsg.), *Community policing: a European perspective*, Springer, Cham, Schweiz, S. 7-21.

Unity, Deliverable 3.3, Unity — 1st stakeholder analysis — comparative view on stakeholder needs and perspectives: differences between police and external parties and between countries, 2016.

Van Der Giessen, M., Brein, E., und Jacobs, G., ‚Community policing: the relevance of social contexts', in: P. S. Bayerl et al. (Hrsg.), Community policing: a European perspective, Springer, Cham, Schweiz, 2017, S. 37-50.

Verhage, A., und Ponsaers, P., ‚Community policing as a police strategy: effects and future outlook', EUCPN-Sekretariat (Hrsg.), EUCPN-Themenpapier Nr. 3, Brüssel, EUCPN, 2012.

ANHANG: BEWÄHRTE PRAKTIKEN

Weitere Informationen zu allen hier aufgeführten Projekten finden Sie in unserem Wissenszentrum (unter www.eucpn.org).

ÖSTERREICH:
Security. Together in Austria

Kurzbeschreibung
Der Leitgedanke des Projekts „Security. Together in Austria“ ist die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Gestaltung der inneren Sicherheit. Diese Idee der Intensivierung der Bürgerbeteiligung wird durch das Konzept der BPA verfolgt, wobei die Akteure zu einer Gemeinschaftspartnerschaft zusammengeführt werden, in deren Rahmen gemeindebasierte Präventionsarbeit und effektive Kriminalprävention durchgeführt werden. Die verstärkte Beteiligung der Bürger an der Kriminalprävention und die Institutionalisierung dieser Sicherheitspartnerschaft zwischen der Bevölkerung und der Polizei sollten zu einer Verbesserung der öffentlichen Sicherheit in der unmittelbaren Wohnumgebung beitragen und das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung deutlich erhöhen. Um dies zu realisieren, werden neue Organisationsstrukturen innerhalb und außerhalb der Polizei aufgebaut und neue Arbeitsprozesse in die tägliche Polizeiarbeit integriert.

Start/Dauer
Das Projekt begann am 1. April 2014 und läuft nach wie vor im Rahmen eines standardisierten Prozesses.

Hintergrundrecherche
Wissenschaftliche Studien haben gezeigt, dass trotz des Trends eines stetigen Rückgangs der tatsächlich aufgetretenen Kriminalität in Österreich das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zurückgegangen ist. Diese Daten bestätigten den Wunsch des österreichischen Innenministeriums, die Gemeinschaft stärker in die Suche nach kollektiven Antworten auf gemeinsame Probleme einzubeziehen. So wurde „Security. Together in Austria“ geboren.

Budget
Das Projekt erhielt keine externen Mittel, sondern wurde vollständig vom österreichischen Innenministerium finanziert.

Art der Evaluation
Während des gesamten Umsetzungsprozesses der Initiative fand eine Prozessevaluation statt, die von der Universität Wien durchgeführt wurde.

Maßnahmen zur Optimierung der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wurden entsprechend den Ergebnissen der Evaluation entwickelt oder geändert. Darüber hinaus wurde eine interne Ergebnis- und Wirkungsevaluation durch das Projektbüro des österreichischen Bundeskriminalamts durchgeführt.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Prozessevaluation durch die Universität Wien; interne Bewertung durch das Projektbüro des österreichischen Bundeskriminalamts.

Art der Datenerfassungsmethode
Zur Durchführung der internen Evaluation wurden in Stichprobenbezirken Daten zum subjektiven Verständnis von Sicherheit erhoben. Das wichtigste Instrument für die Datenerhebung waren Fragebögen; die Antworten der Bürger wurden als Indikatoren genutzt.

BELGIEN:
Neighbourhood Conciergerie

Kurzbeschreibung
„Neighbourhood Conciergerie“ ist ein von der Gemeinde entwickelter lokaler öffentlicher Dienst, der darauf abzielt, die Beziehungen zwischen Bewohnerinnen und Bewohnern (und Menschen, die zwar dort arbeiten, aber nicht dort leben) in einem streng definierten Viertel auf dem Gebiet der Gemeinde zu erleichtern und zu fördern. Das Hauptziel des Projekts ist die Verbesserung der Lebens- und Umweltqualität in der Nachbarschaft. Das Gefühl der Unsicherheit kann viele Formen annehmen, und so wurde ein „Space“ für eine effiziente Kommunikation auf allen Ebenen geschaffen: Die Bewohnerinnen und Bewohner können ihre Beobachtungen und Fragen austauschen und Probleme in Bezug auf die Sicherheit melden. Alle Akteure im ausgewiesenen Gebiet können ihre Fragen bearbeiten und erhalten eine Frist für die vorgeschlagene Lösung. Alle Menschen, die für die Gemeinde arbeiten, widmen sich diesem spezifischen Gebiet und sind daher gut bekannt. Sie können Bürgerinnen und Bürger an andere Agenturen verweisen (Agentenloyalität des Sektors Conciergerie de Quartier).

Start/Dauer
Das Projekt begann am 27. Oktober 2017 und läuft nach wie vor.

Hintergrundrecherche
Bei der Nachbarschaft, auf die sich das Projekt richtet, handelt es sich um ein Gebiet, über das bei den lokalen Behörden Meldungen verschiedener akuter Probleme wie Belästigung, soziale Unruhen und Kriminalität eingehen. Ausgangspunkt war daher eine vom Bürgermeister angeforderte und durch polizeiliche Statistiken und sozialstatistische Daten (über Soziales, Wohnen usw.) untermauerte Bewertung, um ein genaues Bild der Situation zu erhalten.

Budget
Die Implementierungskosten der „Neighbourhood Conciergerie" betrugen 25.000 EUR und die jährlichen Betriebskosten belaufen sich auf 33.500 EUR.

Art der Evaluation
Es wurde eine Prozess- und eine Wirkungsevaluation durchgeführt.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Beide Evaluationen wurden von einem internen Gutachter (einem lokalen Beamten, der für die Evaluation von Maßnahmen oder Präventionsprojekten der Gemeinde zuständig ist) durchgeführt. Er erstattet zudem der Föderalverwaltung (dem Innenministerium) Bericht.

Art der Datenerfassungsmethode
Die Indikatoren für die Prozessevaluation bestehen darin, die Konsistenz der Aktivitäten zu messen: Verfügbarkeit von Personal; Weiterverfolgung von Anfragen: Interventionen; bereitgestellte Lösungen; Zeitaufwand für die Einführung von Lösungen; Kostenüberwachung und Überwachung des Arbeitsplans. Die Wirkungsevaluation hat die polizeilichen Statistiken für die Gebiets- und Vorfallberichte gemessen, wobei bestimmten Aspekten Vorrang eingeräumt wird. Zudem wurde eine Qualitätsumfrage auf der Straße durchgeführt.

BULGARIEN:
Child Police Station

Kurzbeschreibung
Das Projekt „Child Police Station" ist ein langfristiges Präventionsprogramm des Innenministeriums für die frühzeitige Prävention unter Jugendlichen. Es erfüllt außerdem eine der Hauptaufgaben der Polizei, nämlich die der Bürgernähe

und des Gespürs für die Probleme der Menschen. Das Projekt wird als außerschulisches Training durchgeführt. Die Idee ist, Kindern auf lockere Weise etwas über den Schutz ihres Lebens und des Lebens ihrer Freunde, über den Umgang mit schwierigen Situationen und verschiedenen Herausforderungen zu Hause, in der Schule und in den Bergen, über ihre Rechte und ihre Verantwortung für die Gesellschaft, über Teamarbeit, Respekt und Toleranz gegenüber den Meinungen anderer und denen gegenüber, die anders sind als sie, beizubringen.

Start/Dauer
Das Projekt begann am 16. Mai 2016 und läuft nach wie vor.

Hintergrundrecherche
Der Hauptgrund für die Einrichtung des Projekts war, auf nationaler Ebene eine große Gruppe von Jugendlichen mit einer einheitlichen Methodik unter Beteiligung mehrerer staatlicher und öffentlicher Institutionen, die eine Mission zu erfüllen haben (darunter das Ministerium für Bildung und Wissenschaft, das bulgarische Rote Kreuz und die bulgarische Orthodoxe Kirche) zu unterrichten.

Budget
Die Hauptaktivitäten erhielten ihre Mittel vom Innenministerium und den zuständigen Bezirksdirektionen des Ministeriums und nationale Wettbewerbe wurden im Rahmen des Projekts „Stärkung des Kinderschutzes und der Prävention der Jugendkriminalität“ im Rahmen des bulgarisch-schweizerischen Kooperationsprogramms finanziert.

Art der Evaluation
Die Informationen über die abgeschlossenen Projektaktivitäten wurden auf nationaler Ebene zusammengefasst.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Die Generaldirektion der nationalen Polizei wurde alle sechs Monate über die Anzahl der Schulungseinheiten, die Anzahl der Kursteilnehmer/-innen und Schulungsleiter sowie den Zeitplan für die kommenden Vorträge und Veranstaltungen informiert.

Art der Datenerfassungsmethode
Am Ende des ersten Ausbildungsjahres erstellte das Institut für Psychologie des Innenministeriums Fragebögen für die Teilnehmenden von „Child Police Station“, ihre Eltern und ihre Lehrer. Im Rahmen dieser Umfrage bewerteten die Kinder, Eltern, Lehrer und Ausbilder das Programm.

KROATIEN:
Together we can do more

Kurzbeschreibung
Durch ihre BPA-Strategie spielte die Polizei eine proaktive Rolle, identifizierte die Bedürfnisse der Gemeinschaft und mobilisierte verschiedene Interessengruppen der Gemeinschaft, um zu einer effizienten Prävention, sowohl in Bezug auf die Primär- als auch auf die Kriminalprävention, beizutragen. Durch die Mobilisierung der lokalen Gemeinschaft gelang es der Polizei, die Zielvorgaben klar zu definieren und die Ergebnisse zu messen, die später durch die Evaluation bestätigt wurden.

Man kann schlussfolgern, dass das Präventionsprojekt mit dem Titel „Together we can do more“ zu einer erfolgreichen Primärprävention beigetragen hat, die darauf abzielt, den Missbrauch von Drogen und anderen Suchtmitteln, Vandalismus, Peergewalt und andere Formen strafbaren Verhaltens sowie einige Kategorien von Verbrechen zu verhindern.

Start/Dauer
Die Umsetzung des Projekts begann am 15. Juli 2004 im Gebiet der Stadt Zagreb und läuft nach wie vor.
Seit 2010 wird das Projekt in der gesamten Republik Kroatien durchgeführt.

Hintergrundrecherche
Der Grund für die Einrichtung des Projekts war die Umsetzung der neuen BPA-Strategie, die zu unterschiedlichen Prioritäten und Polizeistrategien führte. Problemlösung und Partnerschaft wurden als Schlüsselkomponenten der BPA anerkannt. Die Aufmerksamkeit der Polizei und der lokalen Gemeinschaften hat sich zunehmend auf die Prävention von Drogenmissbrauch und anderen Suchtmitteln, Vandalismus, Peergewalt und anderen Formen von riskantem Verhalten konzentriert und das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für Selbstschutzmaßnahmen geschärft.

Budget
Das Projekt wird hauptsächlich von der lokalen und dezentralen Regierung finanziert, insbesondere von der Stadt Zagreb, dem Kreis Zagreb, der Stadt Velika Gorica, der Stadt Samobor, der Stadt Zaprešić, der Stadt Jastrebarsko und der Stadt Sveta Nedjelja.
Die Gesamtkosten für die Durchführung des Projekts belaufen sich auf 1.030.491 EUR.

Art der Evaluation
Eine externe Evaluation wurde mehrmals durch quantitative Forschung mithilfe einer Felddatenerhebungsmethode durchgeführt.
Darüber hinaus wurde eine interne

Wirkungsevaluation durchgeführt, die auf den statistischen Indikatoren der Polizei über den Stand der Dinge im Bereich der Kriminalität basiert.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Die externe Evaluation wurde vom Institut für Psychologie der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften der Universität Zagreb durchgeführt.
Die interne Wirkungsevaluation wurde von der Präventionsabteilung der Generalpolizeidirektion durchgeführt.

Art der Datenerfassungsmethode
Die Evaluation erfolgte in den Schuljahren 2012/2013 und 2015/2016 durch eine Umfrage unter Schülern, ihren Eltern und Lehrkräften an Schulen.

TSCHECHIEN:
Safe Region – Safe City

Kurzbeschreibung
Das Projekt „Safe Region – Safe City“ reagiert auf lokaler Ebene auf Sicherheitsbedrohungen und auf die Notwendigkeit, das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls und zur Reduzierung von Kriminalität fördert das Projekt den koordinierten Informationsaustausch, die Analyse der aktuellen Situation, die gemeinsame Verantwortung, das Vorausdenken und die Planung sowie die Umsetzung spezifischer Aktivitäten. Das Projekt wurde in mehr als 35 Gemeinden in der Mittelböhmischen Region in Tschechien durchgeführt.

Start/Dauer
Das Projekt begann am 1. April 2014 und läuft nach wie vor.

Hintergrundrecherche
Das Projekt wurde eingerichtet, um einzelne Stadtprojekte in der Mittelböhmischen Region abzudecken. Diese Projekte basieren auf langjährigen Erfahrungen, die darauf hindeuten, dass eine enge Zusammenarbeit aller an einem bestimmten Standort beteiligten Akteure gewährleistet sein muss, damit die Polizeiarbeit zur Kriminalprävention wirklich effektiv ist.

Budget
Bisher betrugen die Kosten des Projekts 643.000 CZK (ca. 25.100 EUR). Das Projekt nutzt die vorhandenen materiellen und personellen Ressourcen. Einige materielle Ressourcen wurden im Rahmen des Projekts modernisiert.

Art der Evaluation
Sowohl Prozess- als auch

Wirkungsevaluationen werden intern durchgeführt.

Die Effektivität des Prozesses wird laufend intern bewertet. Im Hinblick auf die Wirkung des Projekts besteht der wichtigste Ergebnisfaktor darin, dass das an die Polizei ausgehändigte Material ordnungsgemäß als illegal eingestuft wurde.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Es handelt sich bei beiden Evaluationen um im Rahmen regelmäßiger Koordinierungstreffen durchgeführte interne Evaluationen.

Art der Datenerfassungsmethode
Das Projekt wurde auf der Grundlage der Beobachtung der Sicherheitslage und der Kriminalitätstrends kontinuierlich evaluiert. Darüber hinaus ist die Anzahl der Städte, die dem Projekt beitreten, ein weiteres Evaluationskriterium.

DÄNEMARK:
Safe Neighbourhoods in Køge

Kurzbeschreibung
„Safe Neighbourhoods in Køge“ ist ein Projekt, bei dem die Polizei viel stärker mit der Öffentlichkeit zusammengearbeitet hat, als sie es normalerweise tut. Dabei arbeitet sie mit lokalen Fachleuten und Mitgliedern einer sozialen Wohnungsbaugesellschaft zusammen, um die mit der Bandenkriminalität zusammenhängende Kriminalität zu bekämpfen und eine Umgebung in einem sozial benachteiligten Gebiet wieder sicher zu machen, wodurch soziale Unruhen und die Abwanderung der Anwohner verhindert werden. Die Interessengruppen haben Insiderwissen über Einzelpersonen und Familien und erhalten gegenseitigen Zugang zu Daten, einschließlich der Nutzung von Beobachtungen der Anwohner, genutzt, um eine Gang aufzulösen.

Start/Dauer
Das Projekt begann am 1. August 2017 und läuft nach wie vor.

Hintergrundrecherche
Es war äußerst wichtig, die Probleme mit der lokalen Gang zu lösen, um das größere Projekt der sozialen Gemeinschaft besser funktionieren zu lassen. Alle Interessengruppen – der Polizeichef John Jensen, der Chef der Grundstücksverwaltung Niels Bannergaard und die Projektleiter des Gemeinschaftsprojekts – kamen zusammen und gaben das Versprechen ab, ihre gesamten Anstrengungen darauf zu richten, die mit der Gang

verbundenen Verbrechen zu stoppen. In diesem Prozess arbeiteten sie außerdem mit der Gemeinde und insbesondere mit Sozialarbeitern, dem IRS und den Arbeitsvermittlern zusammen. Die Bestrebungen basierten auf Daten der Polizei über die beteiligten Gang-Mitglieder, auf Daten über Mieter und Videoüberwachungsmaterial aus der Grundstücksverwaltung sowie auf Daten über bestimmte Jugendliche aus dem lokalen Gemeindeprojekt.

Budget
Das Projekt wurde für einen Zeitraum von vier Jahren vom sozialen Wohnungsbauprojekt initiiert und von Landsbyggefonden (einer Stiftung für den sozialen Wohnungsbau, die finanzielle Mittel für Erneuerungsprojekte sowie Gemeinschaftsarbeit in sozialen Wohnanlagen in Dänemark bereitstellt) finanziert. Die Hauptanstrengungen erfolgten jedoch unter Verwendung von Ressourcen, die den Beteiligten bereits zur Verfügung standen.

Art der Evaluation
Die Gruppe hinter dem Projekt hat eine interne Evaluation des Projekts durchgeführt, das so erfolgreich war, dass das Verfahren heute als „Karlemose-Modell“ bezeichnet wird und in anderen Wohngebieten von Køge eingesetzt wurde.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Siehe oben.

Art der Datenerfassungsmethode
Es wurde keine offizielle Ergebnisevaluation durchgeführt. Es gibt jedoch Beobachtungen, die auf einen Rückgang von Kriminalität und Angst hinweisen.

ESTLAND:
The SPIN programme

Kurzbeschreibung
Das SPIN-Programm ist ein erfolgreiches auf Sport basierendes Interventionsprogramm für 10- bis 18-Jährige aus Gebieten mit geringeren Chancen für junge Menschen und hoher Jugendkriminalität. Das Hauptziel des Programms ist es,

Entwicklungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen und das unsoziale Verhalten junger Menschen zu reduzieren. Das langfristige Ziel ist es, die Jugendkriminalität zu verringern, stärkere Gemeinschaften aufzubauen, die Quote der Bildungsabbrecher zu senken und die Zahl der jungen Menschen, die zu qualifizierten Arbeitskräften werden, zu erhöhen.

Das Programm vereint mehrere Interessengruppen, die auf dieselben Ziele hinarbeiten, aber nicht unbedingt auf täglicher Basis zusammenarbeiten (Schulen, Polizei, Kommunalverwaltung, Fußballvereine, Unternehmen des privaten Sektors) und schafft damit ein Netzwerk zur Verwirklichung der Ziele des Programms, zu denen auch die Schaffung sicherer Gemeinschaften gehört.

Start/Dauer
Das Projekt begann am 7. Januar 2015 und läuft nach wie vor.

Hintergrundrecherche
Die Zielgruppe und ihre sozialen Probleme wurden vor der Aufstellung des Programms eingehend und auch während des Programms vom Innenministerium analysiert. Auch die Startfinanzierung aus dem Europäischen Sozialfonds war an die Erfüllung bestimmter Evaluationskriterien geknüpft. Um die am besten geeignete Zielgruppe für die Intervention zu finden, wurden Vorkommnisse von Jugendkriminalität und Zusammenstöße mit der Polizei berücksichtigt; eine Beteiligung an Verbrechen oder ein Zusammenstoß mit der Polizei waren Verhaltenskriterien, die bei der Auswahl der Teilnahme junger Menschen am Programm berücksichtigt wurden.

Budget
Das Projekt wird vom Europäischen Sozialfonds, dem Innenministerium, dem British Council, der UEFA-Stiftung für Kinder, Tallinna Vesi AS, sowie den Städten Narva, Tartu, Kohtla-Järve und Rakvere finanziert.
Die durchschnittlichen Kosten für eine Gruppe (von bis zu 32 Kindern) betragen 18.500 EUR pro Jahr.

Art der Evaluation
Es wurden sowohl Prozess- als auch Wirkungsevaluationen durchgeführt.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Die Prozessevaluation wird intern durchgeführt und von einem Lenkungsausschuss, an dem die wichtigsten Partner des Programms teilnehmen, bestätigt.

Es wurde ein Wirkungsbericht über SPIN veröffentlicht; die Forschung

wurde von Sozialwissenschaftlern der Universität Tartu durchgeführt.

Art der Datenerfassungsmethode
Die Prozessevaluation erfolgt überwiegend auf der Grundlage der Projektziele und der vom Europäischen Sozialfonds festgelegten Indikatoren.

ERSTER PLATZ

FINNLAND:
The Forssa Approach

Kurzbeschreibung
„The Forssa Approach to mediation in polarisation and intergroup conflicts“ ist ein Projekt, das auf einer eingehenden Studie basiert, die 2016 in der finnischen Stadt Forssa durchgeführt wurde. Ziel des Projekts war es, Gewaltverbrechen und Konflikte zwischen lokalen Jugendlichen und Bewohnern eines Aufnahmezentrums für Migranten zu reduzieren. Das Projekt richtete sich zudem an alle Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde, da die Menschen in der Stadt die angespannte Atmosphäre bemerkten. Das Projekt zielte darauf ab, das Gefühl der Sicherheit wiederherzustellen, die polarisierte Situation zu entschärfen und weitere Zusammenstöße in der Stadt zu verhindern.

Der Forssa-Ansatz beinhaltet eine neutrale und transparente Kommunikation und multidisziplinäre Zusammenarbeit, die den Informationsaustausch und die Koordination von Aktivitäten ermöglicht. Das Projekt beruhigte die Situation in Forssa und entschärfte gruppenübergreifende Konflikte und Polarisierungen zwischen Einheimischen und Asylbewerbern. Die Gewalttaten endeten vollständig.

Start/Dauer
Am 16. August 2016 tagte das multidisziplinäre Team zum ersten Mal. Die Aktivitäten der Gemeinschaftsmediation begannen im September 2016. Der Dialog zwischen den Parteien wurde bis zum Frühjahr 2017 fortgesetzt.

Am 22. November 2016 wurde das Projekt teilweise abgeschlossen, als das in Schulen implementierte Jugendmedienprojekt beendet war.

Hintergrundrecherche
Der Kontext wurde auf der Grundlage der gemeldeten Kriminalität und der Daten von Streifenpolizisten des Viertels und Behörden sorgfältig analysiert.

Budget
Das Community Mediation Centre erhält seine Mittel hauptsächlich vom Funding Centre for Social Welfare and Health Organisations (STEA).

Art der Evaluation
Das Team führte kontinuierlich eine interne Prozessevaluation über die Fortschritte bei der Gemeinschaftsmediation, die Zusammenarbeit, den Dialog und die Vertrauensbildung durch (die Berichte enthalten vertrauliche Informationen über die beteiligten Parteien und sind nicht öffentlich zugänglich). Zusätzlich wurde eine Ergebnisevaluation durchgeführt.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Die Ergebnisevaluation wurde von der Polizei durchgeführt.

Art der Datenerfassungsmethode
Die Polizei überwachte die Situation und die Statistiken. Die Ergebnisse des Projekts können auf der Grundlage der polizeilichen Daten (polizeilich gemeldete Straftaten, Informationen von Straßenpatrouillen) und durch die Verwendung eines Pre-Test-Post-Test-Designs bewertet werden.

FRANKREICH:
The Territorial Contact Brigade

Kurzbeschreibung
„The territorial contact brigade“ (TBC, zu Deutsch: Die territoriale Kontaktbrigade) ist Teil der täglichen Sicherheitspolizei. Ihr Ziel ist es, die Verbindung zwischen der Gendarmerie, der Bevölkerung und den gewählten Vertretern des öffentlichen Sektors zu stärken. Diese TBC ist insofern innovativ, als die Gendarmerie beschlossen hat, Personal einzusetzen, um die Mission eines Vollzeitkontakts in ihren Wahlkreisen zu erfüllen. Das für diese Mission eingesetzte Personal ist ständig vor Ort und trägt dazu bei, gute Beziehungen zu den Gendarmen zu gewährleisten, wenn die Situation es erfordert. Dieses Projekt, das an die Bedürfnisse und die Erwartungen und Besonderheiten einer Nachbarschaft angepasst ist, wird sowohl von der Bevölkerung als auch

den gewählten Beamten geschätzt. Unterstützt durch ein starkes digitales Projekt, NEOGEND, das digitale Unterstützung vor Ort bietet, fördert es die Wiederherstellung der Maßnahme und der „schwachen Signale“ und trägt gleichzeitig zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl in der Gemeinde bei. Es handelt sich um eines der wichtigsten Projekte, die im Rahmen der kontinuierlichen Verbesserung der Gendarmerie durchgeführt werden, um trotz realer Haushaltsbeschränkungen einen qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienst in einem komplexen Sicherheitskontext zu gewährleisten.

Start/Dauer
Das Projekt begann am 1. Februar 2017 und läuft nach wie vor.

Hintergrundrecherche
Dieser Ansatz wurde infolge einer großen soziologischen Studie eines Sachverständigen für Sicherheitsfragen umgesetzt. Er bemerkte ein starkes Bedürfnis nach Sicherheit und Nähe in einer Zeit, in der die Gendarmerie, die von Maßnahmen gegen Terrorismus, illegale Einwanderung und Radikalisierung beansprucht wird, eine größere Distanz zur Bevölkerung aufwies. Daher wurde beschlossen, den Dienst neu aufzustellen und Versuche durchzuführen, um durch mehr Kontakt eine neue Nachbarschaft zu schaffen und das Sicherheitsgefühl der Öffentlichkeit zu erhöhen.

Budget
Die Kosten für die Einrichtung einer TBC mit vier Gendarmen sind gering, da es sich im Wesentlichen um die Umnutzung einer bestehenden Einheit handelt. Es entstehen somit keine Kosten für zusätzliches Personal oder Ausrüstung. Die Gesamtkosten betragen ungefähr 17.400 EUR.

Art der Evaluation
Zu mehreren Themen wird sowohl eine interne Prozess- als auch eine Wirkungsevaluation durchgeführt.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Die Wirkungsevaluation wurde von dem für die Aktivität verantwortlichen Teil und von dem für die Inspektion der Dienste verantwortlichen Teil der Gendarmerie als auch von den Bürgern durchgeführt.

Art der Datenerfassungsmethode
Die Evaluation misst den Grad der Zufriedenheit mit den gewählten Beamtinnen und Beamten.

DEUTSCHLAND: WALK AROUND YOUR HOOD

Kurzbeschreibung
Das Projekt „Walk around your Hood – Interdisciplinary Security Audits to identify Feelings of (In)Security and Hot Spots“ ist ein Instrument, um zwischen Orten, an denen sich Menschen unsicher fühlen (Angsträume) und echten Kriminalitätskrisenherden (Gefahrenorte) zu unterscheiden, und den Zusammenhang mit Kriminalitätsfurcht zu verstehen. Systematische Sicherheitsaudits im lokalen Kontext ermöglichen es den Interessengruppen, sich auf Bereiche zu konzentrieren, die unter alltäglicher Kriminalität und Unruhen leiden, durch die Menschen, die ansonsten in gepflegten Nachbarschaften leben, gestört werden. Durch den Einsatz dieses Instruments könnten die Möglichkeiten zur Begehung von Straftaten verringert und das Sicherheitsgefühl gestärkt werden.

Start/Dauer
Das Projekt startete 2016 und läuft nach wie vor.

Hintergrundrecherche
Grundlage des Projekts war die Leitlinie „Sichere Orte und Räume“ der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen (kurz: SiPa). Die Leitlinie (im Internet verfügbar) wurde aufgrund ihres Umfangs in der Vergangenheit nicht im gewünschten Ausmaß verwendet. Deshalb hat das Kompetenzzentrum für Stadtsicherheit in einem Forschungsprojekt eine barriere- und anwenderfreundlichere Version getestet, in der die Interessengruppen von einer fachkundigen Person unterstützt werden. Der Test erwies sich als erfolgreich, und die Fallstudienstädte Braunschweig, Emden und Lüneburg äußerten jeweils den Wunsch, das Instrument aufgrund seines Mehrwerts für die Leitlinie auch weiterhin zu nutzen.

Budget
Das Bundesministerium für Bildung und Forschung förderte das Forschungsprojekt im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“.

Art der Evaluation
Eine Prozessevaluation war Teil des Projekts und wurde intern nach dem Motto „Learning by doing – making changes in process“ durchgeführt. Eine Ergebnisevaluation der Leitlinie „Sichere Orte und Räume“ wurde 2014 extern durchgeführt.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Die Ergebnisevaluation erfolgte im Auftrag des Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Zusammenarbeit mit der SiPa; der Auftragnehmer, Prof. Dr. Herbert Schubert von Sozial-Raum-Management, Büro für Forschung und Beratung, bewertete die Leitlinie in einem Praxistest.

Die Prozessevaluation wurde vom Rat der Association of Regions der Tschechischen Republik durchgeführt. Die Ergebnisevaluation wurde vom Leiter des Projekts „Regions for safer internet“ durchgeführt.

Art der Datenerfassungsmethode
Es wurde eine Vielzahl von Analysemethoden benötigt und oft mehrere Auswertungsschritte durchgeführt. Während des Tests wurden die Ergebnisse und Indikatoren den Interessengruppen mitgeteilt, damit Anpassungen vorgenommen werden konnten.

UNGARN:
My neighbour is the policeman!

DRITTER PLATZ

Kurzbeschreibung
„My neighbour is the policeman!“ ist ein Projekt der lokalen Regierung, das von der Zugló Public Security Non-Profit Ltd. (ZKNP) durchgeführt wird und darauf abzielt, die Arbeit der lokalen Polizisten im Bezirk 14 von Budapest, namens Zugló, zu unterstützen und anzuerkennen.
Den Polizisten wurden hochwertige Infrastrukturgeräte und verteilbare Materialien mit direkten Kontaktinformationen und Fotos zur Verfügung gestellt, die zudem in einer Kommunikationskampagne vorgestellt wurden. In der nächsten Phase konzentrierte sich das Projekt auf die Schaffung eines Netzwerks der öffentlichen Sicherheit mithilfe von „Police Cafés“, einer Technik zur Schaffung von Gemeinschaften. Die lokalen Polizeibeamten und die Vertreter der Zivilgesellschaft und der Berufsverbände erstellten gemeinsam eine Karte mit den Problemen und suchten nach Lösungen für die aufkommenden allgemeinen und spezifischen Probleme.

Start/Dauer
Das Projekt begann am 1. Januar 2015 und läuft nach wie vor.

Hintergrundrecherche
Mehrere Faktoren rechtfertigten die Einführung des Projekts.
Eine im August 2014 von Strategopolis Ltd. im Rahmen eines kommunalen Projekts durchgeführte Telefonumfrage ergab, dass die Anwohnerinnen und Anwohner mit den Maßnahmen für die öffentliche Sicherheit und den Polizeidiensten nur mäßig zufrieden waren.

Diese Ergebnisse motivierten die lokale Regierung und ZKNP, Ressourcen zu mobilisieren: Es wurden Mittel für den Ausbau der polizeilichen Infrastruktur bereitgestellt und unter Verwendung eines umfangreichen lokalen Netzes von Beziehungen wurde eine umfassende Zusammenarbeit in Fragen der öffentlichen Sicherheit eingeleitet.

Tomis Károly, ein lokaler Polizeibeamter, führte eine erfolgreiche Bürgerinitiative durch. Dabei präsentierte und überreichte er Plakate und verteilbares Material mit Fotos in öffentlichen Einrichtungen und Geschäften, was zum aktuellen Gemeinschaftsprogramm der Polizei führte.

Budget
Das Projekt wird direkt und hauptsächlich von der Gemeinde Zugló über die ZKNP finanziert.

Art der Evaluation
Die Vertreter der Institutionen, die das Projekt durchführen (ZKNP, Bezirkspolizeipräsidium von Zugló), nehmen vierteljährlich eine Überprüfung und Bewertung der Projekterfahrungen vor und planen dementsprechend weitere Schritte.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Siehe oben.

Art der Datenerfassungsmethode
Das gewonnene Feedback wurde in drei Projektphasen genutzt:

- Bewertung und Entwicklung der von der Polizei geforderten und von ZKNP erhaltenen Vermögenswerte;
- Entwicklung der Humanressourcen in Übereinstimmung mit einer früheren Bewertung;
- Bewertung der „Police Cafés“ in Form einer Aufsicht.

IRLAND:
Use Your Brain Not Your Fists

Kurzbeschreibung
Im September 2016 startete An Garda Síochána zum ersten Mal die nationale Sensibilisierungskampagne „Use Your

Brain Not Your Fists“, um Übergriffe gegen Personen zu bekämpfen, die nicht im Wohnungskontext auftraten. Die Sensibilisierungskampagne war für Wiederholungen ausgelegt und wurde seit ihrer Einführung mehrmals umgesetzt.
Frühere Kampagnen zur persönlichen Sicherheit, die von An Garda Síochána gefördert wurden, konzentrierten sich auf Opfer von Straftaten und darauf, wie Menschen sich und ihr Eigentum an öffentlichen Orten schützen können. Die Kampagne „Use Your Brain Not Your Fists“ war die erste ihrer Art in Irland, die sich direkt an potenzielle Angreifer richtete.

Start/Dauer
Das Projekt begann am 12. September 2016 und läuft nach wie vor.

Hintergrundrecherche
Aufgrund einer Zunahme der Kriminalität, die als mit dem „Nachtbetrieb“ verbunden identifiziert wurde, wurden von der Garda National Crime Prevention Unit eine Reihe von Sensibilisierungskampagnen für die Prävention von Straftaten in den sozialen Medien konzipiert. Die Social-Media-Kampagne „Be Safe Be Streetwise“, die darauf abzielte, nächtliche Diebstähle und Raubüberfälle auf persönliches Eigentum zu verhindern und eine verbesserte persönliche Sicherheit zu fördern, wurde gut von der Öffentlichkeit angenommen. Auf diese Kampagne folgte die Kampagne zur Prävention von Übergriffen „Use Your Brain Not Your Fists“.

Budget
Das PR- und Werbeelement der Kampagne kostete rund 160.000 Euro zzgl. Mehrwertsteuer. Die Finanzierung erfolgte aus dem Garda-Haushalt.

Art der Evaluation
Es gab eine externe Bewertung der Kampagne „Use Your Brain Not Your Fists“ und Kantar Media stellte einen Medienbericht zur Verfügung.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Siehe oben.

Art der Datenerfassungsmethode
Der Medienbericht bietet einen kompletten qualitativen Überblick über die Berichterstattung in Presse, Rundfunk, Online- und sozialen Medien im Zusammenhang mit der Sensibilisierungskampagne „Use Your Brain Not Your Fists“ vom 12. bis 28. September.

LITAUEN:
Šiauliai District Discovers a Security Formula

ZWEITER PLATZ

Kurzbeschreibung
Das Projekt wurde bei den nationalen Preisen für Präventionsprojekte und Gemeinschaftsinitiativen 2018 (Ministerium für Inneres, Republik Litauen) als bestes Kriminalpräventionsprojekt ausgezeichnet.

Weltweit wird jede Gemeinschaft ein sicheres Lebensumfeld einem unsicheren Umfeld vorziehen. Die Hauptidee des Projekts besteht darin, zu betonen, dass die Bemühungen zur Kriminalitätsprävention alle Teilnehmer einbeziehen müssen: die Regierung, die lokalen Behörden, die Polizei, NGOs, die Medien und die Gemeinschaften.

Hauptziel war es, die Sicherheitslage im Bezirk Šiauliai zu verbessern, die Zahl der Straftaten und sonstigen Rechtsverletzungen zu verringern und ein sichereres Lebensumfeld durch Einbeziehung der Anwohnerinnen und Anwohner in diesen Prozess zu schaffen.

Start/Dauer
Der Starttermin des Projekts war der 1. Januar 2017 und der Endtermin der 31. Dezember 2017.
Nach der abschließenden Bewertung wurde das Projekt als sehr erfolgreich erklärt; die Umsetzung der Aktivitäten wurde daher im Jahr 2018 fortgesetzt.

Hintergrundrecherche
Die Analyse der Kriminalitätsstatistik wird regelmäßig von der Abteilung für kriminalpolizeiliche Informationsanalyse des Polizeipräsidiums der Rajongemeinde Šiauliai durchgeführt. Offizielle Straftatbestände werden von der Abteilung Informationstechnologie und Kommunikation des Innenministeriums bereitgestellt. Die Kriminalstatistik für das Jahr 2016 war die Grundlage für die Planung eines Teils der Projektaktivitäten.

Budget
Die Gemeinde Šiauliai stellte 10.000 EUR für die Durchführung des Projekts zur Verfügung.

Art der Evaluation
Es wurde sowohl eine Prozess- als auch eine Wirkungsevaluation durchgeführt.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Die Evaluationen wurden sowohl intern (durch die Projektträger) als auch extern (durch die Partner) durchgeführt.

Art der Datenerfassungsmethode
Am Ende jeder Projektaktivität wurden die Ergebnisse zusammengefasst. Die allgemeine Evaluation der Ergebnisse erfolgte durch systematische Analysen.

NIEDERLANDE:
Neighbourhood Prevention Breda

Kurzbeschreibung
„Neighbourhood Prevention Breda" ist eine Kooperative, in der Einwohner, Polizei und Gemeinde zusammenarbeiten, um die Sicherheit und Lebensqualität in der niederländischen Gemeinde Breda zu verbessern. Bewohner, Polizei und Regierung tragen die Verantwortung für die Sicherheit in den Vierteln gemeinsam. Dadurch sind sie Partner in Sachen Sicherheit, wobei die Bewohner eine führende Rolle einnehmen. Gemeinsam tauschen sie Informationen aus und verfolgen Kriminalitätstendenzen. Jeder Partner ist ein wichtiger Teil des Systems der Kriminalprävention und gemeinsam sorgen sie für die Sicherheit der Stadt.

Die Politik von „Neighbourhood Prevention Breda" wird von der Kontrollgruppe festgelegt. Diese besteht aus vier Bewohnern und je einem Vertreter der Polizei und einem der Gemeinde. Die Bewohner sind somit Besitzer eines Problems. Die Polizei und die Gemeinde haben eine hauptsächlich moderierende Rolle. Derzeit sind bereits 86 Nachbarschaftspräventions-, Wohnungsalarm- und WhatsApp-Gruppen mit 3.300 Kontaktpersonen auf der Straße und mehr als 18.000 Adressen verbunden.

Start/Dauer
Das Projekt begann am 1. Januar 2010 und läuft nach wie vor.

Hintergrundrecherche
Der Grund für den Projektstart war, dass die Gemeinde Breda im nationalen Vergleich besonders viele Wohnungseinbrüche zu verzeichnen hatte. In den Niederlanden befand sie sich unter den ersten drei Städten mit den höchsten Einbruchsraten (laut der Datenbank Statistics Netherlands StatLine). Wohnungseinbrüche haben große Auswirkungen. Bei solchen Einbrüchen werden nicht nur materielle Dinge gestohlen, sondern auch die Sicherheitswahrnehmung der

Bewohnerinnen und Bewohner wird stark beeinträchtigt.

Budget
„Neighbourhood Prevention Breda“ wird von der Gemeinde finanziert und aus dem Sicherheitsbudget finanziert. Die Projektkosten für das Jahr 2018 betrugen 271.500 Euro.

Art der Evaluation
Es wurde keine offizielle Prozessevaluation durchgeführt. Das Projekt wird jedoch kontinuierlich von der Kontrollgruppe evaluiert.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Die Kontrollgruppe von „Neighbourhood Prevention Breda“ besteht aus vier Bewohnern und zwei Mitarbeitern der Polizei und der Gemeinde, die den Stadtkoordinator bei der qualitativen Weiterentwicklung des Programms unterstützen.

Art der Datenerfassungsmethode
Nicht zutreffend.

POLEN:
National Security Threat Map

Kurzbeschreibung
Die „National Security Threat Map“ (NSTM, zu Deutsch: Nationale Sicherheitsbedrohnungskarte) ist eine Lösung, die die Gesellschaft in bisher unbekannter Weise in die Kriminalprävention einbezieht, unter der Begründung, dass die Bürgerinnen und Bürger einen Teil der Verantwortung für die Sicherheit der Gebiete, in denen sie leben, übernehmen sollten. Die Karte besteht aus zwei gleichermaßen

wichtigen Teilen: einem interaktiven und einem statistischen Teil. Der interaktive Teil der NSTM ermöglicht es den Nutzern, kostenlos einen anonymen Hinweis für Gebiete zu geben, in denen Bedrohungen auftreten, die sich nach Ansicht des Nutzers negativ auf das Sicherheitsgefühl der Bewohnerinnen und Bewohner auswirken. Die Polizei stellt sicher, dass jeder dieser Hinweise mit der gebotenen Ernsthaftigkeit behandelt wird; die die Auswirkungen dieser Maßnahmen werden auf der Karte abgebildet.

Start/Dauer
Das Projekt wurde am 5. Oktober 2016 eingeführt und läuft nach wie vor.

Hintergrundrecherche
Die ersten Pläne, die im Präventionsbüro des nationalen Polizeipräsidiums entwickelt wurden, wurden den Gemeinden im Rahmen öffentlicher Konsultationen, die vom 21. Januar bis 22. April 2016 stattfanden, vorgestellt. Auf der Grundlage von Informationen der Bürger (217.775 Teilnehmende an 11.990 Konsultationen) wurde ein Katalog der Bedrohungen erstellt, die sich nach den vorliegenden Informationen erheblich auf das Sicherheitsgefühl der Bürger auswirkten. Auf der Grundlage der genannten Anforderungen wurde aus den am häufigsten genannten Bedrohungen ein Satz von 25 Bedrohungskategorien ausgewählt.

Budget
Das Projekt wurde ohne Kosten für die Polizei erstellt; die ersten Pläne wurden von Polizeibeamten entwickelt und die im Zusammenhang mit dem NSTM stehenden Aktivitäten werden im Rahmen der täglichen Polizeiarbeit durchgeführt, sodass die finanziellen Kosten dieser Initiative vom Staatshaushalt getragen werden.

Art der Evaluation
Es wurde sowohl eine Prozess- als auch eine Wirkungsevaluation durchgeführt.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Die Evaluation wurde vom nationalen Polizeipräsidium in Zusammenarbeit mit dem obersten Büro für Geodäsie durchgeführt.

Art der Datenerfassungsmethode
Trotz der kurzen Zeit, in der die Anwendung in Betrieb war, wird sie derzeit auf den neuesten Stand gebracht. Die Änderungen ergaben sich aus per E-Mail eingereichten Anfragen von Benutzern und Berichten von Polizeibeamten. Darüber hinaus antworteten Nutzer über Umfragen auf eine von der Polizei vorgenommene Bewertung des Instruments.

PORTUGAL:
Senior Census

Kurzbeschreibung
Die portugiesische Polizei Guarda Nacional Republicana (GNR) hat mit ihren speziellen bürgernahen Polizeiprogrammen Aktivitäten sozialer Art im Bereich der Menschenrechte entwickelt, um gefährdete Opfer von Straftaten (vor allem ältere Menschen) zu schützen.

Um dieses Ziel zu erreichen, entwickelt die GNR seit 2011 „Senior Census“, das darauf abzielt, mittels Georeferenzierung die Anzahl der älteren isolierten und/oder allein lebenden Bürgerinnen und Bürger im gesamten Staatsgebiet zu ermitteln; 2017 identifizierte das Projekt 45.516 solcher Personen (beim Start des Projekts im Jahr 2011 waren es 15.596). Diese Georeferenzierung ermöglicht es der GNR, ihre Streifen gezielter einzusetzen und besser auf die Bedürfnisse älterer Menschen in Situationen stärkerer Gefährdung einzugehen.

Start/Dauer
Das Projekt begann am 1. Januar 2011 und läuft nach wie vor.

Hintergrundrecherche
Die ältere portugiesische Bevölkerung wächst und die Fähigkeiten älterer Menschen sind, wie man weiß, eingeschränkt. Durch das Alleinleben und/oder die Isolation einiger dieser älteren Menschen laufen sie ein größeres Risiko, Opfer von Verbrechen zu werden. Die Zentralisierung der Arbeitskräfte in den wichtigsten Ballungszentren des Landes und die Desertifikation der Gebietes des Inlandes haben zu einer Zunahme der Isolation älterer Menschen beigetragen und diesen Teil der Bevölkerung anfälliger für Kriminalität gemacht.

Vor Beginn des Projekts wurde am GNR-Hauptsitz eine Arbeitsgruppe gebildet, die durch verschiedene Informationsberichte und eine eingehende Analyse der Volkszählungsergebnisse 2011 die Herausforderungen aufzeigen konnte, mit denen das Land in Zukunft konfrontiert sein könnte. Dies führte zu der Entscheidung, das Projekt „Senior Census“ als Präventionsmittel zu entwickeln.

Budget
Für den Betrieb und die Weiterentwicklung der App stand ein Jahresbudget von rund 403.000 Euro zur Verfügung.

Art der Evaluation
Das Projekt wird auf nationaler Ebene

vom portugiesischen Ausschuss für Bewertung und Rechenschaftspflicht, das die Leistung in der öffentlichen Verwaltung evaluiert, sowie intern im Rahmen der GNR 2020-Strategie bewertet.

Zusätzlich zur Bewertung durch öffentliche Einrichtungen fördert die GNR durch universitäre Einrichtungen das Verfassen von Masterarbeiten, die durch Forschung und die Anwendung der wissenschaftlichen Methodik für die Projektanalyse und -evaluation sorgen Intern werden Berichte über die gewonnenen Erkenntnisse erstellt, bevor entsprechende Abläufe entwickelt werden.

Die GNR hat durch eine statistische Analyse der Ergebnisse der verschiedenen BPA-Sektionen das Projekt systematisch evaluiert und die Durchführung akademischer Forschungsarbeiten für Masterarbeiten in Abstimmung mit der Militärakademie und dem Militärischen Universitätsinstitut gefördert.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Siehe oben.

Art der Datenerfassungsmethode
Siehe oben.

RUMÄNIEN:
Broken Wings

Kurzbeschreibung
„Broken Wings“ ist ein nationales Projekt, das vom Generalinspektorat der rumänischen Polizei mit dem Ziel gestartet wurde, das Bewusstsein für häusliche Gewalt zu schärfen und zu verhindern. Es wurde landesweit umgesetzt, in Zusammenarbeit mit der Necuvinte Association, einer NGO, die sich auf die Unterstützung von weiblichen Opfern häuslicher Gewalt spezialisiert hat.

Start/Dauer
Das Projekt begann am 1. Juli 2016 und endete am 31. Dezember 2017.

Hintergrundrecherche
Laut einer EU-weiten Umfrage der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte sind körperliche und sexuelle Gewalt häufiger als andere Arten von Gewalt. Die Daten zeigten, dass in den letzten Jahren die Zahl der registrierten Beschwerden über häusliche Gewalt zugenommen hat, insbesondere bei Verbrechen gemäß rumänischem Strafgesetzbuch, Artikel 193, „Körperverletzung und andere Gewalttaten“. Die Analyse des Kontextes, in dem das Projekt durchgeführt werden sollte, wurde von der

rumänischen Polizei auf der Grundlage von Daten aus der EU, der Strafregister und von anderen öffentlichen Einrichtungen, die an der Prävention und Bekämpfung der Kriminalität beteiligt sind, durchgeführt; die Polizei berücksichtigte zudem Feedback aus der Zivilgesellschaft.

Budget
Die gesamten Kosten des Projekts wurden von der Firma Kaufland Rumänien durch einen Sponsoringvertrag mit der Necuvinte Association übernommen. Die finanzielle Unterstützung für die im Rahmen dem „Broken Wings"-Projekts durchgeführten Aktivitäten erfolgte in zwei Raten per Banküberweisung.

Art der Evaluation
Eine Prozessevaluation wurde von einem Team aus Vertretern beider Partner durchgeführt: von der rumänischen Polizei über das Institut für Kriminalitätsforschung und -prävention und die Abteilung für öffentliche Ordnung sowie von den Expertinnen und Experten der Necuvinte Association. Darüber hinaus wurde im August 2018 intern eine Wirkungsevaluation vom Projektteam durchgeführt.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Die Prozess- und Wirkungsevaluationen wurden intern vom Projektteam durchgeführt.

Art der Datenerfassungsmethode
Die Wirkung der Kampagne wurde in zweierlei Hinsicht bewertet: anhand der Zahl der bei der Polizei eingegangenen Beschwerden – um 8,5 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen – und der Zahl der gegen Missbrauch eingeleiteten Schutzmaßnahmen: um 36 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Diese Zahlen zeigen keine Explosion des Phänomens, sondern ein erhöhtes Bewusstsein unter den Opfern von häuslichem Missbrauch sowie mehr Vertrauen in die mit der Bewältigung des Problems betrauten Strafverfolgungsbehörden. Dies führte dazu, dass die „schwarzen Zahlen" des Phänomens ans Licht kamen.

SLOWAKEI:
Learning for a Valuable Life

Kurzbeschreibung
Das Projekt „Learning for a Valuable Life" wird seit 2001 umgesetzt. Seitdem hat es mehrere lokale, nationale und internationale Auszeichnungen erhalten. Im Mittelpunkt stehen alle

Altersgruppen der Bevölkerung, einschließlich Vorschulkinder und verschiedene Pflegeberufe. Es umfasst Bildungs- und Publikationstätigkeiten, Selbstverteidigungskurse und Beratung. Schwerpunkte sind die Prävention von Drogen-, Eigentums-, Gewalt- und Internetkriminalität, die Prävention von Menschenhandel und Programme zur Schaffung einer positiven Motivation und zur Beseitigung von Hassreden (hate speech) in der Gesellschaft. Teil des Projekts ist die Zusammenarbeit mit einer marginalisierten Gemeinschaft in Form der Roma-Polizeistreife, die Mediations- und Streifentätigkeiten durchführt. Ein innovativer Aspekt des Projekts ist der Einsatz von Therapiehunden zur Kriminalitätsprävention. Das Projekt basiert auf der Schaffung einer aktiven Zusammenarbeit auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Die Arbeit mit den Medien wird angemessen berücksichtigt.

Start/Dauer
Das Projekt begann am 1. Oktober 2015 und läuft nach wie vor.

Hintergrundrecherche
Der Grund für dieses Projekt war das Fehlen umfassender Präventivmaßnahmen in der Stadt. Es wurden folgende Prioritäten festgelegt: Prävention von Drogenkriminalität, Gewährleistung der Sicherheit von Kindern und Prävention von Eigentumsdelikten gegen ältere Menschen.

Budget
Das Projekt wurde aus drei Quellen finanziert:

- aus dem eigenen Budget der Stadt (Selbstverwaltung);
- durch die Teilnahme an Aktivitäten zur Kriminalprävention, die aus dem Budget der NGO OZ finanziert wurden;
- durch die finanzielle Unterstützung vom Regierungsrat für Kriminalprävention.
- Die jährlichen Kosten des Projekts, ohne Berücksichtigung der Lohnkosten, betrugen etwa 20.000 EUR.

Art der Evaluation
Es wurde sowohl eine Prozess- als auch eine Wirkungsevaluation durchgeführt.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Die Prozessevaluation wurde von den Projektleitern durchgeführt. Die Partnerorganisationen gaben ihre Bewertungen separat über schriftliches Feedback ab.

Diese Wirkungsevaluation wurde sowohl intern als auch extern durchgeführt.

Art der Datenerfassungsmethode
Folgende Daten wurden für die Evaluation des Projekts genutzt: die Anzahl der durchgeführten Aktivitäten (88 pro Jahr), die Anzahl der befragten Personen (mehr als 20.000), die Anzahl der Kunden, die den Beratungsdienst in Anspruch nahmen (11 pro Jahr), das Feedback der Zielgruppen (100 % Zufriedenheit), die für das Projekt erreichte Öffentlichkeitswirkung und das Interesse der Medien an der Berichterstattung über das Projekt (es gab Berichterstattungen aus allen Medientypen, einschließlich kommerzieller, nationaler, regionaler und lokaler Medien) und die Anzahl der Beiträge der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Kriminalprävention und anderen asozialen Aktivitäten sowie die Ergebnisse in Form von Veröffentlichungen zur Kriminalprävention, insbesondere für bestimmte Gruppen wie Eltern, Erzieher und Schüler.

SPANIEN:
Ciberexpert@

Kurzbeschreibung
Das von der nationalen Polizei ins Leben gerufene Programm Ciberexpert@ soll Familien eine bessere digitale Bildung ermöglichen, sodass Kinder besser geschützt werden können.

Das Programm wird auf zwei Arten durchgeführt:
(1) die Webseiten www.ciberexperto.org und www.ciberexperta.org, auf denen das gesamte Informations- und Schulungsmaterial zu finden ist;

(2) Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen für die sichere Nutzung des Internets durch BPA-Delegierte mit Unterstützung der Bildungsgemeinschaft.

Alle Schülerinnen und Schüler, die das Programm erfolgreich absolviert und den Abschlusstest bestanden haben, erhalten die Ciberexpert@-Karte.

Bei diesem innovativen und ehrgeizigen Projekt im Bereich der Prävention handelt sich um einen Dienst, den die nationale Polizei den Bürgern zur Verfügung stellt und der sich auf die Schulung, Ausbildung und Sensibilisierung von Kindern konzentriert, um so die mit der täglichen Nutzung von IKT-Geräten verbundenen Risiken zu vermeiden und zu minimieren.

Start/Dauer
Das Projekt begann am 1. September 2016 und läuft nach wie vor.

Hintergrundrecherche
Nach Durchführung der verschiedenen Sensibilisierungskampagnen wurden die erzielten Ergebnisse analysiert und die im Laufe der Jahre gewonnenen Erfahrungen zusammen mit den Ergebnissen einer vom spanischen Innenministerium durchgeführten Umfrage zur Internetnutzung und zu den Sicherheitsgewohnheiten von Minderjährigen und Jugendlichen in Spanien berücksichtigt. Die nationale Polizei sah Bedarf an einem neuen Ansatz für die bedeutende Aufgabe, Minderjährige für die richtige Nutzung von IKT-Geräten zu sensibilisieren und zu schulen, und schuf so das Programm Ciberexpert@.

Budget
Die Verantwortung für die Humanressourcen, die zur Durchführung des Programms bereitgestellt wurden, liegt ausschließlich bei der nationalen Polizei, die fast 600 Polizeibeamtinnen und -beamte in ganz Spanien bereitgestellt hat.

Es gibt keine spezifischen Kosten, die in den öffentlichen Haushalten veranschlagt werden, da die Arbeit zur Durchführung des Projekts ausschließlich von der nationalen Polizei durchgeführt wird und die Prävention ein wichtiger Teil ihrer Arbeit ist.
Die Kosten für den Druck der Ciberexpert@-Karten – Toner, Trägermaterialien, Drucker usw. – gehen zu Lasten von Telefónica España, sodass dem Staat keine Kosten entstehen.

Art der Evaluation
Es gab eine interne und eine externe Evaluation der Projektergebnisse.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Die interne Evaluation wurde von der nationalen Polizei und die externe Evaluation von der oben genannten Zentraleinheit durchgeführt.

Art der Datenerfassungsmethode
Intern: durch die nationale Polizei über eine Computeranwendung namens ARPC.
Extern: durch die Zufriedenheitsumfragen in der Bildungsgemeinschaft.

SCHWEDEN:
Safe and secure events

Kurzbeschreibung
Sexuelle Belästigung und andere Verbrechen bei öffentlichen Veranstaltungen stellen in ganz Europa ein Problem dar. Niemand konzentriert sich auf diese Verbrechen.

Die schwedische Polizei, Swedish Live, die schwedische Vereinigung für Sexualerziehung (RFSU) und die Provinzialregierung von Stockholm haben gemeinsam an Lehrmaterialien sowie an einem Profilmaterial gearbeitet, in dem die Zusammenarbeit und das vorgeschlagene Kooperationsmodell hervorgehoben wurden. Die Materialien wurden aufgrund einer von den Organisatoren von Festivals und ihren Mitarbeitern festgestellten Notwendigkeit produziert.

Die Evaluation zeigt, dass die Maßnahmen Wirkung gezeigt haben. Die Zahl der gemeldeten Sexualdelikte sank von 2016 bis 2017 um rund 90 %.

Dieses Projekt zeigt, dass die auf dem lokalen Kontext basierende Zusammenarbeit mit den richtigen Akteuren zu Ergebnissen führt, wenn jeder von ihnen Verantwortung übernimmt.

Start/Dauer
Die Polizei begann auf nationaler Ebene mit ihrer Arbeit und veröffentlichte Anfang 2016 einen Bericht mit dem Titel Sexual abuse and proposed measures (zu Deutsch: Sexueller Missbrauch und vorgeschlagene Maßnahmen). Im März 2017 begann die Zusammenarbeit zwischen der Polizei, Swedish Live, RFSU und der Provinzialregierung von Stockholm.

Hintergrundrecherche
In der Silvesternacht 2015–2016 waren junge Frauen in mehreren Teilen Europas sexuellen Belästigungen ausgesetzt. In Schweden wurde festgestellt, dass ähnliche Verbrechen während eines Festivals in den Jahren 2014 und 2015 begangen wurden. Der damalige nationale Polizeichef der schwedischen Polizeibehörde entschied, dass das Risiko des sexuellen Missbrauchs unter Jugendlichen untersucht werden sollte, um der Polizei direkt und indirekt bei der

Kriminalprävention zu helfen. Der Bericht Sexual victims of sexual impacts and suggested measures (zu Deutsch: Sexuelle Opfer sexueller Auswirkungen und vorgeschlagene Maßnahmen) wurde veröffentlicht. Der Bericht legte den Grundstein für die Arbeit, die jetzt im Bereich der Kriminalität bei öffentlichen Veranstaltungen geleistet wird.

Budget
Jedem Akteur sind Kosten für das Projekt im Rahmen des laufenden Betriebs entstanden.

Die Evaluation wurde aus Mitteln von Brå, dem schwedischen Nationalrat für Kriminalprävention, finanziert.

Art der Evaluation
Die Arbeit wurde von einem Kriminologen in einem Bericht evaluiert.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Siehe oben.

Art der Datenerfassungsmethode
Der Bericht enthält die Information, dass die Zahl der gemeldeten Sexualdelikte von 2016 bis 2017 um rund 90 % sank. Diese positive Erfahrung der Zusammenarbeit bei öffentlichen Veranstaltungen gilt als übertragbar auf Probleme, die die Gesellschaft als Ganzes betreffen.

BELGIEN:
VIRTUS

Kurzbeschreibung
Das VIRTUS-Modell besteht aus einem integrierten Ansatz zur Bekämpfung von Belästigung und Kriminalität. Es besteht aus der Koordinierung von Präventionsmaßnahmen, wobei die Polizei und die Straßenreinigungsdienste auf das gemeinsame Ziel hinarbeiten, die Lebensbedingungen der Bürger/Nutzer innerhalb eines bestimmten Viertels sowohl einzeln als auch gemeinsam zu verbessern. In diesem Fall handelt es sich beim Viertel um das alte Zentrum von Anderlecht. Die Teams der Stadtverwaltung verfolgen das Ziel, Sicherheitsbedrohungen und Unsicherheitsgefühle innerhalb eines festgelegten Umkreises zu reduzieren. Für die Polizei besteht die wesentliche Aufgabe darin, durch die Anwendung der grundlegenden Konzepte der BPA dazu beizutragen, das Gefühl der Unsicherheit durch städtische Kriminalität, Belästigung im weiteren Sinne, illegales Dealen auf der Straße, Straßenverkehrsdelikte und Kriminalität in öffentlichen Verkehrsmitteln zu reduzieren, um die Zahl der in diesem Bereich registrierten Straftaten zu stabilisieren oder sogar zu verringern.

Start/Dauer
Das Projekt startete am 1. Mai 2015; es gibt kein geplantes Enddatum.

Hintergrundrecherche
Ausgangspunkt war ein Gefühl der (in Bezug auf die Anzahl und die Wahrnehmung festgestellten) Unsicherheit und der Degradierung des öffentlichen Raumes durch die Bewohnerinnen und Bewohner im Zentrum der Stadt. Die Bürgerinnen und Bürger hatten Petitionen unterzeichnet und klare Botschaften in dieser Hinsicht übermittelt. Auch die für diesen Bereich zuständigen lokalen Beamten berichteten über ernste Probleme. Der Bürgermeister wollte neue Initiativen ergreifen, darunter eine integrierte Sicherheits- und Präventionspolitik für das Stadtzentrum und vor allem für den Place de la Vaillance und die Rue Wayez. Da es zu Beginn nur wenige verlässliche Indikatoren gab, wurde beschlossen, eine lokale Sicherheitsdiagnose für ein bestimmtes Stadtviertel durchzuführen, was in Kriminalitäts- und Sozialstatistiken resultierte.

Budget
Das Gesamtbudget beträgt 400.000 EUR und wird von der Gemeinde aus eigenen Mitteln finanziert.

Art der Evaluation
Es findet eine kontinuierliche quantitative Prozessevaluation statt.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Die Evaluation erfolgt intern durch den Projektkoordinator.

Art der Datenerfassungsmethode
Die Evaluation basierte anfänglich (in den ersten drei Jahren) auf bestehenden quantitativen Indikatoren.

BELGIEN:
GO-Team

Kurzbeschreibung
Vor vier Jahren haben die Sozialdienste von Mecheln und die örtliche Polizei ein neues Team gebildet, das gefährdeten Familien mit multiplen Problemen eine ganzheitliche Unterstützung bietet, um die Kinder solcher Familien vor den Folgen von Armut, Entbehrung, Vernachlässigung, Umfeldern, die zu kriminellen Verhaltensweisen führen, und/oder ungesunden Wohnbedingungen zu schützen.
Der Name GO-Team wird nun auch, zusätzlich zum Projekt selbst, für ein Team von sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verwendet, die Familien aufsuchen. Schlüsselbegriffe in dieser innovativen Form der Sozialarbeit sind „niedrige Schwelle“, „intensives Elterncoaching“, „ansprechbar“, „nachfrageorientiert“ und „hands on“. Die Beteiligung der Polizei am Projekt ist entscheidend, da jede zweite Familie, die den Sozialdiensten von der Polizei gemeldet wird, den Diensten vorher nicht bekannt war. Die die Familien aufsuchenden Mitarbeiter des GO-Teams sind umfassende Betreuer, die konkrete Lösungen für akute Probleme bieten, die von Eltern in Multiproblemsituationen genannt werden. Sie stellen eine Beziehung her, indem sie etwas mit den Familien unternehmen, und erzielen Ergebnisse an Stellen, an denen keine Lösung mehr möglich schien.

Start/Dauer
Das Projekt begann am 1. September 2014 und läuft nach wie vor.

Hintergrundrecherche
Die Einrichtung der Einheit Jugend und Familie im Jahr 2010 innerhalb der lokalen Polizei von Mecheln-Willebroek führte zu einem besseren Überblick über häusliche Gewalt, sodass schlechte Bildungsbedingungen für (Klein-) Kinder häufiger aufgedeckt wurden. Die Beamtinnen und Beamten vor Ort sahen sich mit erschütternden Situationen

konfrontiert, auch wenn bereits Hilfe und soziale Betreuung vorhanden waren. Der zuständige Polizeibeamte erhöhte die Sensibilisierung für die Situation, was zu Hausbesuchen von Bürgermeister Somers und seiner obersten Führungsebene führte. Es wurde die Anweisung gegeben, eine neue proaktive und innovative Form der Sozialarbeit und Familienunterstützung einzuführen. Der Kontext wurde von internen Expertinnen und Experten für Armut und Management im sozialen Wohnungswesen analysiert. Sie stützten sich dabei auf die Erkenntnisse von Mullainathan und Shafir aus dem Buch *Scarcity* (2013) und die Vorstellung, dass Kinderarmut im Wesentlichen durch die Bekämpfung von Familienarmut verändert wird. Neben substantiellen Ideen zu Armut und Entbehrung wurden zudem Erkenntnisse über das Können von Sozialarbeitern und der Sozialarbeit im Allgemeinen berücksichtigt.

Budget
Das Projekt wird von der Gemeinde finanziert. Zusätzlich zur regulären Finanzierung gab es zusätzliche temporäre Projektmittel aus dem Kinderarmoedefonds (Kinderarmutfonds) der flämischen Gemeinschaft. Die Personalkosten auf Jahresbasis betragen 388.856 EUR. Die Kosten für Aktivitäten auf Jahresbasis betragen 14.000 EUR.

Art der Evaluation
Es wurde sowohl eine Prozess- als auch eine Wirkungsevaluation durchgeführt.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Die Prozessevaluation wurde extern von Dr. Bérénice Storms, einer sachverständigen Soziologin und Forschungskoordinatorin des CEBUD (Centre for Budget Advice and Research an der Thomas More University), durchgeführt. Die Ergebnisevaluation wurde ebenfalls extern durchgeführt.

Art der Datenerfassungsmethode
Die Evaluation basierte auf Interviews mit dem die Familien aufsuchenden Team und deren Kunden sowie auf der Analyse von Dokumenten.

BULGARIEN:
Society and Police! With Care and Warning!

Kurzbeschreibung
Das Projekt wurde entwickelt, um ein Umfeld der Sicherheit und des Vertrauens zu schaffen und Verbrechen zu verhindern. Es konzentriert sich auf den Schutz der öffentlichen Ordnung, die Verkehrsunfallverhütung und die Verkehrssicherheit sowie die Kriminalprävention, indem eine Kultur des rechtmäßigen Verhaltens geschaffen wird.

Im Rahmen der Projektaktivitäten wurden gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen mit der bulgarischen Staatsanwaltschaft, der Staatsanwaltschaft Plovdiv, der Generaldirektion für die Strafvollstreckung, dem Bewährungsdienst, der Regionalverwaltung von Plovdiv, der Gemeinde Plovdiv, der Gemeinde Plovdiv Region, Verkehrsunternehmen, der regionalen Bildungsinspektion, dem Bildungsministerium, Schulen, Kindergärten, Jugendverbänden, Studierenden, Sportvereinen, Seniorenvereinen, Motorradclubs, benachteiligten Menschen, NGOs, dem Roten Kreuz und den Minderheitengruppen in der Nachbarschaft durchgeführt. Durch Aktivitäten und den Einsatz von Technologien hat das Projekt ein zivilgesellschaftliches Bewusstsein aufgebaut und entwickelt und aktive Bemühungen der Bürgerinnen und Bürger zur Schaffung besserer Lebensbedingungen und zum Schutz der Umwelt gefördert.

Start/Dauer
Das Projekt begann am 1. Januar 2016; das Projektende ist für das Jahr 2022 anberaumt.

Hintergrundrecherche
Die Gründe für die Entwicklung des Projekts waren:

- Informierung der Öffentlichkeit und der Partner über die rechtlichen Maßnahmen gegen Straftaten und Präventivmaßnahmen zur Verhinderung von Straftaten;
- Stärkung des Vertrauens und Förderung der Beteiligung der Zivilbevölkerung an der Arbeit der Sicherheitsdienste;
- Gewinnung von Partnern und Bürgern für Maßnahmen zur Kriminalprävention.

Budget
Kosten: ca. 2.000 BGN (ca. 1.000 EUR) pro Jahr für Prospekte und Poster.

Art der Evaluation
Es wurde eine Prozess- und eine Wirkungsevaluation durchgeführt.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Diese Prozessevaluation wurde sowohl intern als auch extern durchgeführt.

Art der Datenerfassungsmethode
Indikatoren für die Prozessevaluation waren Polizeistatistiken sowie Berichte und Analysen, die der Öffentlichkeit und den Massenmedien vorgestellt wurden.

Alle 6 Monate wird durch öffentliches Feedback und öffentliche Treffen mit Vertretern verschiedener sozialer Gruppen eine Wirkungsevaluation durchgeführt.

FRANKREICH:
Delegate for police-population cohesion

Kurzbeschreibung
Das Projekt umfasst die Stärkung der Verbindung zwischen Polizei und Bevölkerung im Rahmen eines breiten Partnernetzwerks.
Der Grundstein dieses Projekts ist ein(e) Polizeibeamter/-beamtin, der/die sich dieser Mission verschrieben hat, Erfahrung in der Polizeiarbeit an vorderster Front und im Aufbau von Beziehungen zu verschiedenen Interessengruppen hat und die Fähigkeit besitzt, in der Öffentlichkeit zu sprechen.

Der bzw. die DCPP („Delegate for police-population cohesion“, zu Deutsch: Delegierte(r) für den Zusammenhalt der Polizei und der Bevölkerung“) fungiert als Verbindungs- und Unterstützungsbeamte(r) der Polizei und der Gemeinschaft, um Informationen über das Netzwerk von Institutionen und Verbänden der Gemeinschaft zu sammeln und auszutauschen und so Lösungen für Probleme zu finden. Durch den Kontakt mit den Leitern der operativen Einheiten kann diese(r) Beamte/Beamtin dazu beitragen, Konflikte mithilfe eines „weichen“ Ansatzes zu lösen.

Start/Dauer
Das Projekt läuft seit dem Schuljahr 2013/2014.

Hintergrundrecherche
Infolge einer Reihe von städtischen Krawallen im Jahr 2005, die insbesondere in den Innenstädten auftraten, waren die Beziehungen zwischen der Öffentlichkeit und den Strafverfolgungsbehörden zunehmend angespannt.

In diesem sich verschlechternden sozialen Kontext war es notwendig, bessere Verbindungen herzustellen und die Spannungen in den entsprechenden Stadtteilen abzubauen.

Budget
Das französische Innenministerium hat den Zeitaufwand für diese Mission auf ca. 150 Arbeitstage pro Jahr geschätzt. Dies entspricht 143,77 EUR pro Tag (136,99 EUR außerhalb des Großraums Paris), d. h. 21.565,50 EUR pro Jahr für eine(n) DCPP.

Art der Evaluation
Das Projekt wird nicht statistisch ausgewertet, da es nicht möglich ist, die Auswirkungen auf die Atmosphäre in Zahlen zu messen. Daher gibt es stichprobenartige Umfragen bei Personen, die Polizeistationen besuchen und sich (auf Märkten, in Stadtteilen usw.) an Straßenpolizeieinheiten wenden. Hinsichtlich einer Verringerung des Gefühls der Unsicherheit und der Kriminalitätsfurcht ist das Ergebnis positiv.

Es werden sowohl Prozess- als auch Wirkungsevaluationen durchgeführt.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Keine Informationen.

Art der Datenerfassungsmethode
Nicht zutreffend.

POLEN:
Academy of safety

Kurzbeschreibung
Das Projekt „Academy of safety – education for the safety of children, young people and senior citizens in Kielce“ umfasste die Entwicklung von Workshops für in Notsituationen angewandte Verfahren und konzentrierte sich auf die Prävention von Gewalt und Aggression. Als Teil des Projekts wurden Simulationen von Evakuierungen aus Bildungseinrichtungen im Falle eines Terroranschlags durchgeführt.

Das Projekt umfasste 10.180 Teilnehmer/-innen, 11 Bildungseinrichtungen und 571 Ausbildungskurse. Die Sicherheitsworkshops richteten sich an Schüler, Lehrkräfte, Eltern, Frauen und ältere Menschen. Sie wurden von den Mitgliedern der PASSA Association und Beamten des städtischen Polizeipräsidiums in Kielce durchgeführt.

Das Projekt führte zu einer Zusammenarbeit zwischen Institutionen und Diensten für mehr Sicherheit. Es wurde eine Plattform für den Erfahrungs- und Wissensaustausch zwischen der Polizei und lokalen Partnern (Notfalldienste, NGOs, am Projekt beteiligte Bildungseinrichtungen) entwickelt.
Darüber hinaus finanzierte das Projekt kostenlose Konsultationen bei einem Psychologen in Bildungseinrichtungen, führte Kunstwettbewerbe durch und stellte Ausstattung für Schulvereine zur Verfügung. Insgesamt wurden 4.000 reflektierende Gegenstände an die Schüler verteilt, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Start/Dauer
Das Projekt wurde vom 2. Oktober 2017 bis zum 18. Dezember 2017 durchgeführt. Es wird als Projekt mit dem Titel „Academy of Safety II – education for the safety of educational institutions in Kielce“ fortgesetzt.

Hintergrundrecherche
Der Hauptgrund für die Entwicklung des Projekts war die zunehmende Bedrohung durch Terroranschläge im öffentlichen Raum, das zunehmende kriminelle Verhalten in Bildungseinrichtungen und die Zunahme von Anschlägen gegen Frauen und ältere Menschen.

Budget
Die Kosten für die erste Ausgabe des Projekts betrugen 62.945 PLN.

Art der Evaluation
Es wurden interne und externe Prozess- und Wirkungsevaluationen durchgeführt.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Die interne Evaluation wurde vor Projektbeginn von Direktoren von Bildungseinrichtungen durchgeführt. Die externe Evaluation wurde vom städtischen Polizeipräsidium in Kielce durchgeführt.

Art der Datenerfassungsmethode
Die interne Evaluation durch die PASSA Vereinigung beinhaltete die Entwicklung von Fragebögen, mit denen Interviews mit Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrkräften, Frauen und Senioren durchgeführt wurden. Zur Verbreitung der Ergebnisse wurde ein Umfragebericht über das Programm mit dem Titel *Safer together* verwendet. Für die externe Evaluation durch das städtische Polizeipräsidium in Kielce führten die Polizeibeamtinnen und -beamten nach Abschluss des Projekts Schulbesuche durch. Sie befragten Lehrkräfte und Schülerinnen und -schüler und überprüften deren Wissensstand über Sicherheit.

POLEN:
Akademia Seniora

Kurzbeschreibung
Das Projekt „Akademia Seniora“ wurde von der Polnischen Nationalbank mitfinanziert. Ziel war es, finanzielle Ausgrenzung zu verhindern und verantwortungsbewusste Finanzentscheidungen, auch im Zusammenhang mit der Verwaltung des Haushaltsbudgets und der Inanspruchnahme von Finanzdienstleistungen, zu fördern. Das Projekt dauerte 12 Monate. Die Initiatoren des Projekts – die Präventionsabteilung des Woiwodschafter Polizeipräsidiums in Bialystok – beabsichtigten, ältere Menschen in der Provinz Podlachien mit Informationen zur Kriminalprävention zu versehen. Im Rahmen des Projekts fanden Bildungs- und Informationstreffen statt, an denen Menschen aus Podlachien im Alter von 50 Jahren und älter teilnahmen. Der vorrangige Themenbereich des Projekts „Akademia Seniora“ war der Wissenstransfer zur Erhöhung der Sicherheit älterer Menschen durch Prävention von Finanzbetrug, eine angemessene persönliche Budgetverwaltung und eine sorgfältige Finanzplanung für die Zukunft. Im Rahmen des Projekts wurde unter den Projektteilnehmern ein Wettbewerb mit dem Titel „10 Prinzipien von sicheren Senioren“ durchgeführt.

Start/Dauer
„Akademia Seniora“ wurde von Dezember 2014 bis Dezember 2015 durchgeführt.

Hintergrundrecherche
Der Anstieg an Senioren, die zunehmende Dauer des Alters und die sich ändernden Bedürfnisse älterer Menschen waren die Gründe für den Ausbau der bestehenden Aktivitäten für die ältesten Einwohner der Provinz Podlachien. Die Methoden der Diebe – insbesondere der Betrüger, die sich als eine Person ausgeben, die wahrscheinlich keinen Verdacht erregt – basieren immer darauf, das Opfer zu überraschen und seine Leichtgläubigkeit, Naivität und Vertrauen in andere auszunutzen. Aufgrund wiederholter beunruhigender Verbrechen, deren Opfer ältere Menschen waren, versuchte die Polizei von Podlachien durch die Umsetzung des Projekts „Akademia Seniora“, die Aktivitäten im Bereich der Sicherheit älterer Menschen und die Wachsamkeit der lokalen Gemeinschaft zu verstärken.

Budget
Die Gesamtkosten des Projekts lagen bei 25.555 PLN.

Art der Evaluation
Es wurden sowohl Prozess- als auch Wirkungsevaluationen durchgeführt.

Akteur, der die Evaluation/zeitliche Abstimmung durchführt
Die interne Evaluation wurde von einem Vertreter der KWP in Białystok durchgeführt.

Die externe Evaluation wurde von der Polnischen Nationalbank durchgeführt.

Art der Datenerfassungsmethode
Die interne Evaluation des Prozesses bestand aus Aktivitäten wie der Datenerhebung während des Projekts, der Analyse der gesammelten Informationen, der Ausarbeitung von Vorschlägen und der Formulierung von Empfehlungen für die nächste Ausgabe des Projekts.

ENDNOTES

1 Der Europäischer Preis für Kriminalprävention (European Crime Prevention Award) und die Konferenz über bewährte Praktiken (Best Practice Conference) fand vom 4. bis 6. Dezember 2018 statt. Weitere Informationen zu dieser jährlichen Veranstaltung finden Sie auf der EUCPN-Website (https://eucpn.org/about/work).

2 Österreichischer Vorsitz des EUCPN, ‚ECPA – Call for Projects', 6. Juli 2018 [freie Übersetzung].

3 Die Mitgliedstaaten, die den Ratsvorsitz innehaben, arbeiten eng in Dreiergruppen, dem sogenannten „Dreiervorsitz" oder der „Trio-Präsidentschaft", zusammen Dieses System wurde 2009 mit dem Vertrag von Lissabon eingeführt. Das Trio setzt sich langfristige Ziele und bereitet eine gemeinsame Agenda vor, in der die Themen und Hauptthemen festgelegt sind, die der Rat in einem Zeitraum von 18 Monaten bearbeiten wird. Auf der Grundlage dieses Programms bereitet jedes der drei Länder sein eigenes, detaillierteres 6-Monats-Programm vor (weitere Informationen finden Sie unter https://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/presidency-council-eu).

4 Die fünf wichtigsten Herausforderungen, die im Wiener Prozess formuliert wurden, sind (1) die Stärkung des Schutzes der Außengrenzen der EU, (2) die Entwicklung eines krisenresistenten EU-Asylsystems, (3) die Beseitigung des Nährbodens für Extremismus und Terrorismus, (4) die Stärkung der europäischen polizeilichen Zusammenarbeit und (5) der Schutz der digitalen Sicherheit. Die vier Querschnittsthemen sind (1) die Förderung und der Schutz der europäischen Werte, (2) die Förderung der Integrität in der EU und in ihren Mitgliedstaaten (Staat, Verwaltung, Gesellschaft), (3) die Stärkung der Zusammenarbeit mit Drittländern und (4) die Stärkung der Zusammenarbeit im Bereich der inneren und äußeren Sicherheit.

5 O. Bottechia, ‚Vienna Process', Präsentation auf der EUCPN-Konferenz über bewährte Praktiken, Wien, 4. bis 6. Dezember 2018.

6 COSI erleichtert, fördert und verstärkt die Koordinierung der operativen Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit der EU (weitere Informationen finden Sie unter https://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/preparatory-bodies/standing-committee-operational-cooperation-internal-security/).

7 Der JI-Rat entwickelt die Zusammenarbeit und gemeinsame Politiken in verschiedenen grenzüberschreitenden Fragen mit dem Ziel, einen EU-weiten Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts aufzubauen (weitere Informationen finden Sie unter https://www.consilium.europa.eu/de/council-eu/configurations/jha/).

8 Die CEPOL ist eine Agentur der Europäischen Union, die sich mit der Entwicklung, Durchführung und Koordinierung der Aus- und Fortbildung von Strafverfolgungsbeamten befasst (weitere Informationen finden Sie unter https://www.cepol.europa.eu/).

9 CEPOL und EUCPN, ‚Joint activities by CEPOL and EUCPN in implementing the community policing initiative of the Austrian Presidency', Vermerk an die COSI-Delegationen, September 2018.

10 Ebd.

11 Rat der Europäischen Union, Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zu bestimmten Aspekten der europäischen präventiven Polizeiarbeit (6205/1/19), Brüssel, März 2019.

12 C. Emsley, ‚Community policing/policing and communities: some historical perspectives', Policing: A Journal of Policy and Practice, 1:2, 2007, S. 235-243.

13 M. S. Scott, ‚Pioneers in policing: Herman Goldstein', Police Practice and Research, 17:6, 2016, S. 582-595.

14 S. Mastrofski, ‚Community policing as reform: a cautionary tale', in J. Greene und S. Mastrofski (Hrsg.), Community policing: rhetoric or reality, Praeger, New York, 1988.

15 D. P. Rosenbaum, ‚A critical eye on Neighborhood Watch: does it reduce crime and fear?', in T. Hope und M. Shaw (Hrsg.), Communities and crime reduction, Her Majesty's Stationery Office, London.

16 W. Skogan, Police and community in Chicago: a tale of three cities, Oxford University Press, New York, 2006.

17 M. S. Scott, ‚Pioneers in policing: Herman Goldstein', Police Practice and Research, 17:6, 2016, S. 582-595.

18 A. Verhage und P. Ponsaers, ‚Community policing as a police strategy: effects and future outlook', EUCPN-Sekretariat (Hrsg.), EUCPN-Themenpapier Nr. 3, EUCPN, Brüssel, 2012.

19 Ebd.

20 L. Gaines, ‚Community-oriented policing: management issues, concerns, and problems', Journal of Contemporary Criminal Justice, 10:1, 1994, S. 17-35.

21 Development Services Group, Inc., Community- and problem-oriented policing, Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention, (https://www.ojjdp.gov/mpg/litreviews/Community_and_Problem_Oriented_Policing.pdf).

22 H. Goldstein, ‚Improving policing: a problem-oriented approach', Crime and Delinquency, 25, 1979, S. 236-258.

23 Ebd.

24 Zeitungsbericht aus den englischen Midlands, zitiert in H. Goldstein, ‚Improving policing: a problem-oriented approach', Crime and Delinquency, 25, 1979, S. 236-258 [freie Übersetzung].

25 H. Goldstein, ‚Improving policing: a problem-oriented approach', Crime and Delinquency, 25, 1979, S. 236-258.

26 Ebd.

27 Ebd.

28 Ebd.

29 Ebd.

30 Ebd.

31 Ebd.

32 H. Goldstein, ‚Toward community-oriented policing: potential, basic requirements, and threshold questions', Crime and Delinquency, 33:1, 1987, S. 6-30.

33 Ebd. [freie Übersetzung]

34 Dieses BPA-Politikpapier ist auf der EUCPN-Website (www.eucpn.org) zu finden.

35 Unity, Deliverable 3.3, Unity — 1st stakeholder analysis — comparative view on stakeholder needs and perspectives: differences between police and external parties and between countries, 2016.

36 Ebd.

37 Ebd.

38 L. Pauwels, ‚Criminaliteitspreventie: achtergronden, theorieën en methodieken', Docunet, Gent, 2014, S. 194-197.

39 Die Polizeiarbeit in Krisenherden ist gekennzeichnet durch eine Verlagerung des Fokus vom potenziellen Täter auf die Umwelt. Basierend auf der „Routinenaktivitätstheorie" lässt sich vorhersagen, an welchen Orten Konzentrationen von Kriminalitätsproblemen zu erwarten sind.

40 Pauwels, ‚Criminaliteitspreventie: achtergronden, theorieën en methodieken', Docunet, Gent, 2014, S. 194-197.

41 C. Gill et al., ‚Community-oriented policing to reduce crime, disorder and fear and increase satisfaction and legitimacy among citizens: systematic review', Journal of Experimental Criminology, 10, 2014, S. 399-428.

42 H. Goldstein, ‚Toward community-oriented policing: potential, basic requirements, and threshold questions', Crime and Delinquency, 33:1, 1987, S. 6-30.

43 Gill et al., ‚Community-oriented policing to reduce crime, disorder and fear and increase satisfaction and legitimacy among citizens: systematic review', Journal of Experimental Criminology, 10, 2014, S. 399-428.

44 Unity war ein dreijähriges Projekt (bis Juni 2018), das aus dem Programm Horizont 2020 der Europäischen Kommission finanziert wurde. Horizont 2020 ist das größte Forschungs- und Innovationsprogramm der EU. Unity besteht aus einem internationalen Konsortium von 15 Partnern. Diese Partner haben einen unterschiedlichen multidisziplinären Hintergrund und umfassen Polizeiakademiker, Management- und Wirtschaftswissenschaftler, Polizeifachkräfte

und Technologieentwickler aus ganz Europa. Die Vision des Projekts ist es, die Verbindung zwischen der Polizei und ihren Gemeinden zu stärken. Um diese Vision zu verwirklichen, hat das Unity-Projekt bewährte Praktiken für die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und ihren Gemeinschaften gesammelt, ein Kommunikationsinstrument entwickelt, um die Kommunikation zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft und der Polizei zu stärken und zu beschleunigen, und Fortbildungen konzipiert, entwickelt und durchgeführt, einschließlich Sensibilisierungsmaßnahmen über BPA.

45 Y. Hail, ‚Unity: strengthening the connection between the police and the diverse communities they serve — findings from the Horizon 2020 Unity project', Präsentation während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today", Brüssel, 9. Oktober 2018.

46 Die Forschung bestand sowohl aus qualitativen eingehenden Interviews als auch aus quantitativen Umfragen anhand von Fragebögen. Insgesamt wurden 323 Interviews durchgeführt, jeweils in den entsprechenden Landessprachen, und dann zur Analyse ins Englische übersetzt. Um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten, wurde jedes teilnehmende Land gebeten, die gleichen Gruppen von Teilnehmern zur Teilnahme an der Forschung einzuladen. Diese Zielgruppen waren junge Mitglieder von Minderheiten, Polizei- und Strafverfolgungsbehörden, Vermittler, Rechtsexperten, Anwälte und wissenschaftliche Expertinnen und Experten.

47 Belgien, Bulgarien, Kroatien, Estland, Finnland, Deutschland, Nordmakedonien und das Vereinigte Königreich.

48 Y. Hail, ‚Unity: strengthening the connection between the police and the diverse communities they serve — findings from the Horizon 2020 Unity project', Präsentation während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today", Brüssel, 9. Oktober 2018.

49 Denise Mazzolani, Stellvertretende Leiterin, Referat Strategische Polizeiangelegenheiten, OSZE, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today", Brüssel, 9. Oktober 2018 [freie Übersetzung].

50 Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (weitere Informationen finden Sie unter https://www.osce.org/).

51 Mazzolani, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today".

52 OSZE, Good practices in building police-public partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General, OSZE-Sekretariat, Wien, 2008.

53 Yvonne Hail, Professor, Edinburgh Napier University, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today", Brüssel, 9. Oktober 2018.

54 Marleen Easton, Professorin, Universität Gent, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today", Brüssel, 9. Oktober 2018.

55 Mazzolani, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today".

56 Megan O'Neil, Associate Director, Scottish Institute for Police Research, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today", Brüssel, 9. Oktober 2018.

57 Gorazd Meško, Professor, Universität Maribor, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today", Brüssel, 9. Oktober 2018.

58 May-Britt Rinaldo Ronnebro, Superintendent der schwedischen Polizei, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today", Brüssel, 9. Oktober 2018.

59 Rinaldo Ronnebro, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today".

60 OSZE, Good practices in building police-public partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General, OSZE-Sekretariat, Wien, 2008.

61 Ebd.

62 Mazzolani, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today".

63 Easton, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today".

64 O'Neil, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today" [freie Übersetzung].

65 Ebd.

66 Goldstein, ‚Toward community-oriented policing: potential, basic requirements, and threshold questions', Crime and

Delinquency, 33:1, 1987, S. 6-30.

67 Mazzolani, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“.

68 Rinaldo Ronnebro, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“.

69 OSZE, Good practices in building police-public partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General, OSZE-Sekretariat, Wien, 2008.

70 Els Enhus, Professorin, Vrije Universiteit Brussel, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“, Brüssel, 9. Oktober 2018.

71 OSZE, Good practices in building police-public partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General, OSZE-Sekretariat, Wien, 2008.

72 Hail, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“.

73 Gaines, ‚Community-oriented policing: management issues, concerns, and problems‘, Journal of Contemporary Criminal Justice, 10:1, 1994, S. 17-35.

74 Ebd.

75 H. Goldstein, ‚Toward community-oriented policing: potential, basic requirements, and threshold questions‘, Crime and Delinquency, 33:1, 1987, S. 6-30.

76 Ebd.

77 Meško, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“ [freie Übersetzung].

78 Siehe Abschnitt 1.2 „Aktueller Stand der Dinge“

79 Pauwels, ‚Criminaliteitspreventie: achtergronden, theorieën en methodieken‘, Docunet, Gent, 2014, S. 194-197.

80 Im Rahmen der POP ist eine quantitative Messung wichtig.

81 O’Neil, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“.

82 Development Services Group, Inc., Community- and problem-oriented policing, Office of Juvenile Justice and Delinquency Prevention, (https://www.ojjdp.gov/mpg/litreviews/Community_and_Problem_Oriented_Policing.pdf).

83 OSZE, Good practices in building police-public partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General, OSZE-Sekretariat, Wien, 2008.

84 Ebd.

85 Easton, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“ [freie Übersetzung].

86 http://inspec2t-project.eu/

87 http://trillion-project.eng.it/#/

88 https://www.unity-project.eu/

89 http://www.citycop.eu/

90 https://communitypolicing.eu/

91 http://project.cityrisks.eu/

92 Hail, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“.

93 Ebd.

94 O’Neil, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“.

95 Hail, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“.

96 Astrid, ‚La Police d’Anvers présente le “Combi 3.0” et Focus‘, https://www.astrid.be/fr/actualites/la-police-danvers-presente-le-combi-30-et-focus, 27. September 2018.

97 G. Den Heyer, ‚Is the development of policy in New Zealand based on Prevention First?‘, Public Policy and Administration 33:2, 2018, S. 127-148.

98 O’Neil, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“.

99 S. Lewis, und D.A. Lewis, ‚Examining technology that supports community policing‘, in: Proceedings of the SIGCHI Conference on Human Factors in Computing Systems, Austin, Texas, Mai 2012 (verfügbar unter https://dl.acm.org/citation.cfm?doid=2207676.2208595).

100 Ebd.

101 I. Sučić und R. Karlović, ‚Community policing in support of social cohesion‘, in P. S. Bayerl et al. (Hrsg.), Community policing: a European perspective, Springer, Cham, Schweiz, 2017, S. 7-21.

102 Dieses Kapitel ist ein Beitrag von Dr. Detlef Nogala, Beauftragter für Forschungs- und Wissensmanagement, CEPOL.

103 Y. Hail, ‚Unity: strengthening the connection between the police and the diverse communities they serve — findings from the

Horizon 2020 Unity project‘, Präsentation während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“, Brüssel, 9. Oktober 2018 [freie Übersetzung].

104 Für den amerikanischen Kontext siehe H. Goldstein, ‚Toward community-oriented policing: potential, basic requirements, and threshold questions‘, Crime and Delinquency, 33:1, 1987, S. 6–30; L. P. Brown, ‚Community policing: a practical guide for police officials‘, Perspectives on policing, US Department of Justice, Washington, DC, 1989; G. Cordner, ‚Community policing: elements and effects‘, in Critical issues in policing: contemporary readings, R. G. Dunham und G. P. Alpert (Hrsg.), 7. Ausgabe, Waveland Press, 2015, S. 432-49.

105 Merkwürdigerweise fehlt in einem vor kurzem veröffentlichten Handbuch ein Eintrag zum Thema Aus- und Weiterbildung vollständig: K. J. Peak, Encyclopedia of community policing and problem solving, Sage, Thousand Oaks, CA, 2013. Ein Beispiel für eine Arbeit, die die Themen im Detail behandelt, wäre T. Feltes, ‚Community-oriented policing in Germany: training and education‘, Policing: An International Journal, 25:1, 2002, S. 48-59.

106 Weitere Informationen über den Hintergrund der österreichischen Initiative finden Sie in B. Pusca, G. Lang, und R. Kutschera, „Joining forces for our security in Austrian community policing“, in Community policing: a European perspective, S. S. Bayerl et al. (Hrsg.), Springer, Cham, Schweiz, 2017, S. 111–24.

107 Task Force des Präsidenten zum Thema Polizeiarbeit im 21. Jahrhundert, Final report of the President’s Task Force on 21st Century Policing, Office of Community Oriented Policing Services, Washington, DC, 2015, S. 51 [freie Übersetzung].

108 F. Del Barrio Romero, T. Bjørgo, H.-G. Jaschke, C. Kwanten, R. I. Mawby und M. Pagon, Police science perspectives: towards a European approach: extended expert report, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2009, S. 162 [freie Übersetzung].

109 CEPOL, Glossar der Begriffe, 2007 [freie Übersetzungen].

110 Für eine lehrreiche Diskussion über diese Unterscheidung und ihre möglichen verwaltungstechnischen und beruflichen Konsequenzen siehe Kapitel 5, ‚Police science, police education and police training‘, in Del Barrio-Romero et al., Police science perspectives: towards a European approach: extended expert report, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2009.

111 G. Cordner, ‚Community policing: elements and effects‘, in Critical issues in policing: contemporary readings, R. G. Dunham und G. P. Alpert (Hrsg.), 7. Ausgabe, Waveland Press, 2015, S. 432-49. Die erste Version dieses Textes erschien 1995.

112 Ebd., S. 443f [freie Übersetzung].

113 Y. Hail, ‚Unity: strengthening the connection between the police and the diverse communities they serve — findings from the Horizon 2020 Unity project‘, Präsentation während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“, Brüssel, 9. Oktober 2018.

114 Kevin Carty, Guidebook on democratic policing, 2. Ausgabe, OSZE, Wien, 2008, S. 37.

115 M. Segrave, und J. Ratcliffe, ‚Community policing: a descriptive overview‘, Australian Institute of Criminology, Canberra, 2004, S. 11.

116 Siehe H. Goldstein, ‚Toward community-oriented policing: potential, basic requirements, and threshold questions‘, Crime and Delinquency, 33:1, 1987, S. 6-30.

117 Es gibt diesbezüglich positive Hinweise aus den USA, wo den Prinzipien der Demokratie und der Staatsangehörigkeit in den Grund- und Führungslehrplänen in der Strafverfolgung zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt wird (siehe J. M. Ray, Rethinking community policing, LFB Scholarly Publishing LLC, 201, S. 149) und aus Europa (siehe A. Konze und D. Nogala, ‚Higher police education in Europe: surveying recent developments‘, in C. Rogers und B. Frevel (Hrsg.), Higher Education and police: an international view, Springer International Publishing, 2018, S. 155-177).

118 Wie eine aktuelle Studie ergab, ließen Personen mit einem höheren Bildungsniveau der BPA größtenteils ein höheres Maß an Unterstützung angedeihen als Personen mit einem niedrigeren Bildungsniveau. Als solches könnten leichter polizeiliche Partnerschaften zwischen diesen Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden

– eine Schwierigkeit dabei könnte jedoch darin bestehen, dass sie weniger Bedarf an Polizeidiensten haben und weniger wichtige Informationen besitzen, die sie mit der Polizei in Bezug auf Initiativen zur Kriminalprävention teilen können“ (H. D. Lee et al., ‚Determinants of citizen support for community-oriented policing‘, Police Practice and Research, 20:1, 2019, S. 44).

119 Besondere Aufmerksamkeit sollte der Tatsache gewidmet werden, dass spezifische Stile von Polizeiarbeit wie die BPA spezifische Lernmethoden erfordern (siehe K. Murphy, ‚Community engagement: considering adult-learning and problem-solving methodologies for police training‘, European Police Science and Research Bulletin, 16, 2017, S. 87-97).

120 H. Goldstein, ‚On problem-oriented policing: the Stockholm Lecture‘, Crime Science, 7:1, 2018, S. 7 [freie Übersetzung].

121 Salzburg Forum Wienprozess Ministerkonferenz, Erklärung, Wien, Österreich, 12.–13. April 2018 (abgerufen unter http://www.salzburgforum.org/files/Joint_Declaration_2018_04_13.pdf).

122 Siehe, beispielsweise, B. Lobnikar, ‚Policing Roma communities in Slovenia: an evaluation of the community policing approach‘, European Police Science and Research Bulletin, Special Conference Edition No 1, 2016, S. 63-72; K. Butorac und I. Mraovic Cajner, ‚The community policing evaluation in the Croatian urban and rural communities‘, European Law Enforcement Research Bulletin, 15, 2016, S. 49-57; W. Stol, H. Gundhus, S. Runhovde und K. Rønning, ‚Police patrol work in Norway and the implementation of community beat policing‘, European Law Enforcement Research Bulletin, 2, 2017, S. 177-87; J. Ganapathy und T. Damkaas, ‘Pathways to understanding community-oriented policing in post-conflict societies‘, European Law Enforcement Research Bulletin, 16, 2017, S. 77-86; T. Feltes und R. Hofmann, ‚Local ownership and community oriented policing: the case of Kosovo‘, European Law Enforcement Research Bulletin, 17, 2018, S. 19–30; E. Stergioulis, ‚Perspectives of community policing in Greece‘, European Law Enforcement Research Bulletin, 18, 2019.

123 Y. Hail, ‚Unity: strengthening the connection between the police and the diverse communities they serve — findings from the Horizon 2020 Unity project‘, Präsentation während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“, Brüssel, 9. Oktober 2018 [freie Übersetzung].

124 M. Van Der Giessen, E. Brein und G. Jacobs, ‚Community policing: the relevance of social contexts‘, in P. S. Bayerl et al. (Hrsg.), Community policing: a European perspective, Springer, Cham, Schweiz, 2017, S. 37-50.

125 O’Neil, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“.

126 Rinaldo Ronnebro, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“.

127 Mazzolani, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“.

128 Enhus, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“.

129 Y. Hail, ‚Unity: strengthening the connection between the police and the diverse communities they serve — findings from the Horizon 2020 Unity project‘, Präsentation während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“, Brüssel, 9. Oktober 2018 [freie Übersetzung].

130 Ebd.

131 Enhus, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“.

132 Sučić und Karlović, ‚Community policing in support of social cohesion‘, in P. S. Bayerl et al. (Hrsg.), Community policing: a European perspective, Springer, Cham, Schweiz, 2017, S. 7-21.

133 Y. Hail, ‚Unity: strengthening the connection between the police and the diverse communities they serve — findings from the Horizon 2020 Unity project‘, Präsentation während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today“, Brüssel, 9. Oktober 2018.

134 Ebd.

135 S. Colover und P. Quinton, ‚Neighbourhood policing: impact and implementation — summary findings from a rapid assessment‘, https://whatworks.college.police.uk/research/documents/NP_REA_summary.pdf, 2019.

136 Ebd.

137 Ebd.

138 OSZE, Good practices in building police-public partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General, OSZE-Sekretariat, Wien, 2008.

139 Colover und Quinton, ‚Neighbourhood policing: impact and implementation — summary findings from a rapid assessment', https://whatworks.college.police.uk/research/documents/NP_REA_summary.pdf, 2019.

140 OSZE, Good practices in building police-public partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General, OSZE-Sekretariat, Wien, 2008.

141 https://www.opensocietyfoundations.org/about/programs/open-society-initiative-europe

142 Rinaldo Ronnebro, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today".

143 O'Neil, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today".

144 Easton, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today" [freie Übersetzung].

145 OSZE, Good practices in building police-public partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General, OSZE-Sekretariat, Wien, 2008.

146 Colover und Quinton, ‚Neighbourhood policing: impact and implementation — summary findings from a rapid assessment', https://whatworks.college.police.uk/research/documents/NP_REA_summary.pdf, 2019.

147 Ebd.

148 S. Burton und M. McGregor, ‚Enhancing SARA: a new approach in an increasingly complex world', Crime Science, 7:1, 2018, S. 1-5.

149 Rinaldo Ronnebro, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today".

150 OSZE, Good practices in building police-public partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General, OSZE-Sekretariat, Wien, 2008.

151 Colover und Quinton, ‚Neighbourhood policing: impact and implementation — summary findings from a rapid assessment', https://whatworks.college.police.uk/research/documents/NP_REA_summary.pdf, 2019.

152 OSZE, Good practices in building police-public partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General, OSZE-Sekretariat, Wien, 2008.

153 Enhus, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today" [freie Übersetzung].

154 T. Hogue, ‚Community based collaboration: community wellness multiplied', https://www.ncjrs.gov/app/abstractdb/AbstractDBDetails.aspx?id=168796, 1994.

155 T. Feltes, und R. Hofmann, Information communications technology for community oriented policing: an international handbook for Kosovo, ICT4COP-Projekt, 2018.

156 Colover und Quinton, ‚Neighbourhood policing: impact and implementation — summary findings from a rapid assessment', https://whatworks.college.police.uk/research/documents/NP_REA_summary.pdf, 2019.

157 OSZE, Good practices in building police-public partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General, OSZE-Sekretariat, Wien, 2008.

158 Y. Hail, ‚Unity: strengthening the connection between the police and the diverse communities they serve — findings from the Horizon 2020 Unity project', Präsentation während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today", Brüssel, 9. Oktober 2018.

159 OSZE, Good practices in building police-public partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General, OSZE-Sekretariat, Wien, 2008.

160 Ebd.

161 Jari Taponen, Superintendent, Einheit Präventive Polizeiarbeit, Polizeidienststelle Helsinki, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops ‚COP in the EU today', Brussels, 9. Oktober 2018.

162 OSZE, Good practices in building police-public partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General, OSZE-Sekretariat, Wien, 2008.

163 Easton, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today".

164 Colover und Quinton, ‚Neighbourhood policing: impact and implementation

— summary findings from a rapid assessment', https://whatworks.college.police.uk/research/documents/NP_REA_summary.pdf, 2019.

165 Easton, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today".

166 Mazzolani, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today".

167 Enhus, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today".

168 O'Neil, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today".

169 Mazzolani, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today".

170 W. G. Skogan, ‚Community participation and community policing', https://www.ipr.northwestern.edu/faculty-experts/docs/policing_papers/caps4.pdf, 1994.

171 O'Neil, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today".

172 Colover und Quinton, ‚Neighbourhood policing: impact and implementation — summary findings from a rapid assessment', https://whatworks.college.police.uk/research/documents/NP_REA_summary.pdf, 2019.

173 Ebd.

174 Ebd.

175 H. Goldstein, ‚Toward community-oriented policing: potential, basic requirements, and threshold questions', Crime and Delinquency, 33:1, 1987, S. 6-30.

176 Mazzolani, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today" [freie Übersetzung].

177 OSZE, Good practices in building police-public partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General, OSZE-Sekretariat, Wien, 2008.

178 Ebd.

179 Colover und Quinton, ‚Neighbourhood policing: impact and implementation — summary findings from a rapid assessment', https://whatworks.college.police.uk/research/documents/NP_REA_summary.pdf, 2019.

180 Unity, Deliverable 3.3, Unity — 1st stakeholder analysis — comparative view on stakeholder needs and perspectives: differences between police and external parties and between countries, 2016.

181 OSZE, Good practices in building police-public partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General, OSZE-Sekretariat, Wien, 2008.

182 Y. Hail, ‚Unity: strengthening the connection between the police and the diverse communities they serve — findings from the Horizon 2020 Unity project', Präsentation während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today", Brüssel, 9. Oktober 2018.

183 OSZE, Good practices in building police-public partnerships by the Senior Police Adviser to the OSCE Secretary General, OSZE-Sekretariat, Wien, 2008.

184 Mazzolani, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today".

185 Rinaldo Ronnebro, Gruppendiskussion während des EUCPN-Workshops „COP in the EU today".

186 Der Exekutivausschuss des EUCPN setzt sich aus Vertretern des vergangenen, gegenwärtigen und der nächsten zwei Präsidentschaften des Rates der Europäischen Union sowie zwei gewählten Vertretern der Mitgliedstaaten zusammen.

187 Die Expertinnen und Experten der ECPA-Jury 2018 waren Els Enhus (Professorin an der Universiteit Gent), Gorazd Meško (Professor an der Universität Maribor) und Johannes P. Oosthuizen (Senior Lecturer an der Universität Winchester).

188 Das EUCPN hat eine Studie in Auftrag gegeben, um einen Überblick über relevante Indikatoren und deren Anwendung bei der Evaluation von Projekten zur Kriminalprävention zu erstellen. Aus dieser Studie ging die QUALIPREV-Methode hervor (weitere Informationen finden Sie unter www.eucpn.org).

CONTACT DETAILS

EUCPN Secretariat
Phone: +32 2 557 33 30
Email: eucpn@ibz.eu
Website: www.eucpn.org

TWITTER.COM/EUCPN
FACEBOOK.COM/EUCPN
LINKEDIN.COM/COMPANY/EUCPN